Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

20. Juni 1977
Jg. 5 Nr. 25

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 - Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

USA: Wachsender Widerstand

Überall in den USA demonstrierten am 4. Juni die Puertoricaner für die Unabhängigkeit ihrer vom US-Imperialismus besetzt gehaltenen Insel, gegen die Polizeiunterdrückung, Arbeitslosigkeit und schlechten Wohnverhältnisse in den USA. Als die Polizei die Demonstration in Chicago angriff und zwei Puertoricaner erschoß, schlugen die 3000 zurück. Mit Flaschen, Steinen und Brandbomben griffen sie die Polizeiautos und Geschäfte der Ausbeuter an.

Seit 11 Monaten streiken die Bergarbeiter der „Kohle-Gesellschaft Blaue Diamanten" in Kentucky. Sie kämpfen für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, bessere Sicherheitsmaßnahmen (1976 waren 26 Bergarbeiter bei Grubenunglücken umgekommen) und für höhere Löhne. Nachts müssen sich die Arbeiter immer häufiger mit Schußwaffen gegen Angriffe von den Bergbaukapitalisten geheuerter Killer verteidigen. Die Gerichte der Kapitalisten haben 31 Arbeiter deswegen verurteilt. Der Kampf wird fortgesetzt.

Lohnsenkung in der Stahlindustrie

„Das darf kein Lohndatum sein", warnte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nach dem 6 %-Abschluß in der Stahlindustrie. „Für die ganze deutsche Wirtschaft ein Schock ... mit entsprechendem Signalcharakter", stimmte die „Frankfurter Börsenzeitung" ein.

Im Schaubild haben wir den Lohn eines Klöckner-Schichtarbeiters vor und nach dem Abschluß eingetragen. Real in der Tasche hatte er in den sechs Monaten vor dem Abschluß im Schnitt 1 239 DM, in den sechs Monaten danach 1 205 DM. Die Arbeitsstunden sind monatlich nicht immer gleich, im Mai 1976 und Mai 1977 waren es aber jeweils genau 168 Stunden. 1977 sind 76 DM weniger da für Brot, Kleidung und Wohnung. Kapitalist und Staat haben das „Signal" zu deuten gewußt.

DM
2 000
6 %-
Lohnerhöhung

DM
2 000
6 %-
Lohnerhöhung
Bruttolohn
1 500
Kurzarbeit
Reallohn
(inflationsbereinigt)
1 000
M J J A S O N D J F M A M
1976 1977

C-a-f-f-e-e, trink nicht soviel Kaffee

Kaffee würde im Laufe des Sommers auf 15 DM pro Pfund steigen, was im Vergleich zu den gestiegenen Rohkaffeepreisen der Entwicklungsländer jedoch bescheiden sei, behauptete das Allgemeine Frankfurter Kapitalistenblatt im Mai. Beides ist erstunken und erlogen. Im Frankfurter Kaufhof kostet ein Pfund Jacobs-Kaffee derzeit 18,78 DM. Jacobs hat diese Preispolitik als „vorsichtig" bezeichnet. Eine Arbeiterin bei Jacobs Bremen verdient das brutto in zweieinhalb Stunden. Kein Arbeiterhaushalt kann es sich leisten, einen Tag in der Woche nur für den wöchentlichen Kaffeeverbrauch der Familie zu arbeiten.

Jacobs hat mit seinen Monopolpreisen, der Schinderei der Arbeiter und dem Druck auf die Rohkaffeepreise hohe Marktanteile in Westdeutschland, Dänemark, Österreich, Schweiz, Frankreich und Kanada erobert. Gemeinsam mit den Bankkapitalisten in der Deutschen Überseeischen Bank hat Jacobs Handelsgesellschaften in den Ländern, die sie ausplündern, wie z.B. in Kolumbien, das 80 Prozent seiner Kaffeeproduktion an die westdeutschen Kapitalisten liefern muß. Kolumbien ist mit fast 400 Millionen Dollar bei den ausländischen Kapitalisten verschuldet. Für ein Kilo Rohkaffee zahlten die Imperialisten im Dezember 1976 3,40 DM.

Während die Monopolkapitalisten die Länder der Dritten Welt in immer tiefere Verschuldung treiben und sie zwingen, ihnen mehr und mehr Kaffee zu liefern, setzen sie die Arbeiter über die Preise auf Malzkaffee. Das verbilligt die Arbeitskraft für die Kapitalisten; Jacobs hat bekanntgegeben, daß sie als Antwort auf die gestiegenen Kaffeepreise ein Kaffeesurrogat anbieten. Bei Jacobs Bremen ist vor kurzem die Produktion von Malzkaffee neu aufgenommen worden.

Wenn Breschnew im Herbst nach Bonn kommt, geht es um Profite und Expansion

Im Herbst soll Leonid Breschnew, Häuptling der neuen Zaren, die in der Sowjetunion mit Chruschtschow die politische Macht ergriffen haben, erneut in die Bundesrepublik zum Staatsbesuch kommen. Genscher hat mit seiner Moskaureise dieses Spitzentreffen der Sozialimperialisten und BRD-Imperialisten vorbereitet. Seit seinem Besuch von vor vier Jahren hat Breschnew, nachdem Podgorny in die Wüste geschickt worden ist, auch die Funktion des Staatspräsidenten übernommen. Wenn Breschnew nach Bonn kommt, dann will er was haben. Das entspricht seiner Stellung.

Vor vier Jahren hat Breschnew in Bonn „glänzende Perspektiven" für die westdeutsch-sowjetische Zusammenarbeit entwickelt. Zur Ausdehnung des Handels hat er einen Kreditrahmen von 40 Milliarden DM gefordert. Mit 20 Milliarden stehen die sowjetischen Sozialimperialisten inzwischen bei den BRD-Imperialisten in der Kreide. Die Sowjetunion kauft in der Bundesrepublik vor allem Maschinen und andere industrielle Fertigwaren. Sie machen 96 % des gesamten Imports der Sowjetunion aus der BRD aus. Diese Maschinen usw. müssen sich die Sozialimperialisten in der BRD wie auch in anderen westlichen imperialistischen Ländern kaufen, um ihre Kriegswirtschaft auf- und auszubauen. Seit die Revisionisten in der Sowjetunion die Macht ergriffen haben, beruht die Sowjetunion auf der Ausbeuterherrschaft einer neuen Bourgeoisie, und die ist wie jede Bourgeoisie auf Höchstprofit und Eroberung aus. Unfähig zur selbständigen Entwicklung der Produktion, müssen sich die Sozialimperialisten einen beträchtlichen Teil ihrer Kriegswirtschaft mit Hilfe des Pumps bei ihren Konkurrenten zusammenschustern.

der Produktion, müssen sich die Sozialimperialisten einen beträchtlichen Teil ihrer Kriegswirtschaft mit Hilfe des

Den Zins, den die Sozialimperialisten für ihre riesigen Schulden zahlen müssen, zahlen sie, denn sie gehen davon aus, daß sie, wenn sie ihre Kriegswirtschaft erst weitgehend beieinander haben, sich ihre Gläubiger unterwerfen werden können. Das ist auch eine Methode der Schuldentilgung. In ihrem Profit- und Expansionsstreben sagen sich die Sozialimperialisten: Einstweilen holen wir uns die Maschinen unserer fortgeschritteneren Konkurrenten mit dem Mittel des Pumps, um mit Hilfe dieser Maschinen die sowjetischen Arbeiter mehr auspressen zu können und für den Aufbau der Kriegswirtschaft und die Kriegsvorbereitungen fronen zu lassen. Sind wir erst so weit, dann geben wir uns damit nicht mehr zufrieden, sondern beschaffen uns mit Hilfe des Krieges die jetzt in den Händen unserer Konkurrenten befindlichen Produktionsmittel und beuten die geschickte Arbeiterklasse Westdeutschlands und Westeuropas selber aus, so wie wir jetzt schon die sowjetischen Arbeiter ausbeuten.

Die westdeutschen Imperialisten sind auf die „glänzenden Perspektiven" Breschnews bereitwillig eingegangen. Durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse haben sie große Massen

Fortsetzung Seite 2

Soweto, 16. Juni. Zum Jahrestag des Beginns des Aufstandes des Volkes von Azania in Soweto und anderen Konzentrationslagern für Afrikaner erhoben sich die Massen erneut gegen das koloniale Siedlerregime. Über 50 % der Arbeiter sind nicht in den Fabriken erschienen, müssen selbst die faschistischen Gefängniswärter des Imperialismus melden. Tausende organisierten Kundgebungen, Demonstrationen und Aktionen gegen Einrichtungen des Kolonialregimes. 9 Afrikaner wurden erneut durch die Polizei niedergemetzelt. In verhaltener Wut müssen sich die unbewaffneten Arbeiter wie hier auf dem Bild vor den Maschinenpistolen der Kolonialtruppe zurückziehen, aber dem bewaffneten Befreiungskampf wurde ein Zeichen gesetzt. Vorige Woche führten mit Maschinenpistolen bewaffnete Befreiungskämpfer mitten im Zentrum Johannesburgs eine Aktion durch und töteten zwei Kolonialisten. – Nach Angaben der UNO haben sich dem Befreiungskampf in Zimbabwe seit vergangenem Herbst über 10 000 Schüler und Studenten angeschlossen.

dem bewaffneten Befreiungskampf wurde ein Zeichen gesetzt. Vorige Woche führten mit Maschinenpistolen bewaffnete Befreiungskämpfer mitten im Zentrum Johannesburgs eine Aktion durch und töteten zwei Kolonialisten. – Nach Angaben der UNO haben sich dem Befreiungskampf in Zimbabwe seit vergangenem Herbst über 10 000 Schüler und Studenten angeschlossen.

Kampf gegen Fünfen und Sechsen: Die Schulgesetze müssen fallen

Zur Zeit werden in Hamburg noch die letzten Abiturienten an den Gymnasien in die Mangel der mündlichen Prüfungen genommen. Nächste Woche schon werden die Zeugnislisten für die Abgangsklassen in Haupt- und Realschulen abgegeben, damit die ersten Zeugniskonferenzen stattfinden, weil diese Schüler schon vor Schuljahresende am 15. Juli entlassen werden sollen. Ende Juli werden die Versetzungszeugnisse ausgegeben. Sechs Wochen lang soll jetzt nur noch reiner Notenterror herrschen. Werde ich versetzt? Bleibe ich auf der Realschule? Schieben die mich auf die Sonderschule ab? Bekomme ich den Hauptschulabschluß? Kriege ich eine Lehrstelle? Die Schüler sollen in einem Zustand vollständiger Unsicherheit und Abhängigkeit gehalten werden und das Hin- und Herschieben erdulden als leistungsgerechtes Schicksal, ausgedrückt in Noten.

Die Schüler einer Abgangsklasse an der Hauptschule Ehestorfer Weg in Harburg haben einschlägige Erfahrungen mit dem Notensystem gemacht:

Der Klassenlehrer Schmidt, der die Klasse in Deutsch, Geschichte, Politik und Englisch sowie Sport im vorletzten Schuljahr unterrichtete, hatte sich seit langem nur noch mit Brüllen und Prügeln in der Klasse durchsetzen können. Das hat er so lange gemacht, bis ein Schüler mal zurückschlug, weil er sich das nicht mehr gefallen ließ. Da hat es der Lehrer Schmidt mit der Angst zu tun gekriegt und hat das Notensystem eingesetzt: In den Zwischenzeugnissen im Januar hagelte es nur so Fünfen und Sechsen. „Pädagogische Zensuren" waren das, für Leistungsverweigerung und schlechtes Benehmen.

Für vier Schüler der Klasse bedeutete das, daß sie eine Lehrstelle, die ihnen bereits zugesagt war, nicht bekamen. Die Kapitalisten hatten die Zeugnissprache verstanden, solche rebellischen Schüler wollten sie nicht als Lehrlinge haben.

Das haben die Schüler und Eltern nicht hingenommen. Die Eltern, die die Annahme der Zeugnisse durch Unterschrift bestätigen sollten, weigerten sich zu unterschreiben. Als der Lehrer am nächsten Tag die Zeugnisse einsammeln wollte, bekam er nur fünf zurück. Ein Elternabend wurde einberufen. Der Schulleiter nahm daran teil. Die Eltern zogen noch zwei Lehrer ihrer Wahl hinzu. Der Schulrat sagte aus „Termingründen" ab. Der Abend wurde ein Tribunal gegen die Schulunterdrückung. Alle Schikanen und Gemeinheiten, die die Schüler und Eltern im Laufe der Jahre hinnehmen mußten, wurden als Anklage vorgebracht. „Die Zeugnisse müssen zurückgenommen werden, und der Lehrer muß weg", forderten Eltern und Schüler gemeinsam. Auch die Eltern, die die Zeugnisse ihrer Kinder unterschrieben hatten, weil sie besser ausgefallen waren, reihten sich ein.

Der Schulleiter kam in arge Bedrängnis. Zeugnisse zurückziehen, das ist schon ein harter Schlag gegen das Notensystem. Er mußte einlenken, um die Sache wieder in den Griff zu bekommen. Aber so, daß der Angriff vollständig auf den Lehrer gelenkt und das Notensystem gerettet wurde. Er nutzte die Gelegenheit, daß der Lehrer nicht einmal schriftliche Unterlagen zur Rechtfertigung der schlechten Noten vorlegen konnte. Er sei zu faul gewesen, um Arbeiten schreiben zu lassen, um eine Fünf und Sechs wenigstens belegen zu können, hieß es. So konnte sogar der Schulrat guten Gewissens zustimmen, daß die Zeugnisse zurückgezogen wurden.

Ein Stab von Lehrern wurde beauftragt, die Zensuren aufzubessern. Die Zeugnisse wurden eingezogen, alle Fünfen und Sechsen wurden rausgenommen, und neue, bessere wurden ausgestellt.

Der Lehrer Schmidt hatte nur noch wenig Stunden in der Klasse und traute sich nichts mehr. Er hielt sich im Lehrerzimmer auf und ließ sich dafür sein Lehrergehalt weiterzahlen, denn keine Klasse wollte ihn haben. Eine neue Lehrerin kam an die Schule, und die Klasse erhielt für Mathematik und Englisch neue Lehrer – richtig gute Pädagogen.

Mittlerweile stehen die Abschlußzeugnisse vor der Tür. Gibt es nun keine Fünfen und Sechsen mehr? Die Schüler drucksen herum, wenn man sie fragt. „Na ja", sagen sie: „Zuerst waren wir ja sehr zufrieden, als die Zeugnisse eingezogen wurden. Und die vier Schüler aus unserer Klasse haben doch noch ihre Lehrstelle bekommen. Aber dann haben wir ja Lehrer bekommen, die schreiben unheimlich viel Arbeiten. Das geht jetzt alles nach Leistung. Ein paar von uns stehen jetzt wieder auf Fünf."

Das ist auch ganz klar: Das neue Schulgesetz schreibt allen Lehrern dazu folgendes vor: „§ 27. Die Leistungen des Schülers werden durch Noten bewertet. Unter Berücksichtigung der Leistungsbewertung werden Zeugnisse und Berichte über den Leistungsstand sowie das Arbeits- und Sozialverhalten des Schülers erteilt."

Die Schüler sind sich unklar, ob sie jetzt in den letzten Wochen noch etwas dagegen unternehmen können. Sie haben überhaupt die Nase voll von der Schule. Es ist ihnen aber klar geworden: Der Kampf gegen die Schikane und Willkür eines Lehrers ist richtig, aber er reicht nicht, weil dann wieder andere Lehrer kommen, die auch mit dem Notensystem unterdrücken und auslesen.

Richtig gute Pädagogen – hieß es erst – seien die neuen Lehrer. Sie sind bloß geschickter, so daß man schwerer dahinter schaut, weil sie es immer so hindrehen, als sei es gerecht, sagen die Schüler jetzt.

Da haben die Schüler recht: Wir zitieren ein Pädagogik-Fachbuch für Lehrer (Studien zur Berufspädagogik Heft 6, E. Weidig):

„Die gerechte Note soll durch folgende Arbeitsgänge erreicht werden: Man fertigt eine Punktskala an, nach der sich die Leistungen der einzelnen Schüler in der Prüfungsarbeit möglichst genau und gerecht bewerten lassen" ... dann „bringt man die Arbeiten der Schüler in eine lückenlose Rangordnung. Aufgrund der Gaußschen Verteilungskurve erhalten dann 3 % der Schülerarbeiten die Note sehr gut, 14 % gut, 33 % befriedigend, 33 % ausreichend, 14 % mangelhaft und 3 % ungenügend. " Denn: „Jede Bewertung von Schülerleistungen ist eine Messung. Bei jeder Messung entstünden aber Meßfehler, die mit Hilfe des Gaußschen Gesetzes auszumerzen seien. Die Vorteile dieses Verfahrens sind: Die Noten sind rechnerisch leicht und ohne große Gewissenskonflikte zu ermitteln. Man braucht ja im Grunde genommen nichts weiter zu tun, als die Arbeiten mit Hilfe eines Punktsystems nach ihrer Qualität zu ordnen. Die Entscheidung über die Note wird dann über die Beurteilung nach Gauß getroffen".

Also, Herstellung der Rangordnung der Schüler, und dann heißt es, gegenüber unteren Rängen, Nichtversetzung, Versetzung auf eine Schule mit kürzerem Bildungsweg, bei Ende der Vollschulpflicht Schulentlassung ohne Abschluß, weil sonst „das Recht der Mitschüler auf angemessenen Unterricht unzumutbar eingeschränkt würde" (§ 5.4)

Wer nach diesen Schulgesetzen nicht kriecht, sich nicht der Unterdrückung, dem Konkurrenzkampf unterwirft, der soll mit Fünfen und Sechsen im Zeugnis „eine zusammenfassende Beurteilung der Lernentwicklung" erhalten, die „beim Eintritt in die Berufsausbildung oder Berufstätigkeit der Unterrichtung des Ausbildenden oder des Arbeitgebers dient" (§ 2 Bremer Zeugnisordnung). Entsprechend den Zensuren, als Grad, wieweit die einzelnen Jugendlichen schon zurechtgehauen sind, wählen die Kapitalisten aus: Hilfsarbeiter, Anlernling, Lehrling.

Das Notensystem, die Abgestuftheit des Schulwesens müssen fallen, indem die ihnen zu Grunde liegenden Gesetze und staatlichen Verordnungen fallen und die Einheitsschule erkämpft wird.

Brandt zur Lage im Nahen Osten: „Sich rühren!"

Willy Brandt, SPD-Vorsitzender und Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, hat sich in Zürich vor der Israelischen Kultusgemeinde über Europa und den Nahen Osten verbreitet.

„Das Bedürfnis der Menschen, der Völker in eine Zeit des gesicherten Friedens hineinzuwachsen, ist groß. Aber natürlich reicht es nicht aus, die friedfertige Absicht zu bekunden. Es ist an der Zeit, aktiv den Frieden zu organisieren. (. . .) Zu einem etablierten Frieden im Nahen Osten gehören anerkannte Grenzen, die dann auch gesichert sein müssen. Dazu gehört auch, nach allem, was ich erkennen kann, daß Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, und zwar unter Beteiligung der internationalen Völkerfamilie (ich will hier nochmals betonen, daß Europa sich einer Mitwirkung an solchen Vorkehrungen nicht entziehen darf). Ebenso offen will ich hinzufügen, daß ich deutsche militärische Einheiten – ich rede nicht von beispielsweise Sanitätseinheiten – nicht an israelisch-arabischen Grenzen sehen möchte."

Und wie ist die Lage an der israelisch-arabischen Grenze, an der aktiv der Frieden gesichert werden soll – militärisch von europäischen Streitkräften und schon bald unter Mitwirkung von westdeutschen „Sanitätseinheiten"? Das ZDF berichtete am Montag letzter Woche:

„Ein Fünftel des Libanon, der im Süden an Israel angrenzt, wird derzeit nicht von Beirut aus regiert. Hier gibt es auch keine arabische Friedensarmee. Hier herrschen uneingeschränkt die palästinensischen Freischärler. Sie üben sogar regelrecht Staatsmacht aus. (. . .) Bedrängt von Israel und mit Israel verbündeten südlibanesischen Christen haben die bewaffneten Palästinenser inzwischen weite Teile des Südlibanon zu Militärgebiet erklärt, ein Hoheitsakt, der normalerweise dem Staat vorbehalten wäre. (. . .) Israel wird gewiß nicht zögern, gegen sie vorzugehen, wenn Israel sie als Bedrohung empfindet. Das hat Israel auch früher schon getan. Jetzt wird bereits täglich an der israelisch-libanesischen Grenze geschossen. Diese Zwischenfälle werden nur meist nicht veröffentlicht."

Das ist besser für die Imperialisten. Diese Berichterstattung würde die Moral der Siedlertruppen weiter sinken lassen. Brandt hat Grund, von der Notwendigkeit zu sprechen, nun „aktiv den Frieden zu organisieren". Schläge an der Grenze. Streiks in Israel. Meuterei in der Söldnerarmee. Und bei den Wahlen zur Knesset Drang nach Veränderung, Aufsplitterung der Stimmen und Stimmen für die Opposition. Der direkte Strang der BRD-Imperialisten zur Regierung in Israel, die „Arbeiterpartei", ist nicht mehr dran. Ein weiterer Anlaß zur Sorge.

„Man hat erfahren, daß Israel in seiner schwersten Bedrängnis nicht isoliert gewesen ist. Anfang des Jahres habe ich in Jerusalem gesagt, daß es sich bei dem Ringen um den Frieden gewiß nicht wird isolieren wollen. Jeder wird verstehen, was damit gesagt sein sollte."

Das versteht man wohl. Unangenehm ist es, daß die Politik der Imperialisten von der neuen Riege in Israel so unverblümt ausgesprochen wird. Man muß sie unterstützen, obwohl man als Sozialdemokrat momentan die Finger nicht mehr so gut drin hat, und was die Sache richtig schwierig macht, ist: wie bringt man das den Massen bei, denen man die Unterstützung des Staates Israel als Förderung „des praktizierten demokratischen Sozialismus", Kibuzzim, „Wirtschaft in Arbeitnehmerhand" usw. verkauft hat? Der Kampf der arabischen Völker hat dem zionistischen Staat starke Schläge versetzt, und dieser Kampf hat sich in letzter Zeit immer öfter mit Kämpfen israelischer Arbeiter gegen die Regierung getroffen. Da war die Schaumschlägerei über den Arbeiterstaat schon schwierig genug.

Aber erst jetzt, wo beispielsweise Shamir zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde: Shamir war Mitglied der Stern-Bande und wurde 1948 steckbrieflich gesucht, weil er in Verdacht stand, den UNO-Beauftragten Bernadotte, der die Besiedlungspolitik überprüfen sollte, umgelegt zu haben.

Heute nennt Brandt diese Besiedlungspolitik und ihre „Begleitumstände" zwar: „Die Gründung des Staates Israel hat den Preis neuer Opfer und Leiden verlangt." Aber glänzend finden die Sozialdemokraten diese Lage nicht. Nichtsdestotrotz: „Die Politik anderer Regierungen kann sich über einen freien Wählerentscheid nicht hinwegsetzen." So Brandt zur Unterstützung des Begin-Regimes, dem er auch wirtschaftliche Hilfe zugesagt hat.

Schütz, der sich in Berlin gerade aus dem Staub machen mußte, soll „Verwendung" als Botschafter in Israel finden. „Weder bestätigt noch dementiert", so die Nachrichten, aber es paßt. Als Grenzexperte, und außerdem hat er schon in Berlin gezeigt, daß er dafür sorgt, daß das Geld in die richtigen Taschen kommt.

Er wird seine Aufgaben als Botschafter des BRD-Imperialismus geschickt mit der Förderung der Arbeiterpartei vereinbaren können. „Ausgleich und aktive Sicherung des Friedens verlangen, daß man sich rührt", nennt Brandt diese Mischung von Zusicherung militärischer und finanzieller Unterstützungen für den imperialistischen Stützpunkt und den Versuch der Sozialdemokraten, auch über die Schwesterpartei näher am Ball zu bleiben.

(Zitate aus SPD-Pressedienst, Rede von Brandt am 8.6.) – (Z-Red.)

Und noch eine sozialdemokratische Reform: das Wohngeldänderungsgesetz

Gleich nach der Verabschiedung der Mehrwertsteuererhöhung hat der Bundestag am 16.6. das Wohngeldänderungsgesetz beraten. „Die Wohngeldleistungen sind an die Mieten- und Einkommensentwicklung anzupassen", hatte die Bundesregierung Mitte April das Gesetz angekündigt. Wohngeld*leistungen*? Von wegen! Wer leistet? Die paar Mark, die eine Arbeiterfamilie bestenfalls als Wohngeld erhalten kann, sind nichts anderes als ein Bruchteil dessen, was ihr der bürgerliche Staat über die Steuern aus Lohn geplündert hat. Und – welch feinsinniger Bundestagsterminkalender – mit Hinweis auf „notwendige soziale Leistungen" rafft der bürgerliche Staat ständig größere Teile des Lohns zusammen. Wie es aber mit solchen und anderen auf Raub beruhenden Leistungen so ist: sie dienen stets weiteren Räubereien und Teufeleien. Beim Wohngeldänderungsgesetz, das vorübergehend eine Erhöhung des Wohngeldes bewirken wird, gleich in zweifacher Hinsicht: sinkt das Wohngeld ganz automatisch. Denn unverändert ist geblieben, daß Wohngeld nicht entsprechend der tatsächlich gezahlten Miete gezahlt wird, sondern nur bis zu einem „berücksichtigungsfähigen Höchstbetrag für Miete und Belastung". Steigt die Miete darüberhinaus, bleibt das auf das Wohngeld ohne Auswirkung. Steigen dann noch die Nominallöhne oder die Nominalrenten, sinkt das Wohngeld. Das 2. Wohngeldgesetz ist seit dem 1.1.1974 unverändert in Kraft: Im vierten Quartal 1976 sanken aufgrund dieser eingebauten Fallen, die auch jetzt erhalten bleiben sollen, die ausgezahlten Wohngeldbeträge um rund 5% gegenüber dem vierten Quartal 1975 auf einen Monatsdurchschnitt von 118 Millionen DM.

Die zweite Teufelei ist typisch sozialdemokratisch: „Einer Änderung bedarf auch die bisherige Ungleichbehandlung von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen." Die Herstellung der Gleichbehandlung läuft

Entwicklung des Wohngeldes seit Inkrafttreten des 2. Wohngeldgesetzes am 1.1.1974 und nach der Verabschiedung des Wohngeldänderungsgesetzes am Beispiel eines 2-Personen-Rentnerhaushalts

	1974	1975	1976	1977	1978	Zum Vergleich: 1978 bei Freibetrag von 30 %
Rente	532,40	591,49	656,56	656,56	721,–	721,–
Miete*	160,–	182,–	190,–	220,–	227,–	227,–
Wohngeld	91,–	103,–	96,–	96,–	113,–	127,–
Restmiete	69,–	79,–	94,–	124,–	114,–	100,–

* 2-Zimmer-Wohnung mit Bad, ohne Heizung, gebaut vor 1965 in einer Stadt mit 100 000 bis 500 000 Einwohnern (Z-Red.)

Nicht umsonst fällt die Gesetzesänderung zusammen mit Äußerungen der Bourgeoispolitiker, die Mieten für die Sozialwohnungen drastisch zu steigern (s. KVZ Nr. 22) und darüber – wie kann es anders sein in der „Freien Marktwirtschaft" – natürlich auch die Mieten auf dem „freien Wohnungsmarkt". Mit der, wie gesagt, vorübergehenden Wohngelderhöhung wird den Volksmassen eine verzuckerte Kröte serviert. Steigen dann erst einmal die Mieten, schlicht auf Kürzung des bisherigen Freibetrags von 30% für Rentner und andere „Nichterwerbstätige" auf 15% heraus und damit, wie die Tabelle zeigt, auf Kürzung des Wohngelds. Rund 85% der Wohngeldempfänger sind „Nichterwerbstätige" – die vorübergehende Wohngelderhöhung zahlt sich, auch wenn wir das heute noch nicht in Mark und Pfennig genau berechnen können, binnen weniger Jahre auch absolut als Wohngeldeinsparung aus. – (Z-Red.)

Frischer Buback – 11. Wahl

Endlich, der neue Buback ist gefunden. Es ist der Doktor Kurt Rebmann. „Zuletzt Ministerialdirektor in Stuttgart, Nichtraucher und Weinkenner." („Bild" vom 16.6.77) Skatspieler ist er auch noch. Aber für den Skat hat er keine Zeit. „Zuviel Arbeit, keine Zeit" neuerdings, seitdem er den Buback-Posten in Aussicht hat, weiß die „Bild"-Zeitung zu berichten.

Bereits zehn Figuren haben vorher dankend abgelehnt. Sie hatten die Hosen voll. Auch Müller-Emmert vom Strafrechtsreformausschuß. Jetzt kommt der Doktor Kurt Rebmann. „Unser Respekt gilt Herrn Rebmann, dem neuen Generalbundesanwalt." Bringt die „Bild"-Zeitung ein Hoch auf den neuen Buback aus.

Den Nachruf zu Lebzeiten hat der Mann schon weg. Die „Bild"-Zeitung schreibt:

„Ein Mann tut nur seine Pflicht: Er klagt Verbrecher an – im Namen des Volkes.

Eine gefährliche Pflicht.

Seinen Vorgänger erschossen Terroristen, auch er ist nun ihre Zielscheibe Nummer 1.

Er hat Frau und Kind. Und die haben Angst um ihn."

Damit es möglichst rasch dazu kommt, veröffentlicht die „Bild"-Zeitung folgendes Fahndungsfoto:

Dazu dann auf der zweiten Seite einige Angaben, die notwendig sind, damit der Kommentar ohne viel Umstände zum Nachruf werden kann: Wohnt in Vaihingen. Fährt jeden Tag 100 km gut gekleidet mit dem Mercedes. Ist dabei besonders gefährdet, worauf seine Frau hinweist. Zum Abendessen kann man ihn um 19.00 Uhr dann auch zu Hause zurückerwarten. Er hat zwei Kinder, allerdings schon außer Hause, damit da keine unnötigen Pläne gemacht werden. Wegen seiner Amtsübernahme muß er seinen Urlaub ausfallen lassen. Frau Margarethe trägt's mit Fassung, dafür wird sie in der „Bild"-Zeitung ausführlich zitiert: „Dafür freue ich mich schon auf unsere Silberhochzeit im nächsten Jahr." Jeder merkt den aufdringlich bangen Unterton: ob's dazu noch kommen wird?

Eine doppelte Bourgeoisintrige: der neue Buback als Martyrer. Es soll zur Ehrensache für die Anarchisten werden: Rebmann muß gebubackt werden.

Die Anarchisten sollen sich weiterhin mit einzelnen Figuren beschäftigen. Vielleicht fühlt der eine oder andere Bourgeois sich dann etwas wohler in seiner Haut. Der neue Buback Rebmann, ein Lichtlein, das die Bourgeoisie keineswegs unter den Scheffel stellen will, sondern oben drauf, damit die Anarchisten wie die Motten reinfliegen sollen. So wird sich das gedacht von seiten der Bourgeoisie.

Das ganze hat noch eine andere Seite. Die Massen haben eine klare Einschätzung von dererlei Gestalten. Daß es Schmarotzer sind und sie jahrzehntelange Haft und Zuchthaus von vielen auf dem Gewissen haben. Das machen die mit ein paar Federstrichen. Nichts brauchen sie dabei anzufassen. Das wissen selbst die Polizisten. Auch dort sind solche Burschen verhaßt.

Jetzt wird eine Heldenlegende gestrickt, von einem, der in die Bresche springt und auch noch arbeitet.

Und doch: elfte Wahl – einer so gut wie der andere. Die Gestalten wachsen nach, hatten wir in einem ersten Kommentar dazu geschrieben. Es war auch so, denn „der Mist, auf dem diese Volksunterdrükker nachwachsen, ist der Mehrwert, den die Kapitalisten aus den Arbeitern herauspressen". (KVZ Nr. 14/77) Deshalb muß das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt werden und dafür der gesamte Staatsapparat der Bourgeoisie zerschlagen werden.

Die Aufstellung des Doktor Rebmann beweist das nur. Seine zielscheibenmäßige Herrichtung in der „Bild"-Zeitung kann daran schlecht etwas ändern.

Wenn Breschnew im Herbst nach Bonn kommt

Fortsetzung von Seite 1

von hochmodernen Produktionsmitteln in ihrem Besitz aufgehäuft, und die Produktionsmittel bringen bloß den erwünschten Profit für die Kapitalisten, wenn die Profitproduktion in vollem Gang ist. Eine gewaltige Warenmasse pressen die westdeutschen Kapitalisten aus den Arbeitern heraus.

Da entsteht das Problem, die Waren auch loszuschlagen. Da brauchen die Kapitalisten immer neue und immer größere Märkte. Da ist es lohnend, sich den Markt des sozialimperialistischen Konkurrenten zu öffnen, und sei es auch mit Krediten, um die von den Arbeitern produzierten Maschinen usw. an den Konkurrenten loszuschlagen. Die BRD-Imperialisten sagen sich: Wir brauchen Märkte, und wir brauchen den Markt der sozialimperialistischen Supermacht, um die Profitproduktion in Gang halten zu können. Natürlich wollen uns die Sozialimperialisten an die Gurgel. Dafür sind sie unsere imperialistische Konkurrenz. Aber jetzt können wir Waren an sie losschlagen. Wollen sehen, wie es ausgeht, wenn sie uns an die Gurgel gehen mit Hilfe von Krieg. Es kann auch umgekehrt sein. Nicht umsonst haben wir uns mit der anderen Supermacht, den USA, in der NATO verbündet. Vielleicht können wir uns zusammen mit den Schulden unsere gelieferten Maschinen wieder aneignen und können wir die sowjetische Arbeiterklasse unterwerfen und sie ausbeuten. Wir sind schon mal vor Moskau gestanden. Da war die Sowjetunion noch ein sozialistisches Land und hat die Arbeiterklasse den Krieg geführt. Sie hat uns schließlich vertrieben. Aber heute ist es anders. Wir haben eine Supermacht zum Verbündeten, und in der Sowjetunion herrschen die gleichen Unterdrücker wie wir. Sie können sich nicht mehr wie die Bolschewiki auf die Arbeiterklasse und die Bauern der Sowjetunion stützen. Warum sollten wir ihre Eroberungspläne nicht zerschlagen können und unsererseits in einem imperialistischen Krieg Einiges holen?

Solche Überlegungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie erklären, warum sie den Sozialimperialisten große Kredite gewährt, um an sie ihre Waren losschlagen zu können, obwohl sie weiß, daß die Sozialimperialisten mit Hilfe dieser Waren die Kriegswirtschaft entwickeln und ausbauen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie gibt diese Kredite auch, um ihre Konkurrenten im eigenen Lager im profitablen Ostgeschäft aus dem Feld zu schlagen. Ohne großzügige Kredite kaufen die Sozialimperialisten nicht. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie kann diese Kredite geben. Wie könnte sie das Geschäft mit den Sozialimperialisten ihren Verbündeten überlassen? Die sind sowieso dabei, ihren Marktanteile abzujagen. Im Jahre 1976 ist der Anteil des BRD-Imperialismus am Geschäft mit der Sowjetunion und dem RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) bereits zurückgegangen. So sind die westdeutschen Imperialisten zu immer größeren Kreditgeschäften bereit. Das Risiko trägt ohnehin die westdeutsche Arbeiterklasse und das Volk. Im Krieg wie im Frieden. Platzen die Kredite der Kapitalisten, dann sind sie durch Steuergelder gesichert. Kommt es zum Krieg, dann muß das Volk auf den Schlachtfeldern bluten.

Freilich wollen die westdeutschen Imperialisten ihre Geschäfte möglichst leicht machen, und sie wollen nach Möglichkeit ihre Schulden ohne Krieg zurückbezahlt bekommen. Deshalb untersuchen sie sorgsam die Schuldenentwicklung und die Geschäftsentwicklung gegenüber den Sozialimperialisten. „Ostgeschäft ist *noch* ausbaubar", „Kreditwürdigkeit der Oststaaten ist *noch* gut", haben sie herausgefunden. Die rapide Beschleunigung der Verschuldung seit 1971 beunruhigt sie allerdings doch sehr. Aber bei der Sowjetunion sehen sie die hohen Goldbestände und die großen Rohstoffvorkommen. Damit halten sie die Kredite wirtschaftlich für gesichert. Die Sowjetunion habe immer noch einen hohen Kreditspielraum, meint ein Sprecher der Dresdner Bank, „denn die Sowjetunion habe ein enormes Rohstoffpotential und außerdem Goldreserven von schätzungsweise 10 bis 12 Milliarden Dollar. Zweifel an der Zahlungsfähigkeit der Sowjetunion gebe es derzeit nicht, ungeachtet der aktuellen Verbindlichkeiten gegenüber dem Westen von rund 16 Milliarden Dollar, nicht eingerechnet die beiden RGW-Banken mit Kreditaufnahmen von etwa 3,5 Milliarden Dollar."

Also kann das Kredit- und Warenkarussel sich noch eine Weile drehen. Die BRD-Imperialisten finanzieren mit ihren Krediten ihren Export in die Sowjetunion und den RGW und halten damit die Profitproduktion in Schwung, und die Sowjetunion baut auf diese Art ihre Kriegswirtschaft auf, die noch nicht ausreichend auf Stand ist. Hinter dem ganzen Vorgang lauert unvermeidlich der Zusammenbruch des ganzen Handels. Ausbruch der Überproduktionskrise auch in diesem Bereich des Weltmarktes und der Krieg. Kann der Sozialimperialismus sich die fortgeschrittenere Wirtschaft Westdeutschlands und Westeuropas unterwerfen, oder kann der US-Imperialismus verbündet mit dem BRD-Imperialismus und den anderen westeuropäischen Imperialisten zusammen mit den Schulden auch die Quellen des Reichtums der Sowjetunion sich unterwerfen, die sowjetische Arbeiterklasse und die riesigen Rohstoffvorkommen?

Das ist der Inhalt der verschiedenen politischen Geschäfte und Konferenzen, die die beiden Supermächte und die anderen Imperialisten betreiben. Das verbirgt sich hinter der „Folgekonferenz" für „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE), die derzeit in Belgrad beginnt, und darum geht es auch, wenn sich die Sozialimperialisten und die BRD-Imperialisten im Herbst zu einem neuen Spitzengespräch in Bonn treffen. Diese politischen Geschäfte und Konferenzen laufen sämtlich unter dem Namen „Entspannung". Daß daran nichts ist, sieht man an der Aufrüstung, die es im Gegensatz zu Abrüstung und Entspannung in der Wirklichkeit gibt. Warum es keine Entspannung geben *kann*, liegt daran, daß der Imperialismus herrscht und daß es den beiden Supermächten, aber auch allen anderen Imperialisten, um nichts anderes geht und gehen kann als um Höchstprofite und ihre Steigerung. Da die Imperialisten ihre gleichen Interessen nur durch die Ausbeutung von möglichst großen Arbeitermassen und nur gegeneinander durchsetzen können, ist die Revolution oder auch der Krieg auf der Tagesordnung.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 25 / 1977: 32 000

„Kostendämpfende Maßnahmen" bei den Sozialversicherungen

„Finanziell solide und tragbare Verhältnisse in der Rentenversicherung schaffen". „Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen dämpfen". Unter diesen Schlachtrufen hat die Monopolbourgeoisie zum Schlag ausgeholt – wem tönen nicht noch die Ohren – um das Problem zu lösen. Das Problem: eine „finanziell solide" Kriegskasse zu schaffen. Die imperialistische Expansion, der wütend vorangetriebene Kampf um die Herrschaft in der Welt, die Vorbereitungen auf den imperialistischen Krieg verlangen's. Haben nicht vor allem die Erfahrungen des zweiten imperialistischen Weltkrieges gelehrt, daß sich nichts besser als Kriegskasse eignet als die Kassen der Sozialversicherung, in denen Lohngelder in zig Milliarden Höhe konzentriert sind?

Vor allem die Rentner sind der Monopolbourgeoisie im Wege. Lebenslange knochenharte Ausbeutung haben nicht verhindern können, daß immer noch relativ viele alte Arbeiter und Angestellte das Rentenalter erreichen. Zwar ruiniert, verbraucht, krank. Aber gerade das *kostet*. Kostet Geld vor allem für ärztliche Behandlung, Arzneimittel, Krankenhausbehandlung. *Neben* der Rente.

Welches Bourgeoishirn käme angesichts dieser Lage *nicht* auf den Gedanken, sich des „Rentnerproblems" nicht nur durch Rentenkürzungen und Verhungernlassen möglichst rasch und unauffällig zu entledigen, sondern auch durch den Entzug der gesundheitlichen Versorgung der Rentner? Die westdeutsche Monopolbourgeoisie ist so verkommen, daß sie auf diesen Gedanken schon lange gekommen ist.

Die Abrechnung der gesetzlichen Krankenversicherung über „Leistungsausgaben" für Rentner sind da aufschlußreich: Im ersten Halbjahr 1976 – mit neueren Angaben lassen die Krankenkassen auf sich warten – wurden monatlich für die Früherkennung von Krankheiten und sonstige Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhütung ganze 1,89 DM pro pflichtversicherten Rentner ausgegeben, noch weniger als 1975, wo es auch nur 2,07 DM waren. Wozu auch vorbeugen, rechnet das Bourgeoishirn, die Leute sind alt und untauglich für die Profitproduktion, wozu Krankheiten vorbeugen, wenn's doch recht ist, daß sie daran sterben.

Daß die Rentner, wenn sie einmal krank waren, zum Arzt gingen, daß sie sich Arzneimittel verschreiben ließen, ins Krankenhaus eingewiesen wurden, das konnten die Bourgeois bisher noch nicht so recht verhindern. Wir haben auch hier, der Einfachheit halber, die *durchschnittlichen* Kosten pro Rentner für ärztliche und Krankenhausbehandlung sowie Arzneimittel berechnet: 135,48 DM im Monat des ersten Halbjahres 1976 (122,82 DM in der vergleichbaren Zeit 1975).

Durchschnittlicher Jahresbeitrag der KV-Mitglieder ohne Rentner: 1974: 1 560; 75: 1 884; 76: 2 129

Durchschnittliche Jahresaufwendungen der KV an Mitglieder ohne Rentner: 1974: 1 392; 75: 1 662; 76: 1 812

Durchschnittlicher KV-Jahresbeitrag der Rentner: 1974: 1 146; 75: 1 370; 76: 1 573

Durchschnittliche Jahresaufwendungen der KV an die Rentner: 1974: 1 662; 75: 1 919; 76: 2 034

Hier jedenfalls setzen die „kostendämpfenden" Maßnahmen der Bourgeoisie an. In der KVZ Nr. 24 berichteten wir bereits von einem Rundschreiben an Darmstädter Kassenärzte, nicht mehr als 100 DM für Rentner aufzuwenden. Was dann? Die Behandlung abbrechen, keine Medikamente mehr verschreiben? Offensichtlich wird das verlangt. In Regensburg wurden Kassenärzte aufgefordert, keine Hausbesuche in einem der dortigen Alten„heime" mehr zu machen; die Alten sollten, wenn sie etwas hätten, selbst zum Arzt gehen, das sei billiger. Die meisten sind jedoch gehbehindert. Auch eine Art, Rentnern ärztliche Behandlung zu verweigern.

Durch die beiden Gesetze, das 20. Rentenanpassungsgesetz und das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz, die am 1. Juli in Kraft treten sollen, werden solche noch einzelnen Vorstöße zur Methode. Wir erinnern noch einmal: Durch Druck auf die ärztlichen Honorare will Ehrenberg die Ärzte zwingen, Behandlungen noch weiter zu verkürzen und Hausbesuche gänzlich abzuschaffen. Gleichzeitig wird ihnen eine Obergrenze für die Verschreibung von Medikamenten vorgeschrieben, was darüberhinaus vonnöten ist, muß selbst bezahlt werden: Wie soll aber ein Rentner, der von 500 oder 600 DM im Monat leben muß, sich z. B. bei einer Entzündung der Atemwege die notwendigen Medikamente selbst kaufen? Eine Packung Vibramycin, ein Antibiotikum, mit 8 Kapseln kostet über 41 DM, 20 Kapseln würde er für eine Behandlung ungefähr brauchen, wären über 100 DM – wie soll er sie kaufen, wenn sie ihm zukünftig nicht mehr verschrieben werden? Und die Medikamente, die er dann noch verschrieben bekommt, muß er im Rahmen des 20. Rentenanpassungsgesetzes zu 20 %, bis zu 3,50 DM pro Rezept, auch selbst bezahlen.

In den bürgerlichen Statistiken wird 1975 als „Sterberekordjahr" ausgewiesen. Folgende Tabelle gibt Aufschluß, daß die Senkung der Bettenbelegzeiten in den Krankenhäusern ihren Anteil daran hat, auf der Grundlage ständig verschlechterter gesundheitlicher Lage der Rentner:

	Insgesamt	Ortskrankenkassen	Landwirtschaftl. Krankenkassen	Knappschaft
Krankenhausfälle von Rentnern / je 100 Rentner				
1973	17,1	17,6	16,6	13,7
1974	18,3	18,8	17,4	14,8
1975	18,9	19,3	18,0	16,9
Krankenhaustage je Fall / Durchschnitt				
1973	28,9	29,2	26,3	32,4
1974	28,1	28,6	27,0	28,5
1975	27,4	27,9	26,4	28,0
Sterbegeldfälle von Rentnern / je 1000 Rentner				
1973	49,4	52,5	68,3	52,2
1974	49,2	52,4	69,8	52,6
1975	50,6	54,0	73,4	55,4

Inzwischen? Die Bourgeoisie ist dazu übergegangen, eigens Altenkrankenhäuser zu schaffen, Sterbekliniken, in denen sie die Rentnerbeseitigung geräuschlos und unauffällig organisieren will – gäbe es den Widerstand der Krankenschwestern, Krankenpfleger und auch teilweise der Ärzte nicht. Im Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz verfügte „Verwirtschaftlichung" der Krankenhäuser soll im übrigen dafür sorgen, daß weder Geld noch Zeit auf die sorgsame stationäre Behandlung von Rentnern „verschwendet" wird.

Die Bourgeoisie hat ein zusätzliches todsicheres Mittel ergriffen, diese geplanten Maßnahmen auch durchzusetzen. Sie kürzt den Beitrag der Rentenversicherung an die Krankenversicherung von 17 % auf 11 %. Bis 1980 sollen so 32 Milliarden DM an Gesundheit und Leben der Rentner gespart werden.

„... wird der Rentenversicherung ein gewisser Vorrang zuzuerkennen sein"

Das ist, vom stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands ausgesprochen, die Devise der Bourgeoisie bei der „Sanierung der Sozialversicherungen". Anfang des Jahres bereits haben die bürgerlichen Parteien beschlossen, daß die Arbeitslosenversicherung ab dem 1.1.1979 Beiträge für die Arbeitslosen an die Rentenversicherung zahlt, 1979 sollen das 2,3 Milliarden DM sein. Obwohl noch nicht offiziell bekannt gemacht, ist sicher, daß gleichzeitig die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöht werden sollen. Die Kürzung der Rentnerbeiträge an die Krankenversicherung wird, diesmal haben die Bourgeois es bereits angekündigt, Beitragserhöhungen der Lohnabhängigen für die Krankenversicherung in einer Höhe von mindestens 1,6 Prozentpunkten zur Folge haben. Das besonders Gemeine an diesem Programm ist: Die Gelder, die aus dem Lohn der Lohnabhängigen über Arbeits- und Krankenversicherung zusätzlich zu den Rentenversicherungsbeiträgen in die Kassen der Rentenversicherung „transferiert" werden, werden zu nichts weniger benutzt als für Sicherung oder gar Erhöhung der Renten. Im Gegenteil: Die Renten*kürzung* ist bekanntlich im Programm inbegriffen. Und die Gelder, die an der Gesundheitsversorgung der Rentner eingespart werden, zahlen sich doppelt und dreifach aus: als Renten, die nicht mehr gezahlt werden müssen. Durch gezielte Beseitigung der Rentner und verstärkte Ausplünderung der Lohnabhängigen füllt die Bourgeoisie ihre Kriegskasse. – (Z-Red.)

Wie die Regierung neue Rüstungsaufträge begründet und Professor Huffschmid für „weitgehend veränderte Verhältnisse" kämpft

Bundeshaushaltsausschuß und Bundesregierung haben in der letzten Woche einigen größeren Aufrüstungsvorhaben zugestimmt. Die Aufträge für sechs der vorläufig zwölf geplanten Fregatten wurden erteilt, ebenso die Aufträge für 1 800 Leopard II, 49 000 LKWs, 212 Panzerabwehrhubschrauber und anderes genehmigt. Insgesamt handelt es sich um neue Rüstungsausgaben von über 12 Milliarden DM. Vorher waren diese Rüstungsausgaben schon durch den Bundesverteidigungsausschuß gebilligt worden.

Seit eh und je verkaufen die Imperialisten ihre Aufrüstung als soziale Wohltat an die Arbeiterklasse. Von jedem Kriegsschiff, das Wilhelm II. auf Kiel legen ließ, wurde behauptet, daß das vor allem geschehe, um das Los der deutschen Arbeiterklasse zu lindern. Erstens sichere der Bau der Kriegsschiffe die Arbeitsplätze direkt, und zweitens dienten die Kriegsschiffe der Sicherung des deutschen Handels und damit indirekt ebenfalls der Sicherung der Arbeitsplätze. Am Ende stand dann die Zwangsverpflichtung der Rüstungsarbeiter zu 12-, 14-, und 16-Stunden-Schichten und die Zwangsverpflichtung von Millionenmassen von Arbeitern für den Dienst auf den Schlachtfeldern. Am Ende stand der Erste Weltkrieg. Was heißt da Erhaltung der Arbeitsplätze? Die Arbeiterklasse hatte eine andere Auffassung. Aus den bitteren Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zog sie die Konsequenz und machte die Novemberrevolution. Daß die Arbeiter dabei von der Sozialdemokratie um den Sieg und die Früchte des Sieges betrogen worden sind, stimmt. Dafür muß man die Sozialdemokratie angreifen und nicht die Nase über die Arbeiterklasse rümpfen.

Als die Imperialisten vor und während der Weltwirtschaftskrise darangingen, wieder Panzerkreuzer bauen zu lassen, war das natürlich eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Hitler hat diesen Betrug bloß perfektioniert und mit offener Zwangsarbeit verbunden. Die Autobahnen! Natürlich wurden sie gebaut, um Arbeit und Brot zu sichern, und nicht um den Zweifrontenkrieg vorzubereiten und ganz Deutschland in eine Nachschubbasis für die Eroberung Europas und der Welt auszubauen. Es gibt ja heute noch Leute, die sagen, Hitler hätte die „Arbeitslosen von der Straße runtergebracht". Unter die Erde gebracht hat er Millionen von Arbeitern!

Nie wieder Krieg! haben die Arbeiter und Werktätigen nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert, und eine breite Bewegung gegen die Restauration des Imperialismus hat sich entwickelt. Wenn die Sozialdemokraten und Revisionisten diese Bewegung zerrieben haben, dann soll man dafür die Sozialdemokraten und Revisionisten angreifen und nicht die Arbeitermassen bekritteln. Was die Arbeiter wollten, haben sie gesagt. Ihr Fehler war, daß sie sich im Kampf für ihre Ziele Führern anvertraut haben, die den Imperialismus und Krieg nicht beseitigen, sondern erhalten und vorbereiten wollten.

Aus „sozialen Gründen" läßt die Bundesregierung heute ihre Fregatten bauen. Wieder geht es darum, „Arbeitsplätze zu sichern", erstens direkt bei den Werften und zweitens indirekt in allen Industriezweigen durch die Sicherung des deutschen Handels und Exports. Schmidt hat das unter dem eisigen Schweigen der Arbeiter schon bei Blohm und Voss verkündet. Bei der Auftragsverteilung für die verschiedenen neuen Milliardenprojekte ist es wiederholt worden. Und aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und der Sicherung der Arbeitsplätze sind die Aufträge, statt wie von Georg Leber vorgeschlagen nur an die Bremer Vulkan-Werft zu gehen, auf fünf Werften verteilt worden: den Bremer Vulkan, Blohm und Voss, AG Weser, Thyssen Nordseewerke je eine und zwei an die HDW-Werften in Kiel und Hamburg. Glauben die Arbeiter den Imperialisten auch nur eines ihrer schönen Worte, dann haben sie die Quittung sofort auf dem Lohnzettel: weiter sinkende Löhne bei steigender Arbeitszeit und Arbeitsdichte. Aber dabei wird es nicht bleiben. Die Verschärfung der Ausbeutung und die Verelendung der Arbeiterklasse sind eine Voraussetzung für den Erfolg der Kapitalisten im Kampf gegen die Konkurrenten, um die Aufteilung des von der Arbeiterklasse produzierten Mehrwerts. Unvermeidlich greifen die Imperialisten früher oder später zum Mittel des Krieges, um die Höchstprofite zu sichern durch die Vernichtung des Konkurrenten und die Eroberung seiner Reichtümer. Und die Quelle dieser Reichtümer sind die Arbeiterklasse und die Natur. Unterwerfung der Arbeiterklasse fremder Länder und Aneignung der Naturbedingungen dieser Länder, Eroberung fremder Territorien durch Krieg gehen unvermeidlich aus dem Streben der Imperialisten nach Profit und Höchstprofit hervor. Schöne Sicherung der Arbeitsplätze! Wie kann es die Bourgeoisie wagen, sowas der Arbeiterklasse in Westdeutschland zu erzählen, wo die Väter und Großväter der heutigen Arbeitergeneration den imperialistischen Krieg am eigenen Leib erfahren haben?

Die Kapitalisten können es wagen, weil es Leute wie Georg Leber gibt, die mit der Miene des Sachwalters der Arbeiterklasse die Kriegsvorbereitung der Bourgeoisie betreiben. Und mancher Arbeiter nimmt einem „Schorsch" Leber ab, was er Franz Josef Strauß nie abgenommen hätte. Sie können es wagen, weil es neben den Sozialdemokraten die modernen Revisionisten gibt, die DKP, die durch systematische Verharmlosung des Kapitalismus und Imperialismus die Arbeiterklasse im Kampf gegen Ausbeutung, Reaktion und Kriegstreiberei zu entwaffnen versuchen. Ein Professor Huffschmid ist durch die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" interviewt worden. Der Professor beantwortet die Frage: „Brauchen wir Rüstungsproduktion, um die Arbeitsplätze zu sichern?" Nein, sagt der Professor, was wir brauchen, sind andere Aufträge des imperialistischen Staatsapparates, nicht Kriegs-, sondern Handelsschiffe, nicht Panzer, sondern LKWs, nicht chemische Vernichtungsmittel, sondern nützliche Medikamente. Das Argument ist lächerlich, denn weder der imperialistische Staat noch der Kapitalismus überhaupt sind dadurch gekennzeichnet, daß sie *statt* Handelsschiffen Kriegsschiffe bauen, *statt* LKWs Panzer und *statt* nützlicher Medikamente chemische Vernichtungsmittel. Charakteristisch für den Kapitalismus ist, daß *alles* nur zum Zweck der Profitmacherei und durch die Ausbeutung der Arbeiter produziert wird und daß dieser Zweck der Profitmacherei in der Epoche des Imperialismus unvermeidlich zum Krieg führt. Bekanntlich nützen den Imperialisten Kriegsschiffe wenig, wenn sie keine Transportschiffe haben, mit denen sie den von der Arbeiterklasse des eigenen Landes produzierten Reichtum in fremden Ländern losschlagen können und den Reichtum, den die Arbeiter und Bauern fremder Länder produziert haben, nicht wegschaffen können. Nicht die Existenz von Kriegsschiffen ist die Ursache des Krieges, sondern Kriegsschiffe brauchen die Imperialisten, weil sie alle Produktion nur zum Zweck der Profitmacherei betreiben und folglich von der ökonomischen Konkurrenz übergehen zur politischen und militärischen Vernichtung der Konkurrenten und zur Eroberung ihrer Reichtümer. Wer sagt denn, daß Kapitalisten keine Handelsschiffe, keine LKWs und keine nützlichen Medikamente produzieren ließen? Der Augenschein schon belehrt einen vom Gegenteil. Keinen Tag könnte sich sonst der Kapitalismus halten. Kriegführen könnte er natürlich auch nicht. Auch zum Krieg brauchen die Kapitalisten mehr LKWs als Panzer, und ihre eigene Armee behandeln sie im Falle von Krankheit oder Verletzung bekanntlich nicht mit chemischen Vernichtungsmitteln. Es ist ausgekochter Schmarren, den Huffschmid an den Mann bringen will. Mit keinem anderen Zweck, als vom Ausbeutungscharakter der kapitalistischen Produktion abzulenken und den Imperialismus zu verharmlosen. Es ist bloß konsequent, wenn er dann behauptet, die Arbeitslosigkeit ginge nicht aus dem Kapitalismus hervor, und ihren gesetzmäßigen Charakter bestreitet, sondern behauptet, die Arbeitslosigkeit könne durch Aufträge des imperialistischen Staatsapparates an die Kapitalisten überwunden und vermieden werden. Bloß nützlich sollen die Sachen halt sein, die der imperialistische Staat in Auftrag gibt. Und Hitlers Autobahnen? Waren sie nicht nützlich? „Nützlichkeit" kann man ihnen kaum bestreiten. Wesentlich war an diesem Projekt war, daß die Kapitalisten mit dem Bau dieser Autobahnen Milliardenprofite gemacht haben und daß sie die Autobahnen ihrer Profite zuliebe für den imperialistischen Krieg nutzten. Wesentlich war, daß nicht die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern die Zwangsarbeit eingeführt wurde. Wesentlich war, daß die Aufrechterhaltung der Profitproduktion mit Hilfe von Staatsaufträgen Hand in Hand ging mit der Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Millionen Arbeiter mußten, nachdem sie in der kapitalistischen Produktion bereits ihre Gesundheit gelassen hatten, auf dem Schlachtfeld ihr Leben lassen. Das sind die Erfahrungen der Arbeiterklasse. Dennoch ist eine Autobahn eine nützliche Sache. Die herrschende Arbeiterklasse könnte was mit ihr anfangen, im Frieden, aber auch im Krieg gegen einen Angriff der Kapitalisten. Welche Klasse herrscht, die Ausbeuter oder die arbeitenden Klassen unter Führung des Proletariats? Solange die Ausbeuter herrschen, herrscht Ausbeutung und Unterdrückung der Ausgebeuteten, ist der imperialistische Krieg unvermeidlich. Die Kapitalistenklasse bezahlt tausende und abertausende Professoren und Lehrer, um diese Erfahrungen niederzuhalten und zu beseitigen. Einige Revisionisten darunter, das ist für die Bourgeoisie nicht schlecht, sondern unbedingt notwendig. Es gibt Leute, die einem Huffschmid mehr glauben als einem Professor Erhard. – (Z-Red.)

DRUPA 1977: „Weltweiter Investitions- und Rationalisierungsschub"

Die 7. Internationale Messe Druck und Papier Düsseldorf (DRUPA) ist eine „Schau der Superlative", schreiben die verschiedenen bürgerlichen Zeitungen.

Die Ausstellung DRUPA ist die größte Industrieausstellung in der Welt für die Druckindustrie. Diese Ausstellung findet alle fünf Jahre statt. Wer die DRUPA vor fünf Jahren besucht hat, dem wird aufgefallen sein, daß die wesentlichen Veränderungen bereits zu dem Zeitpunkt festgelegt wurden.

Entscheidende neue Entwicklungen der Maschinerie wurden auf dieser Ausstellung nicht gezeigt. Welche Festlegungen haben die Kapitalisten getroffen, was sind ihre nächsten Schritte? Die Druckerzeugnisse müssen aktueller, schneller, farbenreicher werden und ihre Gesamtqualität erhöhen. Und zwar auf allen Gebieten, von der Produktion der Zeitung über die Zeitschriften- und Buchproduktion bis zu den Werbematerialien der Kapitalistenklasse.

Die Konkurrenz der Kapitalisten hat in den letzten Jahren zu vielen Pleiten der Druckkapitalisten geführt. Nicht nur bei Klein- und Mittelbetrieben, auch Großbetriebe haben den Konkurrenzkampf nicht bestanden. Die hohe Ausbeutung der Arbeiter ist das einzige Mittel, den Konkurrenzkampf zu bestehen.

„Es steht heute schon fest: Die DRUPA 77 führt weltweit zu einem Investitions- und Rationalisierungsschub in der Druckindustrie und der papierverarbeitenden Industrie", erklären die Kapitalisten auf der DRUPA (DRUPA-Report 8). Dies fängt bei der Reproduktion und bei der Übertragung und Bearbeitung der Informationen und Stellungnahmen der Bourgeoisie zu bestimmten Themen an. Unter Reproduktion versteht man Wiedergabe eines Bildelementes als Druckerzeugnis. Hier werden gerade von den Kapitalisten Bestrebungen organisiert, diese Reproduktionen originalgetreu wiederzugeben. Also, daß eine grüne Wiese nicht als Schwarzweiß-Bild gedruckt zu werden braucht, sondern als grüne Wiese, aber auch nicht als hellgrüne oder dunkelgrüne Wiese.

Ist vor der weiteren Entwicklung in der Reproduktionstechnik vor Jahren noch mit sechs, acht, zwölf verschiedenen Farben versucht worden, die Originalwerte der Bildelemente zu erreichen, sind daraufhin Farbauszugsverfahren entwickelt worden, die eine farbige Reproduktion über vier Farben (Grundfarben: blau, gelb, rot, schwarz) ermöglichen. Dies war ein wichtiger Schritt in der Reproduktionstechnik.

Heute wird dies zusätzlich beschleunigt durch die Elektronik. Dies konnte man beim Stand der Firma Hell sehen. Hier wurde eine farbige Vorlage (Dia oder Aufsichtsvorlage) auf einen Bildschirm produziert. Auf diesem Bildschirm kann jetzt das farbige Bild ausgesteuert werden. Entweder nach der Vorlage, daß die grüne Wiese wirklich grün wird, wie auf der Vorlage, oder aber der Kapitalist, der dieses farbige Bild als Reklame für den Verkauf seiner Rasensamen braucht, will einen anderen Grünton haben.

All diese Werte können festgelegt werden. Das Bild wird auf Grundlage der Farbfestlegungen dann elektronisch abgetastet. Vier Farbauszüge werden dann erstellt.

Mit dieser industriellen Entwicklung, die sich nicht die Kapitalisten ausgedacht haben, sondern von der Arbeiterklasse herausgepreßt worden ist, werden verschiedene Arbeitsvorgänge eingespart, weniger Arbeitern wird das gleiche, noch verbesserte Produkt in kürzerer Zeit abgepreßt.

Bei der Entwicklung der Reproduktionstechnik werden die Reproduktionsfotografen und Lithografen wesentlich eingespart (jetzt sind die Farbauszüge in Sekundenschnelle ausgesteuert, bisher mußte der Farbauszug viele Stunden, oft Tage bearbeitet werden).

Dies ist ein großer Fortschritt, aber in den Händen der Kapitalisten, die die Produktionsmittel besitzen, sind dies Maßnahmen zur kapitalistischen Rationalisierung:

„1886: New York, 3. Juli: In der Setzerei der New York Tribune herrscht gespannte Erwartung. Die Blower, die erste Setzmaschine mit freiem Matrizenkreislauf, ist installiert. Wird sie – nachdem rund 200 Erfinder an diesem Problem scheiterten, auch Mark Twain sein Vermögen mit dem Bau einer Setzmaschine verlor – wieder eine Enttäuschung?

Ottmar Mergenthaler setzt sich an die von ihm entwickelte Maschine, tastet, die Matrizen fallen. Es folgt der Guß. Die erste auf einer Maschine gesetzte Zeile ist fertig."

„Heute. Irgendwo in Süddeutschland: Der Jungredakteur O.M. setzt sich erstmals vor sein Bildschirmterminal. Werde ich dieses vollintegrierte Satzsystem beherrschen oder beherrscht es mich? Er gibt seinen Bericht über die Schreibmaschinentastatur in das System ein – zuerst zögernd, dann fließend und schließlich mit der Begeisterung der Jugend, die allem Modernen aufgeschlossen gegenübersteht. Und dann, es sind zwar wenige Sekunden, sie erscheinen ihm aber wie eine Ewigkeit, kommt der eingegebene Text ausgeschlossen (mit Randausgleich auf Spalte gesetzt, Red.) auf dem Bildschirm zurück. Es klappt – ein Aufatmen." (DRUPA-Ausgabe der Linotype-Post)

Die Arbeit des Redakteurs besteht also nicht mehr nur im Schreiben des Artikels, sondern er setzt den Artikel gleichzeitig. Die fertige Zeitungsseite wird über den Bildschirm korrigiert und umgebrochen und per Knopfdruck belichtet. Maschinensetzer, Setzer und Korrektoren werden somit eingespart, diese Arbeitsvorgänge werden über ein Bildschirmgerät heute betätigt.

Der Jungredakteur beherrscht die Maschine, die er betätigt, ist die Lüge der Kapitalisten. Wer herrscht und wer besitzt die Maschinen? Die Kapitalisten und nicht die Arbeiterklasse. Deshalb sind diese Rationalisierungsmaßnahmen, wie sie von der Firma Linotype verherrlicht werden, gegen die Arbeiterklasse gerichtet.

„Die Aussteller der DRUPA 77 verkaufen Arbeitsplätze", erklärte der Präsident des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten e.V. Von 180 000 auf 143 000 Ausbeutungsplätze sind die Zahlen in der Druckindustrie gefallen, was schafft hier Arbeitsplätze? Wegrationalisiert werden die Ausbeutungsplätze, das Heer der arbeitslosen Drucker und Setzer war noch nie so groß wie heute. Diese dummdreisten Meinungen werden frech weg von den Kapitalisten erklärt. Wie die kapitalistische Rationalisierung aussieht, haben viele gesehen, solche Lügen stoßen auf Widerstand.

Die Firma Albert Frankenthal stellte eine Tiefdruckrotationsmaschine mit einer maximalen „Bahn-Nennbreite von 2 100 mm" vor. 45 000 Umdrehungen läuft die Maschine maximal. Die Firma Girardet hat sich eine dieser Maschinen mit zehn Druckeinheiten gekauft, um damit der Arbeiterklasse noch mehr Profit abzupressen. Diese Maschine kann einen Zylinderumfang bis zu 1 530 mm bei einer Geschwindigkeit von 12,5 Metern pro Sekunde haben.

Diese Zahlen machen deutlich, was die Kapitalisten vorhaben, da gibt die Arbeiterklasse auf das Gewäsch von Arbeitsplatzsicherheit nichts. Die Firma Koebau stellte eine Bogenoffsetmaschine mit einer Geschwindigkeit von 15 000 Bogen die Stunde vor. Vor fünf Jahren, auf der letzten DRUPA, war die Geschwindigkeit von 10 000 Bogen schon eine Sensation.

Wem werden diese 15 000 Bogen abgepreßt, wer wird ausgebeutet? Die Maschine nicht, sondern die Drucker, die diese Maschine bedienen müssen. Schneller und immer schneller muß die Maschine bedient werden. Schneller muß das Papier vorgestapelt werden usw. Der Streß wird immer größer, denn mit der Geschwindigkeit verlangt der Kapitalist gute Druckerzeugnisse, gleichzeitig muß der Papierausschuß geringer werden.

„Für das Proletariat bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung. Sie verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vergrößern die Qual der Arbeit und vernichten ihren Inhalt." (Programm des KBW)

Was Rationalisierung und Intensivierung bedeuten, zeigte die Firma Heidelberger Druckmaschinen. Sie mietete gleich eine ganze Halle und fuhr volle Produktion. Ausstellung von Maschinen und Ausbeutung der Arbeiterklasse wurden hier gleich verbunden. Den Kapitalisten wurde warm ums Herz: Die Heidelberger Druckmaschinen sind Mittel in den Händen der Kapitalisten, die Arbeiterklasse noch besser, noch mehr auszubeuten.

Die Kapitalisten rechnen mit einem jährlichen Mengenwachstum von 3 Prozent. Dies verkündigten sie auf der DRUPA. Damit wird sich der einzelne Kapitalist aber nicht zufrieden geben. Noch mehr Profit muß aus der Arbeiterklasse herausgepreßt werden.

Daß die Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Rationalisierung den Kampf organisiert, wird nicht nur beim Kampf der Druckarbeiter zur Zeit in Bremen deutlich, sondern viele Arbeiter haben sich die Messe angesehen, um den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung besser zusammenzufassen und sich über die Absichten der Kapitalisten im klaren zu sein. – (Z-Red.)

Die Druckverfahren

Der Hochdruck ist ein Druckverfahren, bei dem alle druckenden Teile der Druckform erhaben stehen. Der Hochdruck ist das älteste Druckverfahren. Er entwickelte sich aus dem Stempeldruck und dem Holztafeldruck über den Druck mit beweglichen Holz- oder Tonlettern, den gegossenen Lettern zu seiner heutigen Form. Beim Einwalzen der Druckform mit Druckfarbe werden die druckenden Teile eingefärbt, und im nachfolgenden Druckvorgang kommen nur die druckenden Teile mit dem Bedruckstoff in Berührung. Zum Hochdruck gehören der Buchdruck und der Flexodruck. Während beim Buchdruck, der vor allem bei der Herstellung von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern, in großem Umfang aber auch bei Geschäftspapieren Verwendung findet, die Druckform aus Metall (Blei) oder Kunststoff besteht, werden beim Flexodruck flexible Druckformen von Gummistereos oder gravierte Gummizylinder verwendet. Der Flexodruck kommt vor allem im Verpackungsdruck zur Anwendung.

Beim Flachdruck, der auf der Tatsache aufbaut, daß Fett und Wasser einander abstoßen, liegen die druckenden und nichtdruckenden Teile praktisch auf einer Ebene. Die Druckform besteht aus einer wasserfreundlichen Oberfläche, auf die eine Kopierschicht aufgetragen wird. Durch Aufkopieren der Druckvorlage und anschließende chemische Behandlung wird an den nichtdruckenden Teilen die wasserfreundliche Oberfläche freigelegt. Der Druckvorgang verläuft dann so: Einfeuchten der Druckform, Einfärben, Druck.

Die gebräuchlichste Form des Flachdrucks ist der Offsetdruck, ein indirektes Druckverfahren. Hier wird nicht wie beim Hochdruck direkt von der Druckform auf das Papier gedruckt, sondern zunächst auf einen Gummizylinder, und von diesem erst auf das Papier. Dieses Verfahren hat gegenüber dem direkten Druck den Vorteil, daß selbst bei schlechten Papieren eine hohe Druckqualität gewährleistet bleibt, da die Druckform selbst mit dem Bedruckstoff nicht in Berührung kommt, die Farbe vom Gummizylinder auf das Papier abgesetzt wird.

Der Tiefdruck ist ein Verfahren, bei dem die druckenden Teile tiefer liegen als die Druckformoberfläche. Beim Tiefdruck läuft der Formzylinder direkt im Farbbecken, wo er an der unteren Seite vollständig mit dünnflüssiger Farbe überzogen wird. Anschließend wird durch ein dünnes Stahlband, die Rakel, die überschüssige Farbe abgestreift, so daß nur noch die tieferliegenden druckenden Teile Farbe führen. Unmittelbar hinter der Rakel wird durch einen Gegendruckzylinder das Papier unter hoher Druckspannung auf den Formzylinder gepreßt. Während bei Tiefdruck-Bogenmaschinen dieser Gegendruckzylinder in einem bestimmten Verhältnis zum Formzylinder steht, haben Tiefdruck-Rollenrotationen einen freilaufenden Gegendruckzylinder, den Presseur, der in keinem bestimmten Verhältnis zum Formzylinder stehen muß. Dadurch und durch die einfache Bauweise der Druckwerke können Formzylinder verschiedener Durchmesser in der selben Maschine verwendet werden, was Tiefdruckrotationen gegenüber Maschinen anderer Druckverfahren im Format wesentlich variabler macht.

Beim Siebdruck wird auf einem Holz- oder Metallrahmen ein Gewebe aufgezogen, auf dem die nichtdruckenden Teile abgedeckt werden. Der Rahmen wird auf den Bedruckstoff aufgelegt und die Farbe mit einer Gummirakel über die ganze Fläche gleichmäßig verteilt. Durch die nicht abgedeckten Teile des Siebens kann die Farbe auf den Bedruckstoff gelangen. sich dadurch aus, daß infolge des starken Farbauftrages, wie er bei keinem anderen Druckverfahren erreicht wird, die Drucke hohe Lichtbeständigkeit und Deckkraft besitzen. Der Siebdruck wird entweder an langen Drucktischen betrieben, wobei alle Vorgänge von Hand ausgeführt werden müssen. Es können hierbei Druckleistungen von ca. 350 Bogen in der Stunde erreicht werden. Für höhere Auflagen werden Siebdruckmaschinen mit Bogenanleger und Trockenstrecken gebaut.

Hartnäckiger Kampf der Bremer Druckarbeiter für mehr Lohn

Seit fast drei Wochen streiken die Druckarbeiter bei den Bremer Zeitungsbetrieben Weser Kurier und Bremer Nachrichten. Die Forderungen der Druckarbeiter nach Rücknahme der Kürzung der übertariflichen Zulagen und Festschreibung im Haustarif, Anhebung der übertariflichen Zulagen um 30 DM für alle, bilden die Grundlage für ihre Einheit. Alle Verhandlungen sind bislang gescheitert.

Hält die Front der Druckarbeiter gegen die Kapitalisten, so bleiben die Verleger trotzdem hart. Sie hoffen auf die Sozialdemokraten, die ihnen bislang noch im jedem Arbeitskampf gute Dienste geleistet haben. Haben sie doch mit dem 6,6 %-Lohnraubabschluß den Druckkapitalisten offeriert gleich nachzusetzen. So sind sie auch in diesem Streik von Anfang an tätig, die Druckarbeiter in die Niederlage zu führen. Zweimal ist dies jetzt schon vereitelt worden: Als sie den Streik zu einer „Aussperrung" erklären wollten, wurde das durch den hartnäckigen Streik der Drucker zurückgeschlagen; zum anderen steckten sie für ihren Vorschlag, ein „Verhandlungsangebot" von Verleger Meyer anzunehmen, das forderte, die Arbeit am 17.6. wieder aufzunehmen und die Kürzungen der Zulagen für tarifrechtlich möglich zu erklären, in der Abstimmung eine, wenn auch knappe Niederlage ein. Können sie die Kampffront nicht frontal angreifen, so versuchen sie doch das Kampfziel zu zersetzen. Dazu dient ihnen der Verleger Meyer, der eigentlich nicht in diese Zeit passe mit seinen Ausbeutungsmethoden, sondern in den Frühkapitalismus. So erklärte Kammering, SPD-Betriebsratsvorsitzender und Vorstandsmitglied der IG-Druck und Papier in Bremen gegenüber der Nordschau vom 16.6. auf die Frage, ob es hier in diesem Streik wirklich noch um „tarifliche Dinge" geht: „Es war von Anfang an keineswegs so, daß es prinzipiell nur um die Abwehrung der Anrechnungsmöglichkeiten ging, sondern es ging auch darum, gerade den autoritären Führungsstil ... Widerstand entgegenzusetzen". Das ist sozialdemokratische Niederlagentaktik.

Die Druckarbeiter dagegen halten an ihren Interessen fest, nur ist nach zwei Wochen Streik die Unsicherheit groß, ob und wie man das Ziel durchsetzen kann. Das ist auch der Grund dafür, warum es den Sozialdemokraten am 15.6. gelungen ist, eine „veränderte Fassung des Meyer-Angebots" einstimmig auf der Belegschaftsversammlung abstimmen zu lassen. Darin wird Meyer jetzt angeboten: Die Anerkennung der Zulagen „auszusetzen" und durch den Betriebsrat prüfen zu lassen, ob nicht bei einigen die Streichung zumutbar ist.

Kein Wunder, daß Meyer hart bleibtund Koschnik als „Vermittler" ablehnt.

Aber der Streik wird weiter organisiert., viele Drucker sagen, daß es richtig ist, weiterzustreiken, bis alle Forderungen erfüllt sind. Die Gewerkschaft Druck und Papier muß in den Streik gezwungen werden.

Der Streik der Drucker findet große Unterstützung. Schüler überbringen nach einer Kundgebung gegen die Zeugnisse und Noten den Streikenden eine Solidaritätserklärung, in der es heißt: „Der Kampf der Schüler gegen die Noten, wie der der Drucker gegen die Zulagenstreichungen und um mehr Lohn, ist ein gemeinsamer – einheitlich gegen Unterdrückung und Verelendung gerichtet. Sie übergaben 15 DM Spenden. Bisher haben die Streikenden weit über 50 000 DM Spenden erhalten.

Tägliche Abstimmung auf der Streikversammlung im Gewerkschaftshaus (16.6.77) Erneut wird einstimmig die Fortführung des Kampfes beschlossen.

Die Streikenden wenden sich an die Bremer Arbeiter.

Nieder mit dem Fregattenprogramm

Bremen. Die Bremer Vulkan-Werft ist jetzt „Generalunternehmer" für den Bau der Fregatte 122. Dort wird der Prototyp gebaut, Thyssen Emden, AG Weser Bremen, HDW Kiel und Blohm & Voss Hamburg (2) bauen die restlichen der vorab sechs Fregatten.

Warum hat der Vulkan die „Generalunternehmerschaft" erhalten? Die Vulkankapitalisten haben keine große Tradition im Kriegsschiffbau, aber ihr Entwurf war der „kostengünstigste", wohinter sich versteckt, daß sie der Spitzenreiter in der Auspressung unbezahlter Mehrarbeit sind.

Planmäßig haben sie diesen Vorsprung in der Ausbeutung herausgearbeitet. Im Maschinenbau und in der Schiffbaufertigung haben sie soweit wie möglich produktivere Maschinerie, Automation und numerische Steuerung angeschafft. Bei den Montage- und Ausrüstungsarbeiten an Bord sind dem Einsatz produktiverer Maschinerie Grenzen gesteckt. Hier haben sie vor allem das Akkordsystem durch die beständige Kürzung der Vorgabezeiten angezogen. In Zahlen:

Investitionen:

Jahr	1972	1973	1974	1975	1976
Mio. DM	44,7	31,1	24,7	30,2	42,5

Vorgabezeiten für das Brennen von 500 Keilen:

Jahr	1966	1967	1975	1976
Stunden	41	41	30	15

(Dabei 1966/67 ohne, 1975/76 mit Nebenarbeiten)

Die Vulkankapitalisten haben es dabei am weitesten getrieben und die „Generalunternehmerschaft" für die F 122 ergattert. Jetzt wird mit den Fregatten der große Reibach gemacht: Die Abnahme ist garantiert, der Abnahmepreis hoch (und wie man weiß, im Verlauf der Produktion noch höher zu schrauben).

Die Konkurrenz der Werftkapitalisten untereinander ist damit aber noch keineswegs beendet: Sechs weitere Fregatten stehen bald zur Vergabe an, und die Kriegsschiffsproduktion im großen Stil beginnt erst. Die Konkurrenz wird umso heftiger werden: Um die fetten staatlich garantierten Profite und um die Vorherrschaft in dem einen Werftmonopol, was über diese Aufträge planmäßig und schlagkräftig befördert und entwickelt wird.

Ausgetragen werden soll dieser Kampf auf dem Rücken der Werftarbeiter.

Reden die Sozialdemokraten von „Sicherung der Arbeitsplätze", dann wissen die meisten, was davon zu halten ist: Rund 1,3 Mio Fertigungsstunden werden pro Fregatte geschätzt, das bedeutet für 5 000 Arbeiter gerade 4,5 Monate Arbeit. Zum anderen kommen die „Seelords": Die Marinebauaufsicht, die einem bei jedem Handschlag über die Schulter sieht, wo du Verschalungen ratzekahl wieder losreißen kannst, nur weil der sehen will, ob sie auch von unten wirklich gestrichen sind. Da kommt eine Änderung nach der anderen, und zwar immer dann, wenn du die vorhergehende Änderung gerade fertig hast. Und bei all dem ist immer der Kalkulator dabei, weil das ja der Prototyp wird. Dazu die Arbeitsbedingungen, die Enge der Fregatte, wo keine Unterlegscheibe fehlen, jedes Kabel wie am Lineal gezogen und alle Schweißnähte stimmen und mit deiner Kennummer gestempelt sein sollen.

Der Fregattenauftrag ist nicht beliebt bei den Arbeitern, wieso auch. Viele Arbeiter sagen: „Weißt du, daran, daß wir mehr Lohn brauchen und ihn uns auch holen müssen, werden uns die Fregatten auch nicht hindern." Ein Arbeiter meinte, sein Vater hätte ihm schon gesagt: „Junge, wenn die wieder Flagge zeigen, dann mußt Du aufpassen, dann wirds kriminell! Erst der schwarz-rot-goldene DGB-Strick und jetzt die Fregatten! Wenn wir uns jetzt darauf einlassen, sind wir morgen zum Teil für Deutschlands Größe an der Front und zum Teil bei Wasser und Brot und unter Kriegsrecht in der Kriegsproduktion."

Daß die Knüppel nicht weniger, sondern mehr wird, sieht jeder Arbeiter. Gerade weil die Vulkankapitalisten als „Generalunternehmer" nicht nur über Konstruktionspläne, Blaupausen und Lizenzen Geld scheffeln wollen, sondern sich auch noch weitere Fregatten ergattern wollen in der Konkurrenz mit anderen Werftkapitalisten. Hinzu kommt, daß sich die Kapitalisten der Arbeiter nicht sicher sein können. Die politische Unterdrückung muß organisiert werden: Der Militärische Abschirmdienst am Tor; angefangen vom kleinsten Stückchen Holz, das du nicht mehr rauskriegen wirst, bis hin zur umfassenden Bespitzelung der Arbeiter im Betrieb, in der Gewerkschaft, auf politischen Veranstaltungen.

Dabei hat die Bourgeoisie Schwierigkeiten. „Bei der Bremer Vulkan säßen einige Kommunisten im Betriebsrat", schreibt der „Spiegel". Daß die Arbeiter bei Vulkan sich ihren Plänen nicht so einfach unterwerfen werden, wissen sie aus Erfahrung, und daß die Arbeiter auf dem Bremer Vulkan den Vulkankapitalisten große Schlachten liefern werden, haben sie nur eine revolutionäre Führung, das macht ihnen Kopfzerbrechen. So machen sich auch die Sozialdemokaten zielstrebig ans Werk. Jüngst klagten die Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe: So gehe es nicht weiter, daß man immer mit der Geschäftsleitung in Konfrontation läge. Früher wäre das anders gewesen, da hätte man in gemeinsamen Gesprächen mit ihr Einvernehmen erzielen können, und so müsse es wieder werden! Zielstrebig gehen sie jetzt daran, das beschlossene Programm des Betriebsrates zu durchlöchern mit dem Ziel, es zu stürzen: So hat sich der Betriebsrat jetzt darüber gespalten, ob der Sohn eines Vorarbeiters mit einem befristeten Vertrag eingestellt wird oder nicht, nachdem er einmal zum Programm erhoben hatte, grundsätzlich keinen befristeten Arbeitsverträgen zuzustimmen.

Sie treten jetzt für Neuwahlen ein. Ihr Programm der Versöhnung soll darüber durchgesetzt werden. Das soll ihnen nicht gelingen. Die Arbeiter auf dem Vulkan werden an ihrem zum 1.Mai beschlossenen Kampfprogramm festhalten und das Fregattenbauprogramm bekämpfen. Die Vulkanzelle wird sie dabei führen. – (Zelle Vulkan, Bremen)

nahme ist garantiert, der Abnahme- rung nach der anderen, und zwar im- zur umfassenden Bespitzelung der Ar- Bremen)

VW: Nach dem Urlaub neue Sonderschichten geplant

Wolfsburg. Letzte Woche fanden in den VW-Werken die Wahlmännerwahlen für die Aufsichtsratswahl statt. Die Wahlbeteiligung lag mit ca. 80 % ziemlich hoch. Im Werk Wolfsburg entfielen davon ca. 78 % der Stimmen auf die IG-Metall, 18 % auf den christlichen Metallarbeiterverband (CMV), und 3,5 % der Stimmen waren ungültig. In der hohen Wahlbeteiligung drückt sich aber nicht aus, in welchem Maße die Kapitalisten und die Sozialdemokraten die Arbeiter an den Gedanken der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten fesseln können. Vor und nach der Wahl wurde in den Abteilungen darüber diskutiert, ob man wählen soll oder nicht, ob man den Stimmzettel durch Draufschreiben von Forderungen der Arbeiterklasse ungültig machen soll, wie es die Betriebszelle des KBW vorgeschlagen hat, und ob die Mitbestimmung den Arbeitern nützt.

Es gab sehr wenige, die von der Mitbestimmung eine Durchsetzung der Interessen der Arbeiter gegenüber dem VW-Vorstand erwarteten. Das verbreitetste Argument der Arbeiter, warum man doch wählen gehen soll, war: Dann erfahren wir eher, was die Kapitalisten planen, und können besser dagegen kämpfen.

Aber das Argument trifft nicht zu. Denn die IGM-Mitglieder im Aufsichtsrat sind nach dem Gesetz zum Schweigen verpflichtet. Es ist gerade umgekehrt, und das ist auch mit der Mitbestimmung beabsichtigt: „Der Betriebsrat hat nur die Möglichkeit, bereits gefaßten Beschlüssen entweder zu widersprechen oder sie abzumildern oder sozial abzufedern. Im Aufsichtsrat nimmt man Einfluß, bevor es zu Entscheidungen gekommen ist, im Planungsstadium" (Wir Metaller, IGM Nachrichtenblatt). Man sieht, worauf das hinausläuft: Im Aufsichtsrat wird mit den Stimmen der „Arbeitnehmervertreter" beschlossen. Dann haben die IGM-Spitzenfunktionäre bereits zugestimmt, der Betriebsrat soll dann nur noch „abmildern" und „abfedern". Das Recht, Maßnahmen des VW-Aufsichtsrates abzulehnen, soll ausgehöhlt werden und damit der Zusammenschluß der Arbeiter zersetzt werden.

In der Halle 12 in Wolfsburg sind die neuen Fertigungspläne bis auf den Arbeitsgang Dreiecksfenstereinbau, wo die Arbeiter gestreikt hatten, durchgesetzt. Der Vertrauenskörper hat sogar auf die Drohung der Spitzensozialdemokraten mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der IGM seinen Beschluß gegen die Fertigungspläne zurückgenommen.

Bis zum Urlaub könnte VW 70 000 Autos verkaufen, hieß es von seiten der Abteilungsleitung in Halle 12. Bei normaler Produktion können aber nur 40 000 gefahren werden. Der VW-Vorstand bringt jetzt wieder die Erhöhung der Stückzahl an den Montagebändern auf 300 pro Schicht und Band ins Gespräch.

Der Verrat der Spitzensozialdemokraten hat ihn übermütig gemacht. Die Sitzungsgruppenleitung des Vertrauenskörpers hat jedoch vorerst die Erhöhung abgelehnt. Der Profit, der den Kapitalisten entgeht, ist gewaltig, und sie versuchen, das Loch so klein wie möglich zu machen. Die zwölf Sonderschichten, die zwischen Betriebsrat und Vorstand für 1977 vereinbart waren, sind bereits gearbeitet worden.

Nach dem Urlaub sind neue Sonderschichten geplant. Es soll aber keinen Zwang zur Arbeit an Samstagen geben, verkündet der Betriebsrat. Nur der soll kommen, der das Geld wirklich braucht. Die Lumpen im Vorstand wissen genau, daß sie von dem im Frühjahr abgeschlossenen Tarif nicht mehr reicht und daß mehr Arbeiter gezwungen sind, jede Überstunde mitzunehmen. Der Betriebsrat verkauft die Lumperei noch als „Freiwilligkeit".

Die Betriebsversammlungen, die jetzt in den nächsten Wochen in den VW-Werken stattfinden, werden von den Arbeitern genutzt werden, die Einheit für den Kampf für einen ausreichenden Tariflohn und gegen die weitere Ausdehnung der Arbeitszeit herzustellen. (VW-Zelle Wolfsburg)

„Zuversichtliche Grundhaltung"

Die Mannesmann-Kapitalisten treten aus dem Wirtschaftsverband Eisen und Stahl aus, um die Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt zu gewinnen.

Die Mannesmann-AG will aus der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl ausscheiden und „den anderen Mitgliedern des Stahlrohrverbandes vorschlagen, daß der Stahlrohrverband die unmittelbare Mitgliedschaft im Verband der deutschen Industrie erwirbt", hat Mannesmann-Chef Dr. Egon Overbeck erklärt. „Unsere Mitgliedschaft und unsere Mitarbeit im Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie und im Verein deutscher Eisenhüttenleute bleibt aber bestehen."

Die Arbeitgebervereinigung Eisen- und Stahlindustrie e.V. vertritt die Interessen der Stahlkapitalisten gegenüber den Gewerkschaften, schließt die Tarifverträge ab und ist ein Instrument zur Durchsetzung der politischen Interessen der Stahlkapitalisten. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl ist ein Zusammenschluß der westdeutschen Stahlkapitalisten zwecks gemeinsamen Kampfes gegen die ausländische Konkurrenz. Sie unterliegt dem Montanvertrag, und ihre Mitglieder sind damit an die Richtlinien der Europäischen Kommission gebunden.

Wenn Overbeck den Austritt aus der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl damit begründet, daß die Interessen der beiden Wirtschaftsbereiche Eisen und Stahl sowie Stahlrohre nicht notwendigerweise übereinstimmten, so hat das nur zum Teil etwas damit zu tun, daß die Mannesmann-AG schon seit Jahren keinen Walzstahl für den Markt mehr herstellt und in erster Linie Röhrenproduzent sowie Maschinen- und Anlagenbauer (DEMAG) ist. Die „Krisenmechanismen, die von Brüssel empfohlen worden sind", werden „von den Mannesmännern eigentlich nicht geliebt", schreibt die Frankfurter Rundschau (3.6.77). Für Walzstahl hat die Brüsseler EG-Kommission jetzt Mindestpreise vorgeschlagen, die 50 bis 190 DM über den tatsächlichen Weltmarktpreisen liegen. „Stark war weiterhin der Konkurrenzdruck bei Qualitätsrohren und Leitungsrohren ... Bei vielen Stahlrohren stagniert die Nachfrage. Bei Präzisionsstahlrohren ist der nahtlose Bereich unverändert stark umkämpft", meldet die Mannesmann-Illustrierte 4/77. In der Großrohrproduktion, die eine enorme Konzentration von Kapital verlangt, hat Mannesmann weltweit nur 4 Konkurrenten, 3 Japaner und 1 Italiener. Aus verschiedenen Pressemitteilungen geht hervor, daß Mannesmann um Großrohraufträge aus Mexiko, Algerien, Indien, Kanada und USA über insgesamt 1.32 Mio Tonnen kämpft. Hinzu kommen ein sowjetisches und ein deutsch-französisches Projekt, die sich auch auf mehrere hunderttausend Tonnen belaufen werden. In der Tasche hat Mannesmann die Aufträge noch nicht. „Wir wären froh, wenn wir die Hälfte der gegenwärtig zur Diskussion stehenden Aufträge buchen könnten."

Im Konkurrenzkampf um diese Großaufträge sind Preis- und Produktionsbindungen, die der Montanvertrag für Krisenzeiten wie jetzt vorsieht, bloß hinderlich. Der Stahlrohrherstellerverband unterliegt bloß der westdeutschen Wettbewerbsgesetzgebung und nicht dem Montanvertrag. Die Führungsposition von Mannesmann in diesem Verband dürfte unbestritten sein. Wird er Vollmitglied im BDI, hat Mannesmann größeren Einfluß auf diesen als jetzt, obwohl Overbeck höchste Funktionen in der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl hat. Beim Austritt aus diesem Stahlkapitalistenclub geht es Mannesmann also nicht nur darum, die Position für den Kampf mit der ausländischen Konkurrenz zu stärken. „Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie hatte es sich zur Übung gemacht, als Drehscheibe für jeden sehr innigen und vertrauten Umgang der Mitglieder zu fungieren, bei dem man sich gegenseitig Einsicht in die jeweilige Kostenstruktur gewährt", berichtet die Frankfurter Rundschau. Damit will Mannesmann Schluß machen. Der Austritt ist eine Kampfansage sowohl an die ausländische als auch an die westdeutsche Konkurrenz.

Die Mannesmann-Kapitalisten fühlen sich stark genug für diese Kampfansage, weil sie Fortschritte bei der Ausbeutung der Arbeiter machen. Die Mannesmann-Illustrierte meldet von den Mannesmannröhren-Werke AG:

„Die Zahl der Mitarbeiter verringert sich weiterhin gegenüber dem Jahresende 1976." Gleichzeitig wurden 15 % mehr Großrohre produziert. Die Schichtarbeit wird ausgedehnt. Im Werk Reisholz, das demnächst geschlossen werden soll, wird in drei Schichten gearbeitet. Ebenso im Werk Hilden, wo bis auf den Werkzeugbau seit April in allen Hallen Schicht gearbeitet wird. Auch im Werkzeugbau sollen zwei Schichten eingeführt werden. Im Werk Huckingen hingegen, in dem der Stahl für die Röhrenproduktion hergestellt wird, beginnt für 6 300 Beschäftigte auf Beschluß der Einigungsstelle ab 25. Juni für drei Monate Kurzarbeit. Ein Hochofen und ein SM-Werk sollen ab 25.6. für den Rest des Jahres stillgelegt werden. Weiter sind je Mann je 4 Wochen bis zu 7 Ausfallschichten vorgesehen. In Huckingen stehen eine ganze Menge Umbauten an. Versuche, im SM-Werk mit einem erstmalig entwickelten Entschwefelungsverfahren die Stahlqualität wesentlich zu verbessern: Im Blasstahlwerk I die Einrichtung der Kantenflämmaschine. Der Ausbau der Kühlkessel über den Konvertern. Die Entschwefelung für den Kanada-Auftrag muß noch auf die geeigneten Taktzeiten gebracht werden.

Dafür und für die weitere Verschärfung der Arbeitshetze bei gleichzeitiger Lohnsenkung führen die Mannesmann-Kapitalisten die Kurzarbeit ein. Ausdehnung der Schichtarbeit einerseits, Kurzarbeit andererseits, Angriff auf den Normalarbeitstag und den Lohn. Verschärfung der Arbeitshetze. Das sind die Gründe, warum die Mannesmann-Kapitalisten eine „zuversichtliche Grundhaltung" auch für 1977 haben. Jeder Fortschritt in der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter ermutigt sie, die Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt offener und rascher voranzutreiben, wie sie es mit dem Austritt aus der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl betreiben haben. (s. Bezirk Rhein Ruhr)

Kieler Woche 77: Großangelegte Mobilmachung für die imperialistische Expansion

„Wirtschaft verbindet die Völker", heißt das Motto der diesjährigen Kieler Woche. Einerseits ist es exakt – es beschreibt die Gegenwart, den Handelskrieg, den der BRD-Imperialismus gegen seine Weltmarktkonkurrenten forciert. Andererseits ist das Motto tiefgestapelt, ideologisch soll die Woche für den imperialistischen Krieg mobilmachen.

Eine große Kriegsarmada versammelt sich zu einem „Freundschaftsbesuch". Natürlich hübsch geordnet: die BRD, USA, Frankreich und Italien mit Flugkörper-Zerstörern/Fregatten; die Niederlande, Belgien, Dänemark, Türkei und Indien mit „schlichten" Zerstörern, Minensuchern und U-Booten. Heerschau wird gehalten, und Helmut Schmidt will dazu wie einst Kaiser Wilhelm eine „Segelpartie" machen.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag führt die verschiedensten Stadtteilveranstaltungen durch: „Was wird aus unseren Arbeitsplätzen?"; „... unseren Renten?;" „... unserer Berufsausbildung?"; „... unserer Schiffahrt?"; „... was, wenn wir so weiter wirtschaften?", um nur einige zu nennen.

Es handelt sich um eine riesige Propagandawoche des BRD-Imperialismus zur sozialimperialistischen und sozialchauvinistischen Gewinnung der Massen. Am besten sieht man es an der Veranstaltung „Was wird aus unserem Schiffbau?" direkt auf der HDW-Werft. In der Rohrhalle laden als Redner ein: Otto Wolff von Amerongen (Präsident des Deutschen Industrie- und Handeltags), Hans Birnbaum (Vorstandsvorsitzender des Salzgitter-Konzerns), Norbert Henke (Vorstsndsvorsitzender der HDW), Lilienfeld (IGM-Bezirksleitung Hamburg) und K. Pitz (IGM-Vorstand Frankfurt). Gesprächsleiter ist Wolfgang Oehme (Vorstandsvorsitzender der Esso AG).

Das wird ein Programm sein, was diese den Massen als Antwort auf deren drängendsten Probleme geben werden! In den Fabriken mehr knüppeln und die Fahne hoch, das werden sie vertreten. Natürlich mit Folklore, Pop, Jazz, und den „Protestklängen" einer Knut Kiesewetter umgarnt – halt „volksnah", wie die Stadtväter betonen.

Der KBW tritt in Kiel diesem imperialistischen Programm entgegen unter der Losung „Nicht Wirtschaft verbindet die Völker, sondern der Kampf gegen Imperialismus und Reaktion – für den Sieg des Sozialismus."

Eineinhalbstündiger Streik für 20 Pfennig mehr für alle

Westberlin. Am 3.6. hat die zweite Schicht in der Mettage bei Mercator für eineinhalb Stunden die Arbeit niedergelegt und einen Aufmarsch zur Geschäftsleitung gemacht. Nach dem Tarifabschluß in der Druckindustrie hatte die Abteilung Stereotypie mehr Lohn gefordert. Die Geschäftsleitung zahlte schließlich in vier Abteilungen an einzelne Arbeiter und Angestellte „freiwillig" eine Zulage von 0,20 DM „für besondere Leistungen". Dieses Spaltungsmanöver wurde in der Mettage, wo es zuerst bekannt wurde, sofort abgelehnt. Gegen die Aufhebung des Einheitslohns wurde die Forderung gestellt: 20 Pfennig mehr für alle! Der Betriebsleiter lehnte die Forderung ab. Auf der Abteilungsversammlung wurde die Forderung nach 20 Pfennig mehr für alle bekräftigt. Der Kampf wird weiter geführt. 100 Arbeiter und Angestellte haben eine Resolution zur Unterstützung der streikenden Druckarbeiter und -angestellten des „Weserkurier" und der „Bremer Nachrichten" unterschrieben, 400 DM wurden gesammelt.

Statt 360 jetzt 800 Motoren pro Schicht

VW-Salzgitter. Die VW-Kapitalisten versuchen hektisch, noch vor dem Werksurlaub Maßnahmen zur Verschärfung der Arbeitshetze vorzubereiten. In einer Abteilung sind in den letzten Wochen an vier Maschinen Zeitaufnahmen gewesen. Demnächst soll an der Maschine für Verschlußplatten (Golf-Diesel) die erste Zeitaufnahme gemacht werden. Hier haben es die VW-Kapitalisten besonders eilig, denn die neue Maschine steht erst wenige Wochen und die Arbeiter aus beiden Schichten fahren pro Schicht „nur" 580 Stück. Ziel der VW-Kapitalisten sind 800.

Am Motorband in Halle 4 soll die Stückzahl von 360 auf 800 Motoren pro Schicht gesteigert werden. Das würde eine Verkürzung der Taktzeit von 75 auf ca. 35 Sekunden bedeuten. Hat den Automobilkapitalisten der letzte Lohnraubabschluß Luft verschafft in der Konkurrenz, so nutzen sie jetzt das Akkordsystem zur Steigerung der Mehrwertauspressung. Das spüren die Arbeiter jetzt verstärkt.

Streik gegen die Anrechnung der Tariferhöhung in der Textilindustrie

Mönchengladbach. Nach dem Lohnraubabschluß in der Textilindustrie haben die Kapitalisten von Wienands & Söhne sofort nachgesetzt. Sie haben die Tariferhöhung mit der außertariflichen Zulage verrechnet. Gegen diesen Lohnraub hat ein Teil der Frühschicht am 7.6. morgens zwischen 9.00 und 10.00 Uhr gestreikt.

Kühlturm-Baugelände in Grohnde besetzt

Grohnde. Seit dem 12.6. halten Mitglieder der Bürgerinitiative Hameln mit Unterstützung anderer Gegner des imperialistischen Energieprogramms das Gelände besetzt, auf dem in diesen Wochen mit dem Bau der Kühltürme für das Kernkraftwerk Grohnde begonnen werden sollte. Auf dem Gelände haben sie ein Holzhaus errichtet und Zelte aufgeschlagen. Bauern aus der Umgebung brachten Lebensmittel, um die Besetzung zu unterstützen.

Pünktlich am Tag darauf „wurde erst jetzt bekannt", daß das Verwaltungsgericht Hannover schon Anfang des Monats der Klage zweier Pharmakapitalisten aus der Gegend stattgegeben und einen „Baustopp" verhängt hat. Weitere Klagen der Stadt Hameln und des Sportfischerverbandes wurden abgewiesen.

Man soll nicht denken, „Baustopp" würde bedeuten, daß jetzt nicht gebaut würde. Zunächst soll selbst nach dem jetzigen Urteil lediglich bis zur Entscheidung im Hauptverfahren nicht gebaut werden. Die Unterbrechung soll erst zwei Monate nach Zustellung des Urteils wirksam werden. Bisher ist es nicht zugestellt. Gegen das Urteil wird die Preußenelektra Beschwerde einlegen.

Das Urteil soll den Opportunisten in der Bewegung gegen das Energieprogramm Raum schaffen, Hoffnung in die Gerichte zu schüren und so den Kampf zu spalten. Diese Hoffnung ist gering. Das Spaltungsmanöver mit der Hoffnung in die Gerichte wird daher ergänzt von Spaltungsmanövern durch Drohungen mit dem Polizeiknüppel. Ebenfalls am letzten Montag hat Ministerpräsident Albrecht 51 Polizisten, die bei dem Einsatz in Grohnde am 19.3. zu Schaden gekommen sind, mit Silbermedaillen für ihre Heldentaten geehrt. Innenminister Groß läßt in den Zeitungen das neu im Innenministerium eingerichtete „Lagezentrum" preisen. Bei Grohnde hätte es seine „erste Bewährungsprobe bestanden."

Durch politische Einigung der Bewegung gegen das Energieprogramm müssen die Spekulationen der Bourgeoisie zerstört werden, mit Opportunisten und Knüppeln ihre abenteuerlichen Pläne gegen das Volk durchzusetzen.

Neuer Westberliner Senat vom Finanzkapital in Marsch gesetzt

Westberlin. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie will Westberlin wieder zu einer Goldgrube für sich machen und sowohl die Masse des Profits als auch die Rate des Profits, den sie aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westberlin gewinnt, drastisch erhöhen.

erhöhen.

Dr. Günter Braun, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, erläuterte Ende März vor der Vollversammlung der IHK, daß er mit Genugtuung sehe, daß die politischen Parteien sich wieder auf den nationalen Stellenwert Berlins zurückbesännen, daß mehr Engagement für Berlin aber nur zu erwarten sei, wenn das politische Erscheinungsbild der Stadt und ihre Führung überzeugend seien. Dies sei gegenwärtig nicht der Fall. Wenige Wochen später stürzte Schütz, und ein neuer Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Stobbe trat an.

Zentraler Punkt der Regierungserklärung Stobbes ist die „Förderung der Wirtschaftskraft Berlins" und die Wiederherstellung eines „Klimas des Vertrauens". Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Senats war es, die Lohnsummensteuer für die Kapitalisten abzuschaffen. Die rund 200 Millionen, die den Kapitalisten damit geschenkt werden, werden durch verschärfte Ausplünderung der Massen eingetrieben: Fahrpreiserhöhungen ab 1. August mit 60 Millionen DM, Müllabfuhrpreiserhöhung um 20 %, Gaspreiserhöhung um 9,6 %, Straßenreinigung um 10 %, Erhöhung der Mieten für Altbauten um 8 %. Ab Januar 1978 soll nun auch noch der Wasserpreis von 71 auf 75 Pfennig pro Kubikmeter erhöht werden.

Den Kapitalisten sollen günstigste Profitbedingungen geschaffen werden. Weitere Maßnahmen, um dem Sinken der Profitrate entgegenzuwirken, werden versprochen wie Grundstücksbeschaffung zur Industrieansiedlung, Ausbau von Forschung und Entwicklung für die Kapitalisten, was sie nicht zu zahlen brauchen, billigere Energieversorgung mit Durchsetzung des Baus eines Kohlekraftwerks und einer neuen Gasturbine.

Um dies gegenüber den Volksmassen durchsetzen zu können, muß der Staatsapparat reorganisiert werden und Zuchthausordnung für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst einkehren: „Treue, Pflichterfüllung, Dienst am Bürger und am Staat, Korrektheit und Leistung müssen oberste Richtschnur sein für alle, die in der öffentlichen Verwaltung Berlins ihren Arbeitsplatz haben. Es liegt im Interesse des Öffentlichen Dienstes selber, daß überall in den Verwaltungen eine Gesinnung herrscht, die das Dienen vor das Fordern stellt!" (Regierungserklärung)

Die Imperialisten bereiten den Krieg vor und wollen dafür ihren Brückenkopf Westberlin stärken. Dazu ist der neue Westberliner Senat vom westdeutschen Finanzkapital in Marsch gesetzt worden.

Nach dem Abschluß setzen die Chemie-Kapitalisten nach – bis zum April kann der Tarif nicht halten

Interview mit Schering-Arbeitern Westberlin

Was bedeutet Eurer Meinung nach dieser Tarifabschluß?

B.: Jetzt kriegst Du – was habt Ihr ausgerechnet – schlappe 67 DM netto raus. Vorher sahnt der Staat kräftig ab. Mit Lohnsteuer. Jetzt zahl ich ab 1. Juli allein für die Mieterhöhung 28 DM mehr. Dann BVG, die ganzen Preiserhöhungen. Mein Sohn ist jetzt in der letzten Klasse im Gymnasium. Bis jetzt konnte er da immer zu Fuß hin. Jetzt sind die in die andere Schule gekommen, und er muß mit der BVG dahin. Das läppert sich ganz schön zusammen. Wenn wir hier keine Schicht hätten, könnte gleich zum Sozialamt laufen.

Die Sozialdemokraten haben in der neuen „Gewerkschaftspost" eine riesige Anzeige veröffentlicht. „Endlich Urlaub. Frei sein. Mensch sein", steht da drüber. Nach diesem Abschluß muß das doch jeder als Frechheit empfinden.

H.: Kannst Du mir verraten, wie Du zu viert – also mit Frau und zwei Kindern – für drei Wochen in Urlaub fahren willst? Ich war vorige Woche im Lohnbüro, weil ich mir das Urlaubsgeld hab auszahlen lassen will. Für 28 Tage etwa 640 DM. Weißt Du, was die mir gesagt haben? So 350 DM würde ich rauskriegen. Ich hab ja dieses Jahr sowieso nichts Längeres geplant, weil das Geld nicht reicht. Wir werden wahrscheinlich zwei Wochen in den Harz fahren.

B.: Ich glaub, die machen das nur, damit Du etwas Luft ablassen sollst. Lohnraub soll nicht so schlimm sein. Nach dem Urlaub haste dann alles vergessen, so rechnen die. Außerdem, nimm doch bloß mal die Kollegen, denen sie die 10 % weggenommen haben. Die von Döhring* oder ES III* versetzt worden sind, weil sie da dichtgemacht haben. Das sind ja schon fast 200 DM im Monat.

Oder der eine Kollege, den sie in die Zentrale Verpackung und Versorgung versetzt haben, weil der gesundheitlich nicht mehr konnte. 20 Jahre für die Firma kaputtgeackert in Dreierschicht. Den haben sie von Lohngruppe III auf Lohngruppe II runtergesetzt. Jetzt hat der erst mal die 10 % weg. Dann die ganzen Schichtzulagen. In ein paar Jahren hat der dann den ganzen Ausgleich weg. Ich möchte nicht wissen, mit wie vielen sie das schon gemacht haben.

Die Kapitalisten werden jetzt drangehen, die Niederlage, die die Sozialdemokraten zu verantworten haben, zu nutzen. Sie werden nachsetzen, um aus den Arbeitern noch mehr herauszuholen.

H.: Das ist bestimmt richtig. Das kann man sich gut vorstellen. Wenn Du mit Deinem Lohn für Normalarbeitszeit nicht mehr hinkommst – 1 000 DM oder 1 100 DM netto, da kann kein Schwanz von leben. Da überlegst Du Dir schon, ob du nicht Schicht machst. Ich glaub schon, daß die versuchen werden mehr Schichtarbeit einzuführen.

B.: Du hast gesagt, daß die jetzt noch mehr aus uns rausholen werden. Jetzt haben die uns angeboten bei uns in der Abteilung: Wer nicht Interesse hat, einen Führerschein für Gabelstapler zu machen. Zwei Mann pro Schicht, damit in der Nachmittag- und Nachtschicht Du auch noch die Arbeit, die die am Tage nicht mehr schaffen, noch zusätzlich machen kannst. Das ist 'ne Einlage. Man kommt sowieso kaum aus dem Schneider, da schreiben die – wer Interesse hat!

Einige Kollegen haben gesagt, daß es sowieso klar gewesen sei, daß 7 % herauskommen werden.

Jetzt haben die Sozialdemokraten am Dienstag ein Flugblatt der IG-Chemie zum Tarifabschluß herausgegeben, in dem sie die Gewerkschaftsmitglieder auffordern, ihre Position offensiv gegenüber den Unorganisierten zu vertreten.

H.: Das ist doch eine Schweinerei. Hier bei uns sind insgesamt sowieso nur 26 % organisiert. Bei den Schichtarbeitern sind es etwa 60 %. Ich versteh die Kollegen ganz gut, obwohl ich das nicht richtig finde, jetzt die Bücher zu schmeißen. Die Frage ist doch, was man machen muß. Die Gewerkschaftsführung denkt wohl, jetzt sei der Zug erstmal bis zum nächsten April abgefahren. Ich glaub, daß Du da gar nicht warten kannst. Die Kapitalisten lassen Dir da gar keine Zeit dazu. Der Tarifabschluß läßt Dir gar keine Zeit dazu.

B.: Ich bin jetzt 18 Jahre in der Gewerkschaft. 12 Jahre in der IG-Metall und sechs Jahre in der IG-Chemie. Ich bin überzeugt, wenn die 170 DM als Forderung durchgekommen wären, hätten sich viele Kollegen organisiert. Da hätten wir nämlich zusammenstehen können. Ich glaub, das ist der richtige Weg. – (Zelle Schering, Westberlin)

*Döhring, Endstufenbetrieb III sind Abteilungen bei Schering, die eine innerbetriebliche Zulage von 10 % erhalten.

Hausdurchsuchung bei Hackethal: „Verwirklichung des § 218 im Leben"

„Und nun müssen wir aufpassen, daß das neue Gesetz nicht im Kreiskrankenhaus oder nicht von konservativen Landräten und Kreistagen unterlaufen wird. Wir müssen uns für seine Verwirklichung im Leben engagieren, mit Liebe, mit Verständnis für anderer Leute Standpunkt. Aber eben doch mit Beharrlichkeit und mit Geduld."

Seitdem der neue reaktionäre § 218 vor einem Jahr in Kraft getreten ist, behaupten die Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaften, wie hier der Bundeskanzler Schmidt in einer Rede vor zwei Wochen, es läge an den Ärzten, daß die Abtreibung trotz der neuen Reform nicht freigegeben sei.

Vor eineinhalb Wochen hat die Kriminalpolizei auf Anordnung des Staatsanwalts die Wohnung, Klinik, Garage und Auto des Chirurgen Hackethal durchsucht, der mit Veröffentlichungen darüber, wie in den Krankenhäusern Leute umgebracht oder zu Krüppeln gemacht werden, bekannt geworden ist. Der staatsanwaltschaftliche Auftrag bestand darin, eine Akte über eine 25jährige Frau zu beschlagnahmen, die unter der Anklage „Verdacht auf Abtreibung nach § 218" unter Strafanklage steht. Eine Ärztin hatte der Frau „gesundheitsbedrohende Indikation" bescheinigt, ihr aber gleichzeitig empfohlen, nach Holland zu fahren, weil das hier sowieso keiner machen würde. Die Frau hatte jedoch darauf bestanden, eine legale Abtreibung hier, von der die Sozialdemokratie behauptet, es gäbe sie, vornehmen zu lassen. Hackethal hat die Abtreibung in seiner Klinik durchgeführt und die Rechnung von 132,20 DM an die Krankenkasse geschickt. Das hat ihm die Hausdurchsuchung eingebracht.

kethal durchsucht, der mit Veröffent-

Der § 218 legt fest:

Der § 218 legt fest:

(1) Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren...

„Verwirklicht werden im Leben, mit Beharrlichkeit und Geduld" soll der § 218 nach Anweisung von Schmidt werden.

Im Oktober verurteilte das Amtsgericht Bremen eine Hausfrau zu 90 Tagen Gefängnis, ersatzweise die entsprechenden Tagessätze in Geldstrafe, das ist die Verwirklichung des 218.

Hackethal hat eigenmächtig dagegen gehandelt und hat obendrein auch noch die Frechheit besessen, die Rechnung an die Krankenkasse zu schicken. Nach der Hausdurchsuchung hat er erklärt: „Ich habe das Handtuch geworfen", und ist aus der kassenärztlichen Vereinigung ausgetreten. Vor einer Strafanzeige ist er vor allem herumgekommen, weil er die Akte über die Frau bereits an die Krankenkasse geschickt hatte. Die Ärzte sind nach den Ausführungsbestimmungen des § 218, die in einigen Bundesländern, letzte Woche gerade in Bayern, herausgekommen sind, dazu verpflichtet.

Strafanzeige ist er vor allem herumge-

Die Bourgeoisie war sich nicht ganz einig, ob sie die Sache in der Presse groß propagieren soll oder nicht, hatte einen Tag die Berichterstattung dazu zunächst ganz eingestellt, sich dann aber doch entschieden, es stärker zu propagieren. Die Verbreitung der „Affäre Hackethal" hat für sie den Nachteil, daß der Raum für Schmidtsche Lügen enger wird. Andererseits ist es für sie günstig, Leute zu propagieren, die anstatt für die Streichung des § 218 einzutreten, sich entschließen, jetzt privat zu werden und ansonsten Unterlagen aus der Hand geben, von denen man weiß, daß sie beim Staatsanwalt landen. – (Z-Red.)

anwalt landen. – (Z-Red.)

Die Gebühren- und Tarifschraube wird kräftig angezogen

„Konsolidierung der Gemeindefinanzen" / Aktionen gegen staatliche Ausplünderung in Hamburg und Westberlin

„Die Gemeinden kamen mit der Konsolidierung ihrer Haushalte am weitesten voran; mit rd. 4 Mrd. DM ist ihr Defizit auf etwa ein Drittel des Vorjahresbetrages und damit unter die Größenordnung zu Beginn der siebziger Jahre zurückgegangen", stellt die Bundesbank in ihrem Jahresbericht 1976 fest.

Der drastische Rückgang im Defizit der Gemeinden, der die Geldseele der Bourgeoisie tanzen läßt, ist ein Resultat der rabiaten Ausplünderung über Gebühren und Tarife, die die Gemeinden als Teil des imperialistischen Staatsapparates betrieben haben. Aber die Finanzbourgeoisie ist noch nicht rundum zufriedengestellt, es wurmt sie, daß die über den Staatsapparat geraubten Lohnbestandteile ihr nicht als billiges Risikokapital zufließen. Und der Raub an Lohnbestandteilen reicht ihr nicht:

„...Die echte Konsolidierung der Staatsfinanzen ist aber ein Prozeß, der noch Jahre in Anspruch nehmen wird. Sie kann nur erfolgen wenn bei zurückhaltender Ausgabenpolitik mit der weiteren konjunkturellen Belebung die Einnahmen nachhaltig wachsen. Bei den Staatsausgaben erscheint eine Durchforstung der konsumtiven Ausgaben geboten, damit es nicht wie 1976 einseitig zu einer Kürzung der Investitionsausgaben der Gebietskörperschaften kommt. Der Abbau der öffentlichen Defizite darf nicht auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden ...", drängt die Deutsche Bank in ihrem Geschäftsbericht die Bourgeoispolitiker und Beamten an ihrer Leine.

Und die spuren: „Der Senat hat Gebührenerhöhungen bis zum Jahre 1980 festgelegt. Zur Erreichung seines erklärten Zieles, bis 1980 durch Preiserhöhungen für die Leistungen der Eigenbetriebe den Berliner Haushalt zu konsolidieren und die Verschuldung auf ein vertretbares Maß zu reduzieren, hat der Senat einen auf Zehntelprozente festgeschriebenen Orientierungsrahmen erarbeitet. Am ihm ist ablesbar, daß die Mehreinnahmen der in der Mehrzahl mit Jahresverlust arbeitenden Eigenbetriebe durch die geplanten Preiserhöhungen ... zwischen jährlich knapp 100 (1977) und knapp 400 Millionen DM (1980) liegen werden". (Ex-Verkehrssenator Lüder Ende 76 im Tagesspiegel).

Der Arbeiterklasse und den Volksmassen in Westberlin werden diese Mehreinnahmen bis zu 400 Mill. Dm abgepreßt. Die Bourgeois lassen sich mit Steuererleichterungen und Geldgeschenken mästen.

Am letzten Donnerstag hat der Bundestag das Steuerpaket beschlossen. Es beinhaltet unter anderem Senkung der Gewerbesteuern, der Lohnsummensteuer und Einkommenssteuer, alles Steuern, die die Kapitalisten aus dem von der Arbeiterklasse geschafften Mehrwert wegzahlen. Die Gemeinden machen jetzt großes Geschrei über Einnahmeausfälle in Millionenhöhe. In Osnabrück für 1978 sind es 4,2 Mill.DM. Wie diese Ausfälle „bereinigt" werden, ist klar: durch nochmal schärferes Anziehen der Gebührenschraube. Auch in dieser Richtung entfaltet das von der Kapitalistenklasse gepriesene Steuerpaket seine Wirkung.

Hamburg. Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) will die Fahrpreise ab 1.8.77 um durchschnittlich 5,3 % erhöhen. Besonders erhöht werden die Monatskarten (bis zu 16 %), das heißt die Karten, auf die die Volksmassen nicht verzichten können.

DGB, Vertreterversammlung der IG Metall, HBV-Delegiertenversammlung, IG Chemie, Papier, Keramik sowie zahlreiche Gewerkschaftsgruppen und Versammlungen haben sich gegen die Fahrpreiserhöhungen ausgesprochen. Am 8.6. fand in der Hamburger Innenstadt eine Kundgebung von 300 Menschen gegen die Fahrpreiserhöhungen statt. Der KBW hatte zu dieser Kundgebung aufgerufen. Am 15.6. wurde auf einer Versammlung beschlossen, am 29.6., dem Tag der nächsten Bürgerschaftssitzung, eine Demonstration gegen die Erhöhung der HVV-Tarife durchzuführen.

Westberlin. Am 13. 6. haben 700, hauptsächlich Arbeiterjugendliche und Schüler, in Westberlin gegen die vom Senat für den 1. August geplanten Fahrpreiserhöhungen demonstriert. Der Preis für einen Einzelfahrschein soll dann von 1 DM auf 1,30 DM verteuert werden, für eine Schüler- und Lehrlingsmonatskarte sollen dann 2,50 DM mehr bezahlt werden. Die Schüler des Arndt-Gymnasiums und der Bezirksschülerausschuß Zehlendorf hatten diese Demonstration organisiert. Der Kommunistische Bund Westdeutschland, Bezirksverband Westberlin, unterstützte sie unter den Parolen und Forderungen: Nieder mit dem Ausplünderungsprogramm der Bundesregierung und des Senats! Kampf dem Expansionismus und den Kriegsvorbereitungen! Weg mit den Fahrpreiserhöhungen!

Opportunistische Strömungen hatten versucht, diese Demonstration mit der Behauptung zu spalten, Autofahrer und Mißwirtschaft bei der BVG (Berliner Verkehrsbetriebe) seien schuld an der Erhöhung der Fahrpreise. Insbesondere das letzte Argument wälzt die bürgerliche Klasse breit, um mit den BVG-Erhöhungen auch gleich die Arbeitsbedingungen für die U-Bahn- und Busfahrer drastisch zu verschlechtern. Diese Spaltungsversuche werden bekämpft.

700 demonstrierten in Westberlin gegen die geplante Erhöhung der BVG-Fahrpreise. Aufgerufen hatte der Bezirksschülerausschuß Zehlendorf, der KBW hat die Demonstration unterstützt.

Jugendliche zu Akkordarbeit und Schichtarbeit gezwungen

Interview mit zwei Jungarbeiterinnen bei Siemens Westberlin / Mariendorf

Ihr arbeitet bei Siemens Mariendorf in der Relaisproduktion. Wie seid Ihr dort hingekommen, und was haben die Euch bei der Einstellung erzählt?

B.: Ich war auf der Realschule, bin ohne Abschluß runter, habe keine Lehrstelle bekommen und war dann ein halbes Jahr arbeitslos.

S.: Den Eltern konnten wir nicht weiter auf der Tasche liegen, deshalb mußten wir dort für 800 DM netto anfangen. Arbeitslosengeld gab's ja keins. Bei der Einstellung sagten sie uns, die Arbeit ist leicht und sauber. Keine großen körperlichen Anstrengungen. Und junge Mädchen stellten sie jetzt ein, weil die Augen besser zu verbrauchen seien.

B.: Seit Beginn des Jahres haben sie massiv junge Mädchen eingestellt. Die Hälfte von den neu Eingestellten werden aber immer wieder rausgeschmissen, weil sie den Akkord nicht schaffen oder aufmucken.

Wie sieht denn die „leichte, saubere Arbeit" nun in Wirklichkeit aus?

S.: Ich bin noch unter 18 Jahren und darf keinen Akkord machen. Trotzdem muß ich den Akkord machen. Über jeden von uns wird eine Leistungskurve angelegt, und wenn man zwei Tage weniger als 100 % Akkord macht, fliegst Du, egal ob über oder unter 18 Jahre. Die schubsen einen von einem Arbeitsplatz zum anderen, gerade, wo jemand gebraucht wird. Die Meister haben mir noch erzählt, wenn ich den Akkord machen würde, dann würde ich auch Akkordlohn bekommen. 14 Tage habe ich den Akkord abgearbeitet, aber Geld habe ich nix mehr bekommen.

B.: Ich bin schon über 18 Jahre und muß Akkord machen. Die Meister treiben mich immer an: „Schaffen Sie mal ordentlich viel, dann kriegen Sie auch mehr Geld." Ich komme mir richtig verarscht vor, auch mich haben sie schon auf sechs Plätzen rumgeschoben.

Wie sieht denn der Akkord aus?

B.: Ich muß Federsätze schichten und habe eine Taktzeit je nach Größe der Federsätze von drei bis fünf Minuten.

S.: Ich biege die Federn für die Relais. Pro Feder hast Du zwei Sekunden Zeit. Und wenn ich über den Akkord kommen will, muß ich jede Sekunde eine Feder biegen, und das acht Stunden am Tag. Zudem muß man die Reparaturen selbst machen, was vom Akkord abgeht. Und bei den alten Maschinen geht viel kaputt. Du siehst dann auch, wenn Du die Augen zumachst, nur noch Federn vor den Augen. Dir wird schlecht, und Du siehst alles verschwommen. Kopfschmerzen kriegst Du natürlich auch. Zum Teil müssen die Arbeiterinnen beim Nieten der Federn 8 000 (in Worten: achttausend) Stück am Tag schaffen, um überhaupt die 100 % zu schaffen.

B.: Die haben zudem jetzt noch die Rüstzeiten gekürzt und damit hintenrum den Akkord erhöht, in der Wickelei haben sie 80 Rüstminuten pro Tag gestrichen.

S.: Zusätzlich zu dieser mörderischen Auspressung durch den Akkord wird man noch gezwungen zu Überstunden und Schichtarbeit. 33 Doppelüberstunden im Jahr sind Pflicht, sonst fliegt man.

Wie sehen die Schichten aus?

S.: Einmal Normalschicht, dann eine Schicht von 14.30 bis 23.00 Uhr.

B.: Die Arbeit macht dich völlig kaputt. Du hast wahnsinnige Rücken- und Schulterschmerzen. In den ersten drei Wochen hat man nur Kopfschmerzen, und es wird einem übel.

S.: Außerdem bist Du völlig mit den Nerven fertig, immer wieder kriegen Kollegen Heulkrämpfe. An einem Tag sind drei umgekippt.

B.: Geht man zum Betriebsarzt, kriegt man nur Beruhigungstabletten. Und eine halbe Stunde später muß man wieder an den Akkord.

S.: „Erst wenn Sie krankenhausreif sind, schreibe ich Sie krank", meinte die Betriebsärztin. Zudem ist das Klima noch wie im Treibhaus in der Halle. „Die Relais brauchen die richtige Temperatur und Luftfeuchtigkeit", meinte der Betriebsingenieur.

Wir Arbeiterinnen sind für die Siemens-Kapitalisten ein Dreck. In der Relaisverzinnung geben sie nicht einmal Schutzbrillen gegen die heißen Zinnspritzer freiwillig aus.

B.: Nicht mal einen Arbeitsvertrag hat man bekommen.

Geht Ihr denn noch zur Berufsschule?

S.: Wenn man eingestellt wird, muß man sich von vornherein verpflichten, ab 18 nicht mehr zur Berufsschule zu gehen, auch wenn man die zwölf Schuljahre, die an sich Pflicht sind, noch nicht hinter sich hat.

Im Bereich Zentrale Technik bei Siemens Spandau hat die Belegschaft auf der Betriebsversammlung den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich gefordert. Wie setzt sich denn die Belegschaft in Mariendorf gegen die Ausbeutung zur Wehr?

S.: Vor zwei Wochen wurden die Neueinstellungen alle zum Betriebsingenieur geholt. Es wurde uns erzählt, wir sollten ranklotzen und nicht krankmachen, sonst würden wir fliegen. Dagegen gab's große Empörung, wir verlängerten die nächste Pause einfach eine halbe Stunde und gingen gemeinsam wieder rein in die Halle. Die Meister konnten uns nichts, obwohl sie liebend gern wollten. Diese Einheit war da, weil der Betriebsingenieur die Frechheit hatte zu sagen: „Die Arbeit ist so leicht wie vor dem Fernseher sitzen!"

In der Debatte waren wir uns einig. Dies sind Verbrecher, wir brauchen das gesetzliche Verbot der Akkordarbeit. – (KJB-Zelle Siemens, Westberlin)

Die westdeutschen Imperialisten beneiden ihre japanischen Konkurrenten, weil sie ihnen voraus sind in der schamlosen Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft. Das „Handelsblatt" (7.6.77) begeistert: „In den neuen japanischen Automobilfabriken werden vor allem junge Leute eingestellt. Da die Löhne von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig sind, ist das Lohnniveau in den Fabriken mit einer neuen Belegschaft zwangsläufig niedrig, brachte dies durch besondere Arbeitsdisziplin und geringe Fehlzeiten zusätzliche Effekte."

Reform Jugendarbeitsschutzgesetz: Überstunden, Akkordarbeit und Lohndrückerei

Ich arbeite bei der Firma Emsold in Rastede. Es sind dort 250 Lohnabhängige beschäftigt, wovon 20 Jungarbeiter sind. Einen Betriebsrat gibt es bei uns nicht, und eine Jugendvertretung auch nicht. Wer sich gewerkschaftlich organisiert oder aktiv ist, wird gefeuert. Tariflöhne gibt es bei uns auch nicht, die Kapitalisten setzen den Lohn willkürlich fest. Es passiert nicht selten, daß Jugendliche mit Sonderschulabschluß einen Lohn von 2,50 DM in der Stunde erhalten. Der Durchschnittslohn der Jungarbeiter liegt bei 4 DM. Fast alle Jugendlichen arbeiten am Fließband oder in der Packerei.

In der Packerei müssen wir Schuhsohlen in Folie wickeln und in einen Karton legen oder Schnürbänder einpacken, kennzeichnen und stempeln. Am Fließband müssen wir Schuhsohlen vom Band nehmen und in Kartons legen. Wenn wir aufs Klo müssen, geht das nur, wenn eine Springerin frei wird. Und das kann manchmal recht lange dauern.

Einmal in der Woche gehe ich zur Berufsschule. Dort lernen wir überhaupt nichts. Jeden Montag muß ich mir etwas übers Kochen, Putzen und Kindererziehen anhören. Nach der Berufsschulzeit stehen wir immer noch mit leeren Händen da, denn einen Abschluß bekommen wir nicht.

Jugendliche, die bei der Firma Borchard KG Hildesheim einen „Lehrvertrag" zur Ausbildung zum Zimmermann unterzeichnet haben, müssen vom ersten bis zum letzten Tag der Lehrzeit Überstunden machen. In der Fertighausproduktion, wozu auch die Montagekolonnen gehören, die oft außerhalb von Hildesheim arbeiten, arbeiten meistens auch Jugendliche unter 18 Jahren. Dort wird 10 bis 15 Stunden täglich gearbeitet. In der Zeit, wo die Lehrlinge in der Montagekolonne arbeiten, fällt der Besuch der Berufschule aus. Die Montagezulage, die die Jugendlichen bekommen, ist um 2 DM geringer als die der erwachsenen Arbeiter.

Ich bin 17 und arbeite in Hannover in einer Siebdruckerei, von 9 bis 16.30 Uhr. Manchmal muß ich regelmäßig Überstunden machen. Dafür bekomme ich 2,20 DM Stundenlohn. Meine Pause beträgt 30 Minuten, eigentlich sollte sie eine Stunde sein.

Meine Arbeit ist, die Siebe von den Druckmaschinen sauberzumachen. Die Siebe, die gebraucht wurden, sind immer schön fett mit Farbe beschmiert. Sie werden mit einem Farblöser saubergemacht. Wenn man den einatmet, wird einem richtig übel. Einmal habe ich mich übergeben. Außerdem nützen Handschuhe nichts gegen diesen Löser, denn wenn die Handschuhe damit in Berührung kommen, werden diese übergroß.

60 Jugendliche unter 18 Jahren arbeiten bei VW-Wolfsburg Schicht (Früh und Spät) in der Vormontage und in der Polsterei. Sie bekommen im Zeitlohn 1 300 DM brutto, wovon mindestens 60 % vom Arbeitsamt getragen werden. Der Normalverdienst bei 134 % Akkord an diesen Arbeitsplätzen ist ca. 2 000 DM brutto.

Demonstration gegen das Notensystem

Oldenburg. Knapp hundert Schüler, Eltern und Lehrer demonstrierten am 10.6. unter den Forderungen „Weg mit den Fünfen und Sechsen! Weg mit dem Notensystem!" durch Oldenburg. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit der Schülerinitiativen Wildeshausen, Delmenhorst und Brake, der KJB's Oldenburg, Wilhelmshaven, Emden und Nordenham. Anschließend wurde ein Schülerkongreß durchgeführt. Die 80 Teilnehmer des Kongresses verabschiedeten eine Resolution, in der es heißt: „Die Zeugniskonferenzen, die gegenwärtig stattfinden, haben die Absichten der Schulbürokratie deutlicher als je zuvor ans Tageslicht gebracht: Fünfen und Sechsen hagelt es, damit noch mehr sitzenbleiben und in die Haupt- und Sonderschulen gedrückt werden. Den Schülern wird eingeredet, dies läge an ihrer Faulheit oder Unfähigkeit. Systematisch will die Schulaufsicht die Fähigkeiten der Schuljugend unterdrücken. Die Jugend soll geistig verkümmern und moralisch degradieren ... Wir wollen keine Fünfen und Sechsen mehr, ... unser Ziel ist die Einheitsschule ... Wir wollen einen guten Teil der Lehrer gewinnen ... Vor allem wollen wir die Arbeiter und ihre Gewerkschaftsorganisation gewinnen ... Wir streben an, vom täglichen Kleinkrieg voranzuschreiten zu landesweiten Aktionen. Nur so können die Gesetze, die das Notensystem, die Sonderschulen, die Nichtversetzung, die Schikanierung der Schüler, Eltern und Lehrer zementieren, zu Fall gebracht werden. Das wollen wir!"

Eine Spendensammlung „Gewehre für die Jugend Zimbabwes" erbrachte 320 DM.

Versetzung nach Sitzstreik

Wolfenbüttel. Einer Schülerin der zehnten Klasse des Gymnasiums im Schloß sollte die Übernahme in die „Sekundarstufe II" verweigert werden, da sie nur Vieren in den Hauptfächern hatte. Als dies bekannt wurde, drohten die Schüler spontan mit einem Sitzstreik vor dem Lehrerzimmer und kündigten an, daß sie die Nichtübernahme nicht hinnehmen werden. Der Vater der Schülerin legte Widerspruch ein, so daß der Fall trotz Verzögerungsmanövern der Direktorin auf einer Konferenz unmittelbar nach Zeugnisvergabe neu beraten werden mußte. Ein Lehrer gab zu, sich „geirrt" zu haben, und gab anstelle einer Vier eine Drei. Wutentbrannt und ohne einen Ton zu sagen, mußte die Direktorin dem Mädchen das Zeugnis übergeben.

Schule und Gemeinde verhinderten Ordensverleihung

Achim. Eine Gruppe von Achimer Jugendlichen hatte eine Zeugnisfete im Jugendzentrum (JZ) vorbereitet. Auf dem Fest sollte der Oberpauker von Achim und Umgebung gewählt (der mit den meisten Fünfen und Sechsen) und ihm sollte ein Orden verliehen werden. Das Einladungsblatt wurde geschrieben von Schülern der Haupt- und Realschule, 7., 8. und 9. Klasse.

„Die Schule ist verhaßt. Das weltfremde Zeug zu pauken ist Quälerei. Die Noten zwingen zum Heucheln. Wenn ich dem Lehrer die Meinung sag', kann ich einpacken, von einer Vier auf Fünf zu rutschen ist nicht schwer." „Wir fordern die Lehrer auf, den Leistungsdruck in der Schule herabzusetzen, keine Fünfen und Sechsen mehr zu geben und mit uns gemeinsam für die Abschaffung des Notensystems einzutreten." So hieß es im Flugblatt, das vor den Schulen von Achim und Umgebung verteilt wurde. An der Grund- und Hauptschule Uphusen kam der Direktor Kaffzik, als er das Flugblatt durchgelesen hatte, auf 180. Er ließ rumfragen, wer von den Schülern im JZ „verkehrt". Diese Schüler wurden zum Verhör ins Lehrerzimmer gerufen. Ein Lehrer führte Protokoll.

Im Jugendzentrum ging es weiter. Der Sozialarbeiter mußte zum Stadtrat kommen. Dort wurde er „konfirmiert". „Die Wahl des Oberpaukers von Achim darf nicht stattfinden, es kann von der Stadt nicht zugelassen werden, daß einzelne Personen verunglimpft werden."

Die Schule machte Druck, und die Stadt setzte nach. Dennoch: Etwa 150 Jugendliche kamen. Um die Durchführung des Plans gab es ein Hin und Her. Es war auch ein Lehrer aus Bielefeld (SPD) auf dem Fest (Stadtrat, Mitglied im „Jugend- und Sportausschuß"). Sie hat vorgeschlagen: „Wenn Ihr unbedingt Eure Aggressionen ablassen wollt, könnt Ihr mich ja zum Oberpauker wählen." Darauf hat ein Jugendlicher geantwortet: „Es geht nicht um Aggressionen abzulassen, sondern darum, das Notensystem abzuschaffen."

Spiele wurden veranstaltet und überall über die Noten gesprochen, aber es hat nicht geklappt, alle Jugendlichen für die Wahl des Oberpaukers zu gewinnen. Dennoch haben sich etwa 30 Jugendliche zusammengeschlossen und wollen jetzt eine Basisgruppe gründen. Erste Aufgabe soll sein: Enthüllung der Machenschaften der Stadträte, Direktoren und Schulrektoren, Vorbereitung des neuen Schuljahres. – (Zelle Achim)

Ehrenberg strebt Dämpfung der Krankenhausversorgung an

1972 bescherte der Bundestag den Versicherten das Krankenhausfinanzierungsgesetz, dessen Zweck gewesen sein soll die wirtschaftliche Sicherung der Krankenhäuser und eine Regelung der Pflegesätze. Das Ergebnis dieser Reform war deutlich: Vom 31. Dezember 1971 bis 31. Dezember 1972 gab es in der BRD 26 Krankenhäuser weniger, die Bettenzahl dagegen stieg innerhalb dieses Jahres auf 11 027. Bis 1974 wurden 62 Krankenhäuser geschlossen, die Krankenhausbettenzahl war um 25 294 gestiegen. Auf deutsch: In die verbleibenden Krankenhäuser wurden über 20 000 zusätzliche Menschen gepfercht. In der gleichen Zeit verkürzten sich die Liegezeiten im durchschnittlich 1,6 Tage, der durchschnittliche Pflegesatz war von 1970: 60 DM auf 1975: 130 DM gestiegen. Heute liegt er bei den Universitätskliniken bei 180 bis 200 DM.

Wieder steht eine jener „Reformen" ins Haus. Diese Reform ist eine ausgekochte Gemeinheit und nennt sich in den bürgerlichen Zeitungen das Ehrenberg-Paket.

In bezug auf die Krankenhäuser sieht dies folgendes vor:

– Die Kassen sollen mit bestimmten Krankenhäusern Verträge abschließen (Vertragskrankenhäuser). Ein Versicherter darf nur in diesen behandelt werden.

– Für diese Vertragskrankenhäuser können Regelungen über zeitlich begrenzte vorstationäre und nachstationäre Behandlungen abgeschlossen werden.

Bundeskanzler Schmidt hat in seiner Regierungserklärung für 1977 gesagt: „Vor sieben Jahren haben wir 9 Prozent unseres Volkseinkommens für Gesundheit ausgegeben. Heute sind es praktisch 14 Prozent. (...) Unser modernes Gesundheitswesen kann nur leistungsfähig gehalten werden, wenn sparsamer gewirtschaftet wird. Deshalb müssen alle Beteiligten zur Dämpfung dieses Kostenanstiegs beitragen."

Die Krankenhausgesellschaften werden in Zukunft dazu angehalten, mit den Bundesverbänden der Kassen „gemeinsame Maßstäbe für die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Krankenhausbetriebe, insbesondere Richtwerte für die Personal- und Sachkosten aufzustellen und der Entwicklung anzupassen." Es werden weitere Krankenhäuser in den kleinen Städten auf dem Land geschlossen werden, so daß sich die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auf dem Land weiter verschlechtert, und in den großen Krankenhäusern in den großen Städten wird die Gesundheitsversorgung weiter zentralisiert werden. Dort wird sachgerecht Personal reduziert, medizinische Leistungen werden gestrichen, die Liegezeiten weiter verkürzt.

Als hilfreiches Mittel, die Liegezeiten zu verkürzen, wird sich die gepriesene vorstationäre und nachstationäre ambulante Behandlung bei den Krankenhäusern erweisen. Der ehrenwerte Herr Minister Ehrenberg hat das in einem „Spiegel"-Interview im Februar 1977 sehr deutlich ausgesprochen: „Die Krankenhäuser sollen ja nur jene *ambulant* behandeln, die *krankenhausreif* sind." Es wird dann so aussehen, daß die Arbeiter und kleinen Angestellten, nachdem ihre Knochen auf dem Schlachtfeld der kapitalistischen Produktion zerschlagen wurden, in diesen Krankenhäusern ambulant zwangsbehandelt werden, obwohl sie bereits krankenhausreif sind. Wenn sie das Pech haben, nicht direkt neben einem Vertragskrankenhaus zu wohnen, werden sie sich entweder ein Zimmer mieten müssen oder jeden Tag weite Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen, um sich behandeln zu lassen.

Über dieses Ehrenberg-Paket will die Bourgeoisie einen weiteren direkten Zugriff auf die Sozialversicherungen der Arbeiterklasse. Es ist allzu offensichtlich, daß den Bourgeois die Verfügungsgewalt über die Versicherungen aus den Händen geschlagen werden muß. Nur wenn sich die Arbeiterklasse diese Verfügungsgewalt erkämpft, kann sie dem Ansinnen der Kapitalistenklasse, die medizinische Versorgung der Bevölkerung fortwährend zu verschlechtern, entschieden entgegentreten. Ein anderes Mittel gibt es nicht. – (Z-Red.)

„Erziehungsgeld"

Bundeskanzler Schmidt, 3. Juni, Siegen, Tagung: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen:

„Viele Frauen sind und werden auch in Zukunft ... zufrieden sein damit, daß sie Kinder haben und daß sie Kinder aufziehen. (...) Es ist ein Wesenskern des Humanen, seine Kinder aufzuziehen."

Wenn so ein Ganove wie Schmidt so geschwollen redet, ist was Größeres im Busch.

Ministerpräsident Albrecht, 3. Juni, Bonn, Bundesrat:

„... ist die Bundesregierung bereit, zum Abbau der Frauenarbeitslosigkeit im Land Niedersachsen einen räumlich und zeitlich begrenzten Modellversuch ‚Erziehungsgeld' ... zu fördern."

Daß der als Folterknecht bekannte niedersächsische Ministerpräsident auch plötzlich so viel Wert auf „Erziehung" legt, bekräftigt die erste Annahme. Die Debatte im Bundesrat hat das dann bestätigt: Arbeiterinnen, die während oder nach der Schwangerschaft entlassen worden sind, soll das Arbeitslosengeld gestrichen werden. Stattdessen erhalten sie 350 DM „Erziehungsgeld" für ein Jahr.

„... nach überschlägigen Berechnungen (liegen) die Kosten für eine Mutter um etwa fünfzig Prozent niedriger als die Kosten, die für eine Arbeitslose aufgebracht werden müssen." (Schnipkoweit, Sozialminister Niedersachsen)

Die Arbeiterinnen sollen gleichzeitig eine Arbeitsplatzgarantie erhalten, daß sie nach einem Jahr an ihrem alten Arbeitsplatz weiterarbeiten können. Abgesehen davon, daß so eine „Garantie" nicht mehr Nutzen für die Arbeiterin hat als eine Urkunde von den Bundesjugendspielen, dient sie dem bürgerlichen Staat als Rechtfertigung, die Arbeiterfamilie in allen Tätigkeiten zu bespitzeln:

„Die Landesregierung hält darüberhinaus eine gründliche wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs für erforderlich." (Schnipkoweit)

Konkurrenz und Spaltung der Arbeiter ist der „erzieherische" Zweck der Garantie. Die Arbeiterin soll, nach einem Jahr mit Kind bei 350 DM auf halbe Kost gesetzt, die Arbeit zu jeder Bedingung wieder aufnehmen, wenn der Lohn nur über 350 DM liegt. Die Arbeiterin, die an ihrer Stelle weitergearbeitet hat, soll sie unterbieten und steht zudem ständig unter Entlassungsdrohungen:

„Von dem Modell erwarten wir auch Aufschluß über die Auswirkungen der vorübergehenden Loslösung der Mutter von den sozialen Kontakten am Arbeitsplatz und über die erzieherischen Fähigkeiten der Mutter." (Griesinger, Ministerin Baden-Württemberg)

Ehrenberg ist unbedingt für das „Erziehungsgeld", meint aber, die Sache sei zu gut, um sie übers Knie zu brechen: Man müsse aufpassen, daß nicht zu viel „Erziehungsgeld" gezahlt wird. Auf keinen Fall soll an Arbeiterinnen gezahlt werden, die zwar ein Kind bekommen, aber keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, auch nicht an geschiedene oder ledige Frauen, weil die mit 350 DM sowieso nicht auskommen und arbeiten müssen. Vor allem soll diese einträgliche Regelung gar nicht erst als Modell, sondern gleich überall durchgeführt werden. Allerdings müsse vorher die Frage der Finanzierung genau geklärt werden.

Ehrenberg ist dagegen, daß die so gerade in der Arbeitslosenversicherungskasse zurückbehaltenen Gelder zum Teil als „Erziehungsgeld" doch noch rausgehen. Er denkt sich, mit „Erziehung" – ‚dem Wesenskern des Humanen' – ließen sich Arbeiter und Volksmassen zusätzlich plündern, und kündigt bereits weitere Steuererhöhungen an:

„Zu der möglichen Finanzierung eines Erziehungsgeldes muß ich hier erklären, diese familienpolitische Aufgabe kann sicher nicht allein aus Mitteln der Bundesanstalt, d.h. aus Mitteln der Beitragszahler als Arbeitnehmer und Unternehmer geleistet werden, sondern das ist eine Aufgabe von so hohem Rang, daß sie wohl von allen Bürgern getragen werden müßte und nicht ausschließlich von den in der Arbeitslosenversicherung erfaßten Beitragszahler."

Einmal beschlossen soll die Arbeitslosigkeit der Arbeiterin und der Tausch Erziehungsgeld statt Arbeitslosengeld erzwungen werden mit der Drohung, daß andernfalls der Staat für die Erziehung der Kinder sorgen wird:

„Das bedeutet gleichzeitig, daß jedem Kind sein erstes Recht realisiert wird, nämlich das Recht auf Erziehung durch die Eltern ..., zumindest durch die eigene Mutter. Erst danach sollen andere Modelle zum Zuge kommen: Tagesmutter, Pflegestellen, Heimerziehung." (Griesinger) – (Z-Red.)

GEW soll trotz gerichtlicher Anordnungen und Kompromißbeschlüsse den Warnstreik führen

Hamburg. Die Hamburger Lehrer wollen streiken gegen die Besoldungsrückstufungen der Stufenlehrer und die Rückstufung der Lehramtsanwärter um 200 bis 300 DM. 80 % der in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft organisierten Lehrer haben in der Urabstimmung mit „Ja" gestimmt. Teile der nicht gewerkschaftlich organisierten Lehrer überlegen schon, wie sie den Warnstreik unterstützen können. 300 sind in den letzten Tagen in die GEW eingetreten. Die Schülerkammer Hamburg tritt für Unterstützung des Warnstreiks ein.

„Es wäre der erste Beamtenstreik in der Bundesrepublik", schreibt die bürgerliche Presse: „Die beamteten Lehrer haben offenbar nicht die leisesten Bedenken, durch einen sogenannten Streik Druck auf das Parlament auszuüben. Dabei unterscheidet unser Grundgesetz klar Dienstrecht und Arbeitsrecht. Ein privilegierter Diener der Öffentlichkeit sollte nicht so tun, als sei sein Verhältnis zum Parlament mit dem eines Arbeiters zum Unternehmer zu vergleichen." (Süddeutsche Zeitung, 16./17. 6.) Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" äußert sich vorsichtiger: „Ein Beamtenstreik ist nach herrschender Ansicht rechtswidrig." Zu viel und lautstark aufs Grundgesetz und Beamtenrecht pochen in einer Lage, wo Tausende von Lehrern für Streik gestimmt haben, scheint unklug. Diese Bollwerke verschleißen.

Die Sozialdemokraten im Gewerkschaftsvorstand und die Sozialdemokraten in der Regierung haben abgesprochen, gegen den Aufbau der Streikfront die Methode der Spaltung anzuwenden, Referendare und Lehrer auseinanderzubringen. Der Bundestag hat am letzten Donnerstag beschlossen, den § 77 des 6. Besoldungserhöhungsgesetzes, der Besoldungsrückstufungen für Stufenlehreranwärter und dahintersteckend für alle Stufenlehrer vorsah, nicht zu beschließen. Stattdessen werden die Länderregierungen aufgefordert, die Besoldung der Stufenlehrer zu regeln. Gleichzeitig soll die Besoldung der Anwärter auf 1 063 DM brutto „vereinheitlicht" werden. Das sind 160 DM weniger als bisher!

Der GEW-Vorstand sieht zwar damit das Streikziel nicht erreicht, will aber den Streik erst mal verschieben. Bürgermeister Klose soll verbindlich zusagen, daß die Stufenlehrer nicht zurückgestuft werden. GEW-Landesvorsitzender Lemke hat diesen Kompromiß bereits begrüßt. In der „Frankfurter Rundschau" wird berichtet von der Senkung der Referendarsgehälter und: „Die GEW würde eine solche Regelung tolerieren, wenn auch nicht mit Vergnügen."

Falls sich die Lehrer auf dieses Spaltungsmanöver nicht einlassen, sondern am Warnstreikbeschluß festhalten, sieht sich die Bourgeoisie doch gezwungen, ihr Beamtenrecht ins Feld zu führen: „Das Senatsamt für den Verwaltungsdienst hat einen Antrag auf einstweilige Verfügung, die der GEW den Streikaufruf untersagen soll, bereits fertiggestellt." (Hamburger Morgenpost, 15.6.) „Der Vorsitzende des GEW Landesverbandes Hamburg, Dietrich Lemke, hatte schon Montag betont, seine Gewerkschaft werde sich gerichtlichen Entscheidungen beugen." (Hamburger Abendblatt, 15.6.)

Gleich nach der Urabstimmung haben gut 50 Lehrer auf einer Versammlung von vier Schulkreisen beschlossen: „Die Schulkreiskonferenzen sind der Meinung, daß sich die GEW weder von gerichtlichen Anordnungen noch von Kompromißbeschlüssen der Politiker vom Warnstreik abhalten lassen soll."

„Es liegt in der Hand der fortschrittlichen Lehrer, wie sie den Streik vorbereiten und die gewerkschaftliche Einheit gegen den staatlichen Dienstherrn festigen und sich mit den Schülern und Eltern verbinden.

In allen Schulen gibt es darüber heftige Auseinandersetzungen. Von der Julius-Leber-Schule wird berichtet:

„Der Lehrerstreik interessiert die Schüler sehr. Wie die Lage ist unter den Lehrern, ob man das hinkriegt, wollen sie wissen. Die Ziele finden sie richtig. Sie sind gespannt darauf, ob die Lehrer ihre Angst vor Disziplinierung überwinden können und trotz Beamtenrecht streiken. Die Schüler sehen die Verbindung zwischen ihrem Kampf und dem Lehrerstreik und erklären spontan: ‚Wenn die Lehrer streiken, machen wir die Schule dicht!'

Die Urabstimmung wird offen im Lehrerzimmer durchgeführt, die Wände im Lehrerzimmer hängen voll mit Plakaten und Wandzeitungen (‚Jetzt reicht's!'). Am Schwarzen Brett hängt eine Liste, auf der zu einer Lehrerversammlung aufgerufen wird zur Diskussion des Warnstreiks. 46 (von ca. 120) haben den Aufruf dazu unterschrieben. Auf dieser Lehrerversammlung mit etwa 40 bis 50 Lehrern haben sich die verschiedenen Spaltungslinien gezeigt. Der Deutsche Lehrerverband ist massiv aufgetreten gegen den Streik; einige GEW-Mitglieder haben gesagt, sie hätten auch gegen den Streik gestimmt, weil nur für die Besoldung könne man nicht streiken; Lehrerarbeitslosigkeit müsse unbedingt dazu und ‚Kleine Klassen'.

15.6.: Schulkreismitgliederversammlung. Zwei Schüler der Schülergruppe sind mitgekommen. Anfangs wird über die zu erwartenden Bundestagsbeschlüsse diskutiert. Was tun, wenn die Stufenlehrerbesoldung rausgenommen wird? Der Angriff auf die Referendare wird herausgearbeitet, und daß das nur der Anfang ist. Daß das Streikziel nicht erreicht ist. Eine entsprechende Resolution, die die Streikbereitschaft bekräftigt, geht an den Landesvorstand.

Dann wird über die Durchführung des Streiks diskutiert. Was tun, wenn Lehrer als Streikbrecher eingesetzt werden sollen? Verschiedene Möglichkeiten – Krankfeiern, mit den Schülern einen Wandertag zum Rathaus machen – werden durchgespielt. Da meldet sich die eine Schülerin und sagt, die Lehrer müßten sich vielmehr um die Unterstützung der Schüler bemühen. Die Schüler stünden nämlich auch gerade im Kampf gegen den Staat, gegen das Schulgesetz, und die Lehrer sollten das sehen und sich mit den Schülern zusammenschließen. Dann würden die Schüler auch streiken, und die Schule wäre dicht und damit viele konkrete Probleme der Lehrer gelöst.

Die Beiträge schlagen richtig ein bei den Lehrern. Sich verbinden mit dieser Schülerbewegung, daß es dann erst richtig los geht an den Schulen, das wird vielen schlagartig klar."

In fast allen Stadtteilen wollen in den nächsten zwei Wochen GEW-Betriebsgruppen zu öffentlichen Versammlungen mit Schülern und Eltern aufrufen, die die Einheit im Kampf gegen die staatliche Schulgewalt stärken und die Solidarität mit dem Kampf der Lehrer organisieren sollen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Protestversammlung der GEW Hamburg am 13.6. 1977

Lohnzettelversammlung in Hafenbetrieb Bremen

Bremen. Am 7.6. gab es Lohnabrechnung bei Seepack (Verpackungsbetrieb im Hafen). Mal wieder stimmte sie nicht und man kann sagen, sie stimmte zu 90 % nicht. In der Hauptseite gibt es „Verrechnungsfehler" zugunsten des Kapitalisten Tiemann. Zwar kommt es vor, daß bei einigen Arbeitern zu viel gezahlt wird, jedoch derartige „Verrechnungsfehler" werden immer festgestellt und bei der nächsten Lohnabrechnung abgezogen.

Arbeiter, die schon ein paar Jahre bei Tiemann und Sohn arbeiten, berichten, daß seit eh und je die Auszahlungen nicht korrekt sind. Die Stimmung der Belegschaft war am 8.6. entsprechend explosiv. Zumal auf der letzten Betriebsversammlung im Mai von der Geschäftsleitung hoch und heilig beteuert wurde, daß die Abrechnungen beim nächsten Mal stimmen sollten.

Am nächsten Tag brachten alle Kollegen ihre Lohnzettel mit zur Arbeit. Mittags in der Kantine gab es an allen Tischen Diskussionen über die Auszahlung und den Lohn überhaupt. „Wir müssen jetzt endlich was unternehmen." „Zuhause sitzt man noch zwei Stunden, um diese verdammte Abrechnung zu prüfen, bezahlen tut das keiner." „Wir müssen uns während der Arbeitszeit hinsetzen und so lange rechnen, bis wir jeden Pfennig nachgeprüft haben." „Ich habe das auch schon getan und auf dem Lohnzettel eingetragen – eine Stunde für Lohnabrechnung", sagte ein Arbeiter. Das stieß auf große Zustimmung.

Ein anderer, dem 900 DM zuviel ausgezahlt wurden, erzählte, daß er schon im Hafenhochhaus (dort sitzt das Lohnbüro) angerufen hat. „Dem Herrn S. habe ich gesagt, wenn wir so arbeiten würden wie Sie, dann wäre wir schon fünf mal auf dem Arbeitsamt. Wenn das nächste Mal was nicht stimmt, kommen wir mal rüber."

In der Belegschaft stellte sich eine breite Einheit her, daß bei der nächsten Auszahlung alle in der Kantine sitzen bleiben und die Lohnzettel durchrechnen und die Zeit als Arbeitszeit auf die Tagezettel, die täglich abgerechnet werden, eintragen.

Dieser Zusammenschluß der Belegschaft ist eine gute Grundlage, den Kampf um mehr Lohn zu organisieren und Beschlüsse gegen die Besteuerung durch den bürgerlichen Staat zu organisieren. (Bremen-Unterweser Betriebszelle Hafen)

Die Lohnpfändungen nehmen nach diesem Abschluß stark zu

Du bist als Briefzusteller bei der Bundespost beschäftigt. Wie sieht Dein täglicher Arbeitsablauf aus?

Um 7 Uhr ist Arbeitsbeginn auf dem Postamt. Für einige schon um 6.30 Uhr, weil da der erste Postwagen aus Kiel kommt und sie die Post vorsortieren müssen nach den einzelnen Zustellbereichen der Kollegen. Bis kurz vor 8 Uhr wird dann die Feinsortierung nach Straßen gemacht. Eigentlich soll dann der zweite Wagen aus Kiel da sein, er kommt aber erst weit nach 8 Uhr, so daß ich um 9 Uhr aus dem Amt komme. Dann fahre ich meine Straßen ab, und zwischen 12.30 Uhr und 13 Uhr bin ich wieder im Amt, wo noch die Abrechnung gemacht werden muß. Eigentlich ist dann Fierabend, aber wenn ein Kollege krank ist, muß man auch ab und zu noch nachmittags Dienst machen.

Überhaupt, wenn ein Kollege in Urlaub geht, schickt die Oberpostdirektion (OPD) meistens einen Vertreter; wenn ein Kollege krank wird, ist das selten der Fall, und seine Tour wird auf die anderen aufgeteilt.

Du bist seit über fünf Jahren bei der Post. Die Post ist ja ganz stolz auf ihre Rationalisierungserfolge. Wie sieht das konkret bei Dir aus?

Fangen wir mal bei der 40-Stunden-Woche an. Als sie eingeführt wurde, wurden die Strecken neu vermessen. Die meisten wurden nicht kürzer, die Arbeit blieb dieselbe, nur mußte man die Post jetzt schneller austragen, um auf die Zeit zu kommen. Auch bei den Postsachen selbst wird's immer schlimmer. Die Briefpost wird weniger, dafür nimmt das ‚Langholz' (Zeitungen, Kataloge usw.) zu. Vor zwei bis drei Jahren bin ich morgens mit zwei bis drei Taschen voll losgefahren heute mit drei bis vier.

Seit die Geldbriefträger abgeschafft worden sind, müssen wir auch die Rentenauszahlungen und Postanweisungen erledigen. Bis zu 15 000 DM dürfen wir da mit rumschleppen und wehe, die Abrechnung stimmt nicht. Urkundenzustellungen müssen wir auch machen. Geht da mal was schief, winkt uns das Strafgesetzbuch. Am Monatsanfang ist's immer besonders schlimm wegen der vielen Rentenauszahlungen und dem Kassieren von Zeitungsgeld. Insgesamt gerechnet komme ich bestimmt auf eine 41-Stunden-Woche.

Ein besonderes Ärgernis sind unsere Fahrräder. Geht was kaputt, muß man es reparieren, wenn man nach der Zustellung ins Amt kommt. Dabei sind es alte Klappergestelle, aber bevor es ein neues gibt, muß das alte auseinanderfallen.

Zur Abmessung der Strecken werden ja extra Leute losgeschickt. Wie läuft das?

Zunächst mal ist es so, daß man eine Neubemesssung beantragen kann, wenn einem die Strecke zu lang ist. Aber dazu muß man einen ausführlichen Bericht schreiben über neue Bebauung, Straßenzuweisung usw. Dabei kommt nicht viel raus. Außerdem kennt kein Kollege die genauen Bemessungsgrundlagen. Das läuft zäh. Ich habe jetzt eine Neubaustraße dazugekriegt. Immer mehr Häuser werden bezogen, und ich muß mehr Post austragen. Es ist eine einzige Hetzerei geworden.

Da nützt es auch nichts, wenn immer gesagt wird, daß in den Neubauten die Briefkästen alle auf einem Haufen draußen sind. Ich war mal im Mettenhof, die einzige Ecke, und man holt sich da leicht was weg. Die Türen sind meist nur durch Türöffner von innen zu öffnen, und es ist keine Gelegenheit zum Aufwärmen.

Es ist auch viel Vetternwirtschaft bei der ganzen Bemessung dabei. Wer gute Beziehungen zur OPD hat, kriegt 'ne leichtere Tour. Feststeht, daß in der letzten Zeit die Zustellarbeit erheblich mehr geworden ist.

Die Arbeit wird mehr und anstrengender. Du bist Beamter, wie sieht es nach dem letzten Tarifabschluß bei Dir aus?

Der letzte Tarifabschluß ist eine Sauerei, und das Geld wird hinten und vorne nicht reichen. Zuerst war ich Arbeiter, und dann erst über viele Prüfungshürden bin ich Beamter geworden. Das stellte sich als großer Nachteil heraus. Ich verdiene heute nicht mehr als vor zwei Jahren. Real sogar weniger. Ich habe jetzt 1 700 DM netto, aber nur, weil ich mehrere Kinder habe, und das Kindergeld ist dabei schon mitgezählt. Der Lohn allein reicht nicht aus. Ein jüngerer lediger Kollege kommt höchstens auf 1 000 DM bis 1 100 DM.

Welche Bedeutung hat der Beamtenstatus?

Gelockt haben sie uns mit der Sicherheit. Tatsächlich aber mußte ich im letzten Jahr meinen Urlaub abbrechen wegen Krankheitsvertretung. Das kann die OPD uns einfach so aufdrücken, den Kollegen, die Arbeiter sind bei uns in der Briefzustellung, nicht.

Außerdem, wenn ich mir die letzte Tarifrunde begucke, merke ich, was es bedeutet, wenn man von vorn herein kein Streikrecht hat.

Wie sieht es bei Euch insgesamt nach der letzten Tarifrunde aus?

Es muß schon ganz schön schlimm sein. Vor nicht langer Zeit kam ein Rundbrief von der OPD, wo sie die Postler aufforderte, sorgsamer mit ihrem Geld umzugehen. Die Zahl der Lohnpfändungen hätte stark zugenommen. Bei solchen Tarifabschlüssen wundert mich das nicht. Ich bin für Festgeld, auch in Zukunft, wofür sollte man in meiner Lage denn wohl sonst sein.

Wir müssen jetzt aufpassen, daß die OPD nicht die weitere Rationalisierung schneller betreibt. Sie hat bestimmt Mut geschöpft durch unsere Niederlage in der Tarifrunde. – (aus: Bezirksbeilage Holstein, Nr. 24)

„Rekordergebnisse der weißen Industrie"

Touristikzentren in den Seebädern – Zerstörung der Region und der Existenzbedingungen der Massen

Flensburg. In den Tarifkämpfen hat sich die Arbeiterklasse durchweg nicht das erkämpft, was sie zum Leben braucht. Das macht sich jetzt in der Urlaubszeit bemerkbar. Mit dem Urlaubsgeld kann man kaum oder nur kurz in den Urlaub fahren. Infolgedessen nimmt gerade in dieser Zeit die Überstundenschinderei in den Fabriken enorm zu. Die Verdichtung des Arbeitstages, die Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit macht den Urlaub für die Arbeiter immer dringlicher. Das Portemonnaie schränkt aber die Möglichkeiten, sich zu erholen, erheblich ein.

Kaum für drei, vier Wochen der Ausbeutung im Betrieb entronnen, so fällt man im Urlaub in die Hände des Hotel-, Touristik- und Handelskapitals. Das Beispiel des Nordseebads St. Peter-Ording ist ein Beispiel für die schamlose Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes während ihres Urlaubs. Bei der Hundert-Jahr-Feier am 15. Juni erklärte Stoltenberg, daß „die Rekordergebnisse der weißen Industrie auch gerade auf unternehmerische Leistungen zurückzuführen seien." Das sieht ungefähr so aus: Eine Übernachtung mit Frühstück im Doppelzimmer, einschließlich Dusche, in einem der Hotels und Gästehäuser am Ort kostet etwa 80 bis 105 DM. Man kann sich ausrechnen, auf welchen Preis eine Familie kommt, wenn sie „im Familienbad Sankt Peter" übernachten will. Für die Familien der Arbeiterklasse und des Volkes bleibt da nur Camping übrig. Auf dem Euro-Campingplatz kommt das für ein Hauszelt auf 8 DM und pro Person 3 DM, also für eine Familie mit zwei Kindern auf 20 DM pro Tag, allein nur, um das Zelt dort aufzustellen.

nur, um das Zelt dort aufzustellen.

Die acht Kilometer Sandstrand um St. Peter-Ording herum sind sämtlich verwaltet. Das sieht man spätestens dann, wenn man vor einem der Schlagbäume am Durchgang zum Strand steht. Die Familie, von der wir ausgehen, zahlt 1,50 DM für das Auto und 1,50 DM pro Person, Kinder die Hälfte, also insgesamt 6 DM für die Anfahrt zum Strand. Geht man die 20 Minuten durchs Vorland zu Fuß zum Strand, so löhnt man „nur" 1 DM pro Person. Überhaupt ist es an der gesamten Nord- und Ostseeküste so, daß die schönsten Strände mit dem weißesten Strand entweder Privatbesitz oder Kurstrände sind. Der steinige Strand, der noch übrig bleibt, ist für die Arbeiterklasse. Auch aus diesen Stränden wird noch Kapital geschlagen.

Einer der schönsten Strände an der Flensburger Förde gehört zum Intermar-Hotel, von der Bourgeoisie bezeichnenderweise „Sommerpalast" genannt. Es herrschen dort Preise, die sich nur die Bourgeoisie leisten kann. So wohnen dort Leute wie Rothermund, Sohn von Beate Uhse und größter Handelskapitalist in Flensburg, und kurz nach dem Begräbnis ihres Mannes die Witwe Bubacks. „Sommerpaläste" für die Arbeiterklasse und das Volk gibt es nicht. Es gibt nur so etwas wie das Ferienzentrum Bockholm. Für so ein Sommerhaus, das eher an eine Hundehütte erinnert als an ein Haus und das mit -zig anderen an einem Hang zusammengepfercht ist, und für einen mittelschlechten Strand bezahlt man teures Geld.

Für die besitzlose Bevölkerung in einem solchen Touristenzentrum wie St. Peter-Ording oder Flensburg bedeutet die weiße Industrie folgendes: Mit den Sommerpreisen für Lebens-

Mit den Sommerpreisen für Lebens-

mittel und andere Gebrauchswaren werden beide geschröpft, die Urlauber und die Einheimischen. So bezahlt man in St. Peter für ein Brot durchschnittlich 50 Pfennig mehr als woanders. Eine Kurkarte, die auch Einheimische haben müssen, kostet 15 DM. In Eiderstedt, der Halbinsel, auf der St. Peter liegt, herrscht im Winter eine der höchsten Arbeitslosenquoten in ganz Westdeutschland, sie liegt bei 8 %. Infolgedessen sind viele gezwungen, sich in der Saison ihr Brot in den typischen Saisonberufen zu verdienen. Um Geld für den Winter zu haben, kloppen viele als Kellner, Zimmermädchen, Pommes-Frites-Verkäufer usw. 10 bis 14 Stunden am Tag. Um den Winter überleben zu können, vermieten viele ihr ganzes Haus und leben selber im Keller oder auf dem Boden. – (Bezirk Flensburg-Westküste)

Dieses Bild haben Schüler aus dem Braunschweiger Stadtteil Altenwiek zusammen mit der Stadtteilzelle des KBW zur Unterstützung der ZANU gemalt.

men mit der Stadtteilzelle des KBW zur Unterstützung der ZANU gemalt.

Betriebsmittelkosten und wachsende Bankzinsen ruinieren die kleinen und mittleren Bauern

Interview mit einem Bauern in der Wilstermarsch

Der Bauer als kleiner Erzeuger von Waren befindet sich in einer schwachen Position den großen Konzernen gegenüber, die ihn beliefern und ihm Produkte abnehmen – am besten beides zusammen. Die Preise für die Betriebsmittel, die die Bauern bezahlen müssen, sind in den letzten zwölf Jahren um 50 % gestiegen, die Preise für ihre Erzeugnisse aber nur um 14 %. Der Deutsche Bauernverband hat 1974 eine Rechnung veröffentlicht, in der das Verhältnis der Einkaufspreise für Maschinen und der Verkaufspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den Warenmengen selbst ausgedrückt ist. (siehe Tabelle)

Damit ein Bauer kaufen kann:	mußten verkauft werden:	(in kg bzw. Stück) 1961/62	1972/73
100 kg Kalkstickstoff	Weizen	294 kg	449 kg
1 Ackerschlepper über 34 PS	Getreide	26 243 kg	50 992 kg
1 Kartoffelvorratsroder	Speisekartoffeln	15 878 kg	37 627 kg
100 kg Schweinemischfutter	Schlachtschweine	22 St.	17 St.
100 kg Sojaschrot	Milch	110 kg	125 kg
1 Herrenanzug	Weizen	331 kg	580 kg
1 Paar Herrenschuhe	Weizen	75 kg	115 kg

Dem einzelnen Bauern bleibt nur zu versuchen, den Betrieb ständig auszudehnen und die Produktivität zu erhöhen, wenn er Bauer bleiben will. Also ständig mehr Vieh zu halten und mehr Getreidefläche jährlich zu bearbeiten. Die Zahl Kühe pro landwirtschaftliche Arbeitskraft ist immer weiter gestiegen.

Der Leistungsinspektor Lademann vom Milchkontrollverein im Kreis Steinburg erklärt: „Die Betriebsgrößen je Kuhzahl haben einen Durchschnitt von 26,9 erreicht, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 1,4 Kühen je Bestand bedeutet. Der Trend, die Herden zu vergrößern, hält weiterhin an." (Norddeutsche Rundschau, 10.12.75).

Im Kreise Steinburg zum Beispiel sind die Höfe von 1960 bis 1973 von 3 095 auf 2 674 gesunken.

Die Banken bieten sich in dieser Lage als Kreditgeber an, weil die verbleibenden kleinen und mittleren selbstarbeitenden Bauern nicht genug finanzielle Mittel erwirtschaften können für das betriebliche Wachstum. Allein die langfristigen Kredite sind im Kreis Steinburg von 1960 bis 1975 von 410 DM je ha auf 2 354 DM gestiegen. An den Zinsen mästen sich die Finanzkapitalisten. Die Zinsleistungen der BRD-Landwirtschaft konnten 1975 auf 1,94 Mrd. DM erhöht werden. Mit ihnen schreitet das Bauernlegen voran. 1950 waren 5,1 Millionen Menschen ständig in der Landwirtschaft beschäftigt. 1971 waren es noch 1,5 Millionen. – (Bezirk Holstein)

Was und wie produzieren Sie?

Ich bewirtschafte 32 Hektar, alles Weideland. Ich halte 25 bis 30 Milchkühe, ein paar Mastrinder und füttere im Jahr bis zu 300 Mastschweine fett.

Wie haben sich bei Ihnen in den letzten Jahren die Betriebsmittelausgaben entwickelt?

Beim Kraftfutter zum Beispiel so: Heute füttern wir 15 Doppelzentner Schrot pro Kuh und Jahr, weil wir eine hohe Milchleistung haben müssen. Vor ein paar Jahren waren es 10 Doppelzentner, davor noch weniger. Es gibt also einen gewaltigen Bedarf an Kraftfutter. Wir sind hier jetzt reine Kraftfutterzukaufbetriebe, bis 1959 hatte ich noch 10 Hektar Ackerland, das habe ich aber aufgegeben, es war zu viel Arbeit.

Die großen Mühlenkonzerne, die das Schrot liefern, wissen das natürlich, und so sind die Preise gestiegen: in den letzten drei bis vier Jahren um insgesamt 20 bis 25 %. Jetzt ist im letzten Sommer die Dürre dazugekommen. Da haben wir natürlich mehr Schrot einsetzen müssen, aber solange ich für ein Kilogramm verfüttertes Schrot noch einen Liter Milch mehr erzeugen kann, setze ich kein bares Geld zu. Der Milchpreis liegt bei 51 Pfennig je Liter, der Schrot kostet 49 Pfennig das Kilo, der Doppelzentner also 49 DM. Im letzten Winter habe ich noch 44 DM bezahlt. Dieses Jahr haben wir eine Preissteigerung von 10 %. Für den kommenden Winter habe ich noch keinen Vertrag abgeschlossen, weil das ein sehr hoher Preis ist, zu dem ich jetzt abschließen müßte. Wir hoffen, daß er noch wieder sinkt.

Wie sieht es beim Dünger aus?

Wir gebrauchen hier vor allem Stickstoffdünger, also Kalkammonsalpeter zum Beispiel. Wir können fürs nächste Jahr importierten rumänischen Stickstoffdünger kaufen für 29,35 DM den Doppelzentner und deutschen für 30,50 DM. 1967 kostete er noch 12,50 DM und das bei nur 3 % geringerem Stickstoffgehalt. Bei den Maschinen ist das so: Ein modernes Mähwerk kostet heute 4 000 DM, eine Heupresse 12 000 bis 15 000 DM. Das können kleine Betriebe nicht mehr aufbringen. Da hat sich jetzt hier ein Lohnunternehmer gebildet, mit drei Schleppern. Der übernimmt das Mähen und Pressen für 70 bis 100 DM den Hektar.

Es gibt ja einen Zwang, ständig mehr zu erzeugen, wenn man seinen Hof halten will. Wie sehen Sie die weitere Entwicklung?

Meine Kuhstallplätze sind bereits voll ausgelastet. Ich habe schon etwas Bullenmast hinzugenommen, aber das geht jetzt auch nicht mehr weiter, weil ich schon bei mehr als zwei großen Rindern je Hektar angelangt bin. Darum mäste ich auch noch im Jahr 300 Schweine, dafür brauche ich keine Fläche. Land kaufen ist zu teuer, ein Hektar kostet 30 000 DM. Für die Zukunft werde ich kürzer treten müssen, mit den alten Maschinen weiterarbeiten, nicht so viele Neuanschaffungen machen. Die alte Melkmaschine z.B. läuft noch, eine neue, größere, würde 15 000 DM kosten. Wenn ich die Arbeit dann nicht mehr schaffen kann, muß ich aufhören. Meine einzige Tochter ist mit einem Automechaniker verheiratet. Wenn ich mir vorstelle, daß sie einen Bauern geheiratet hätte, der 70 Kühe hat, so hätte ich gesagt: ein Sklave hätte es besser, als du mit den 70 Kühen. Nochmal zum Wachstum: Landkaufen für solche Grössenordnungen können ohnehin nur industrieverdrängte Bauern, die ihr Land als Bauplatz für Industrieanlagen verkauft haben. Ein Hektar Weideland kostet ja jetzt bis zu 30 000 DM. Das kann ein Bauer aus seiner Arbeit nicht erwirtschaften. Wenn früher ein Bauer aufgab und ein anderer seinen Hof übernahm, so hieß es: der Boden wandert zum besseren Landwirt. Heute sagen wir: der Boden wandert zum besseren Geld.

Durch die Agrarpolitik des Staates soll die Konzentration in der Landwirtschaft beschleunigt werden. Wie sieht es hier aus?

Damit überhaupt Investitionen gemacht werden können, zahlt der Staat Zinsverbilligungen für Kredite. Jetzt gibt es wieder etwas noch direkteres, die „Stillegungsprämie". Das bedeutet: wenn ein Bauer mit 25 bis 30 Kühen sich verpflichtet, fünf Jahre lang keine Milch mehr zu liefern, so bekommt er in Raten über die fünf Jahre 6 000 DM. Für seine alten Kühe bekommt er ca. 1 800 DM als Schlachtpreis. Ein Großteil des Geldes braucht er in diesen fünf Jahren für Gebäude und Erhaltung. Auf die Milcheinnahmen muß er natürlich verzichten. Gute neue Kühe in fünf Jahren zu kaufen kostet je Stück 2 500 bis 3 000 DM. Es ist also klar: dieser Bauer, der wird in fünf Jahren nicht wieder anfangen können, Milch zu erzeugen. Diese „Prämie" soll ältere Bauern vorzeitig zum Aufgeben bewegen, das ist alles. Und die Schlachtkühe, die dadurch jetzt auf den Markt geworfen werden, werden die Fleischpreise (Erzeugerpreise, die Red.) weiter senken.

Freiherr Heereman von Zuydtwyck

„Auf dem Sektor der Struktur- und der Sozialpolitik hätte mehr geschehen müssen. Wir haben immer gesagt, es müssen mehr Leute ausscheiden. (. . .) Ich kann nicht in eineinhalb Jahren alles ändern, was früher versäumt worden ist . . . wir müssen jetzt zu neuen Ufern kommen." Seit 1969 ist Heereman Präsident des Deutschen Bauernverbandes, wo er die Politik betreibt, mit der er sich in dem oben zitierten Spiegelinterview 1971 brüstet. Von 1969 bis heute sind die Reihen des Proletariats und der industriellen Reservearmee um über eine halbe Million Bauern gewachsen, die in den Ruin getrieben worden sind. Freiherr Heereman von Zuydtwyck bewohnt mit seiner Gattin, der Freiin von Wrede Melschede, deren einzige Aufgabe darin besteht, den adligen Nachwuchs zu werfen, das Wasserschloß Surenburg in Westfalen. Sein Großgrundbesitz umfaßt 2 240 Hektar (etwa 22 Quadratkilometer) und wächst mit dem Bauernlegen. Seine Sippschaft hat den Untergang der Feudalherren in der bürgerlichen Revolution überlebt. Gegen seinen bevorstehenden Untergang in der proletarischen Revolution übt sich der Oberleutnant Heereman bei Wehrübungen für zivile Führungskräfte in Munster.

Filbinger und das Schwert über dem Haupt

„Wie ein Damoklesschwert" soll nach der Meinung des Ministerpräsidenten Filbinger über dem KBW und anderen die Verbotsdrohung hängen.

Der Brockhaus schreibt:

„Damokles, ein Höfling des jüngeren oder schon des älteren Dionysios von Syrakus. Als er das Glück des Tyrannen (wahrscheinlich Dionysios' I.) überschwenglich pries, ließ ihm dieser köstliche Speisen vorsetzen, zugleich aber als Symbol der ihm zum Genuß ständig drohenden Gefahr über seinem Haupt ein Schwert an einem Roßhaar aufhängen."

Über wem schwebt wohl das Damoklesschwert? Dionysios, der Sklavenhalter und Tyrann, wußte um die Vergänglichkeit seines Glücks, denn ewig werden die Sklaven nicht still halten. Die ganze Antike ist mit Sklavenaufständen erfüllt. Dem dienstfertigen Höfling ließ er ein Schwert über das Haupt hängen, wohl wissend, daß sein eigenes Schicksal nicht weniger bedroht war als das Haupt des Damokles, den er mit köstlichen Speisen aushielt. Die Sklavenhalter der Antike sind längst gestürzt. An ihre Stelle sind heute die kapitalistischen Ausbeuter getreten, und sie fürchten die Revolution ihrer Lohnsklaven. Höflinge wie Filbinger sind dazu da, die Kapitalisten über ihr Schicksal zu beruhigen und die Massen zu unterdrücken. Was ist da mehr gefährdet, das Haupt des Höflings oder die Organisation der Arbeiterklasse, über die Filbinger das Verbot „wie ein Damoklesschwert" hängen will?

Laut „Die Welt" der vorletzten Woche will Filbinger „noch vor der Sommerpause" „mit einem hieb- und stichfesten Vorschlag vor die Öffentlichkeit treten". Er denke an „ein etappenweises Vorgehen".

„Danach sollen zunächst die kommunistischen Gruppen einschließlich der DKP für verfassungswidrig erklärt werden. Daraus solle sich aber noch keine Ver-

botsautomatik für all diese Gruppen er-

botsautomatik für all diese Gruppen ergeben. Vielmehr solle dieses Verbot ‚wie ein Damoklesschwert' über den Gruppen hängen. Erst wenn wieder eine von ihnen gewalttätig werde, solle die Regierung als Exekutive sofort über ein Verbot entscheiden."

Letzte Woche hat Filbinger sich erneut geäußert:

Die staatlichen Organe, so berichtet die „Stuttgarter Zeitung", dürften „sich nicht scheuen", „die Waffe des Verbots anzuwenden":

„Filbinger bestätigte in diesem Zusammenhang Nachrichten, daß Baden-Württemberg mit anderen Bundesländern Kontakte aufgenommen habe, um über den Bundesrat ein Verbot der sogenannten K-Gruppen zu erreichen. Er gehe davon aus, sagte Filbinger, daß eine entsprechende Initiative im Herbst ergriffen werden könne. Auf Fragen bestätigte Filbinger, daß daran gedacht sei, den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) und die DKP verbieten zu lassen."

Denkt mal weiter daran, und versucht euch zu einigen, was den Interessen der heutigen Sklavenhalter am besten dienen mag. Was euch quält, und warum es euch so schwer fällt, einig zu werden, ist klar: Da wir die Absicht haben, die Arbeiterklasse zur Revolution zu führen, werden wir nicht darauf warten und haben nie darauf gewartet, wie es die Bourgeoisie mit dem Verbot hält. Welche Auswirkungen wird das Verbot haben? Für wen ist das besser kalkulierbar? Für die, die verboten werden sollen, oder für die, die verbieten? Wir wissen, daß es richtig ist, die Illegalität vorzubereiten, und vieles, was gemacht werden muß, ist heute schon illegal. Wie aber sollen die Höflinge der Kapitalistenklasse wissen, ob und wann das Verbot richtig ist? Die Sklaven haben es besser als die Höflinge der Sklavenhalter.

Lohnkampf im Buchhandel

Hamburg. Nachdem die Buchhandels- und Verlagskapitalisten in ihrem „letzten Angebot" 6,8 % angeboten hatten (das entspricht 80 bis 110 DM) und die HBV auf Drängen der Mitglieder das Scheitern der Verhandlungen erklärte, soll am Mittwoch jetzt ein erster dreistündiger Streik stattfinden.

Während der Kapitalistenverband und der Senat auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz eine Verkaufsausstellung „Literatrubel" veranstalten, wird die Gewerkschaft auf dem gleichen Platz eine Kundgebung abhalten. Den Büchermarkt und die Veranstaltungen wird die Fachgruppe nutzen, um ihre Forderung nach mindestens 150 DM zu vertreten.

Die Kapitalisten und die Sozialdemokraten setzen ihre Politik der Zersplitterung der Tarifauseinandersetzungen im Handel fort. Für Schleswig-Holstein hat sich die DAG mit dem Einzelhandelsverband auf eine Tariferhöhung im Buchhandel von durchschnittlich 6,5 % geeinigt. Die HBV hat mit dem Verband Norddeutscher Buchhändler für die Auszubildenden bei 6,8 % abgeschlossen.

Hochschulwahlen

Westberlin. Bei den Wahlen zu den Hochschulgremien an der FU, seit der Zerschlagung der Vertretungsorgane der Studenten die einzigen Wahlen, die an der FU stattfinden, haben die Reaktionäre und CDU-Studenten der „Reformgruppe“ Stimmen gewonnen und haben jetzt ein Viertel der Stimmen (vorher 20 %), die Opportunisten mit dem USTA gewannen ebenfalls 3 % Stimmen und erhielten 30 %.

Die Revisionisten verloren 12 % auf jetzt 19 %, die Jusos 5 % auf jetzt 15 %.

Die Listen, die auf Grundlage eines Kampfprogramms für die Rechte der Studentenmassen kandidiert haben, gewannen 2,5 % und erhielten damit 7 % der Stimmen. Sie erzielten Gewinne dort, wo die Kommunisten die Kämpfe organisiert hatten, so bei den Medizinstudenten und an einigen naturwissenschaftlichen Fachbereichen.

Streiks der Lehrerstudenten

Kiel. An allen schleswig-holsteinischen Hochschulen streiken seit Mittwoch die Lehrerstudenten gegen die Änderung der Laufbahnverordnung für Lehrer. Lehrerstudenten, die für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen nicht Deutsch oder Mathematik, für das Lehramt an Realschulen nicht Deutsch, Mathematik oder Englisch und für Gymnasien nicht Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch oder Latein in der Fächerkombination studieren, sollen in Zukunft nicht mehr eingestellt werden. Am Dienstag hat die Vollversammlung der Studenten der Fachbereiche Philosophie und Mathematik/Naturwissenschaften an der Universität Kiel mit 1 000 Teilnehmern den sofortigen Eintritt in den Streik beschlossen, am Mittwoch hat die Vollversammlung der Universität Urabstimmung über unbefristeten Streik an der gesamten Universität festgelegt.

An der Pädagogischen Hochschule Kiel haben sich in der Urabstimmung bei einer Beteiligung von 48 % 84 % für Streik ausgesprochen.

Die PH **Flensburg** ist am Donnerstag erneut in einen Vorlesungsboykott eingetreten.

Der Kultusminister hat die Vertreter der Studentenschaft daraufhin zu einem Gespräch gebeten, dessen Ergebnis die Rücknahme der Fächerkombinationsbestimmungen ist, jedoch nicht die Rücknahme der Laufbahnverordnung als ganze. Der von den Sozialdemokraten besetzte AStA der Universität hat daraufhin Steikabbruch und erneute Urabstimmung über Streik gegen Lehrerarbeitslosigkeit vorgeschlagen. Im Streikrat ist das abgelehnt worden

In **Osnabrück** befinden sich die Studenten der Universität seit dem 5.6. in einem unbefristeten Streik, für den sich in einer Urabstimmung bei einer Beteiligung von 75 % 49 % aller Studenten ausgesprochen hatten.

Der Streik richtet sich gegen die Eingangsvoraussetzungen für den Eintritt in den dritten Abschnitt der einphasigen Lehrerausbildung, die es einem großen Teil der Studenten unmöglich machen würde, das Studium fortzusetzen. Reaktionäre Professoren und Studenten versuchen, militant den Streik zu brechen und Seminare durchzuführen. Dies gelang ihnen jedoch nicht, die Streikposten standen fest. Am Mittwoch, den 12.6. hat die Allgemeine Studentenversammlung mit großer Mehrheit die Fortsetzung des Streiks beschlossen, bis alle Universitätsgremien beschlossen haben, die Bestimmungen des Erlasses nicht anzuwenden.

Beitragsfreiheit für Studentenwerk beschlossen.

Hamburg. In der letzten Woche beschloß der Verwaltungsrat des Studentenwerks, daß die Studenten der Hochschule für bildende Künste und der Hochschule für Musik in Zukunft keine Studentenwerksbeiträge zahlen müssen. Die Studenten der HfbK hatten die im letzten Semester für diese Hochschulen festgelegten Beiträge seitdem boykottiert.

Ein Antrag auf Beseitigung der Beitragsordnung und Finanzierung des Studentenwerks durch den Staat erhielt nur aufgrund der Stimmenthaltung der Revisionisten und Reformisten keine Mehrheit. Daß der Staat auch im nächsten Semester 600 000 DM von den Studenten der anderen Hochschulen kassiert, fand der MSB vollständig richtig.

Der Unipräsident Fischer-Appelt hat gleich erklärt, daß die Beitragsfreiheit „rechtswidrig“ sei.

Polizeiüberfall auf den ASTA Kaiserslautern

Mit Durchsuchungsbefehl wegen „Volksverhetzung“ (§ 130 a) ließ die Bourgeoisie die Polizei den Kaiserslauterer ASTA überfallen. Der ASTA hatte den Göttinger Buback-Artikel nachgedruckt. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und etwa 70 Studenten, Schülern und Lehrlingen.

Die Vollversammlung mit 400 Studenten verurteilte den Überfall und beschloß für den nächsten Tag eine Demonstration. Der ASTA rief auf unter den Forderungen nach „Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen die vier Redakteure“, „Weg mit dem Ordnungsrecht“, „Weg mit dem HRG“.

500 Studenten, Arbeiter und Schüler nahmen an der Demonstration teil. Es war die größte Demonstration in Kaiserslautern seit über zehn Jahren. In der Demonstration wurden die Forderungen nach 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1 500 DM Elternfreibetrag mitgetragen.

Ist der Streik im Wintersemester möglich?

Die Medizinerfachschaften haben beschlossen, alle interessierten Medizinstudenten, inbesondere die Mitglieder der PJ-Gruppen und der Streikkomitees, für das kommende Wochenende nach Düsseldorf einzuladen, um die Erfahrungen des Streiks zusammenzufassen und zu beraten. Daß sich die Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag ohne die neuerliche Aufnahme des Streiks nicht durchsetzen lassen, wagen auch die Opportunisten nicht zu bestreiten. Die Auseinandersetzung geht darum, ob der Streik möglich ist.

Die Opportunisten waren gezwungen, mit dem Beschluß zum Abbruch des Streiks in diesem Semester zugleich den neuerlichen Eintritt in den Streik im Wintersemester anzukündigen, wenn bis dahin die Forderungen nicht durchgesetzt sind. Auf der letzten Fachtagung am 11. Juni wollten die Opportunisten zunächst überhaupt die Beschlußfassungen zu dieser Frage verhindern. Schließlich mußten sie anerkennen, daß Beratungen und Entscheidungen der Vollversammlungen über den Streik im Wintersemester und die Zusammenfassung ihrer Ergebnisse durch eine Konferenz der Fachschaften Anfang Juli das mindeste sind, was in diesem Semester im Kampf gegen das PJ erreicht werden muß.

Die Opportunisten hatten gehofft, daß die Ministerien aufgrund ihrer Andeutungen und Versprechungen und aufgrund des gespaltenen Bildes, das die Klinikdirektoren und Professoren während des Streiks boten, jetzt nach dem Streik einlenken würden. Diese Hoffnung war trügerisch. Noch nicht einmal mit ein paar Zugeständnissen von Regierungsseite ließ sich die weitere Behandlung und Durchsetzung der Forderungen des Streiks zu einer „Verhandlungssache“ erklären.

Zwar hat es sich der Ärztetag nicht leisten können, direkt die spalterischen Forderungen des Marburger Bundes nach „bundeseinheitlichen Richtlinien“ zur Durchführung der Ausbildungsordnung und nach Praktikantenstatus als die Forderungen der Medizinstudenten auszugeben. Und auch die Dekane der Medizinischen Fakultäten seien zu der Auffassung bekommen, daß der Status der PJ-Studenten nochmals überprüft werden müsse, berichtete der Dekan in Gießen in der letzten Woche in einer Versammlung von 40 Studenten. Aber daraus folgt zunächst einmal nichts und wird auch so lange nichts folgen, wie die Reaktionäre die Hoffnung sehen, den neuerlichen Streik bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Rechtlosigkeit im PJ verhindern zu können.

Dafür haben sie sogleich nach dem Streikabbruch allerhand unternommen. Durch die Einführung von Anwesenheitskontrollen, Scheinverweigerungen, Drohungen mit Semesteraberkennung und Einleitung von Ordnungsmaßnahmen haben sie die Konkurrenz verschärft und die Medizinstudenten vielfach gespalten. Das hat die Medizinstudenten geschwächt.

Erreichen konnten die Reaktionäre diese Wirkung, weil die liberalen und sich fortschrittlich gebenden Professoren und Ministerialbeamten im Verein mit den Opportunisten vorgearbeitet und den Eindruck erweckt hatten, es ginge auch ohne Streik ab, auf dem „Verhandlungswege“.

Die Opportunisten in der Kölner Fachschaft, jetzt auch kommissarisch in der Sekretariatsfunktion der Fachtagung, haben vor 60 Studenten in einer Veranstaltung der letzten Woche erklärt, jetzt ginge gar nichts mehr, die Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag seien nicht durchsetzbar und man solle sich jetzt auf den von den Reformisten und Revisionisten nach wie vor nicht mehr als angedeuteten Streik im Wintersemester gegen das HRG „konzentrieren“. In Münster, wo jetzt die Fachbereichswahlen vorbereitet werden, kandidieren die Reformisten, Revisionisten und Spontaneisten auf einer Liste. Von der Weiterführung des Kampfes ist in ihrem Programm gar keine Rede mehr. In Hamburg setzten die Revisionisten über die von ihnen bestimmte PJ-Gruppe einen Antrag auf der Vollversammlung durch, der alles offen läßt und die Entscheidung auf das Wintersemester verschieben will.

Die Opportunisten wollen in der gegenwärtigen Lage, wo sich zeigt, daß die Studentenbewegung nur durch Fortschritte im koalitionsmäßigen Zusammenschluß vorankommen und etwas erreichen kann, sich aus dem Staube machen. Das ist alles. Am 2. Juli soll ihnen die Fachtagung bestätigen, daß „nichts mehr geht“.

Der Kampf um den koalitionsmäßigen Zusammenschluß gegen die Unterdrückungsmaßnahmen seitens der Reaktion und zur Durchsetzung der Forderungen wird jedoch geführt und macht Fortschritte. In Mannheim führen die PJ-Studenten diese Woche eine Veranstaltung zur materiellen Lage durch, die viele PJ-Studenten zwingt, sich mit Bankkrediten, Nachtwachen und dem Verkauf von persönlicher Habe über Wasser zu halten. In Hamburg haben die PJler in der letzten Woche Kampfschritte gegen einzelne Schikanen beschlossen. Unter anderem fordern sie die Nichtanrechnung ihrer „Fehl“tage zu Semesterbeginn auf den Urlaub. In Düsseldorf hat sich eine PJ-Gruppe mit etwa 20 Studenten neu gebildet, um den Wiederaufbau der Streikfront im Wintersemester in Angriff zu nehmen. In Heidelberg wurde von den Semestergruppen eine Reihe von Reaktionären in ihren Lehrveranstaltungen gestellt, wegen Ordnungsverfahren und Denunziationen für Strafanzeigen. Die Teilnehmer der Lehrveranstaltungen haben in Resolutionen dagegen protestiert. In Freiburg haben sich die Semestergruppen organisatorisch gefestigt. Allein an der Klinik arbeiten in ihnen etwa 100 Studenten. Sie haben sich einen Delegiertenrat gewählt und beraten über ein Kampfprogramm für das Wintersemester. Unter anderem in München, Aachen, Frankfurt und Köln sind in dieser Woche Vollversammlungen oder Veranstaltungen geplant, um im Kampf voranzukommen.

Mit diesen Aktionen gegen das PJ und die Reaktionäre, die es verteidigen, wird die Spaltung, die die Professoren erreicht haben und die die Opportunisten benutzen wollen, um sich vom Ziel des Kampfes loszusagen, bekämpft und der Zusammenschluß der Medizinstudenten gestärkt. Das ist die entscheidende Voraussetzung für den neuerlichen Streik im Wintersemester. Wenn sich alle Kräfte zusammenschließen, die an der Durchsetzung dieser Forderung festhalten, dann wird diese Voraussetzung geschaffen und ist der Streik möglich.

Ganz und gar fadenscheinig schließlich ist das Argument, der Streik würde in Widerspruch geraten zu dem von der nach wie vor ausstehenden außerordentlichen Mitgliederversammlung der VDS zu beschließenden Streik gegen das HRG. Geradeso wie die Medizinstudenten an den Kliniken in der praktischen Ausbildung das Koalitionsrecht durchsetzen müssen, müssen die Studenten an den Hochschulen für Bezahlung, Vertretungsrechte und tarifvertragliche Vereinbarungen über ihre Arbeits- und Ausbildungsbedingungen gegen das HRG kämpfen. Wo soll es da einen Widerspruch geben? – (Z-Red.)

Expertenvorschlag: Senkung des BAFöG auf 350 DM

„Für Kindergeld, Steuerfreibetrag und BAFöG-Studentenförderung werden 1977 rund 3,1 Mrd. DM aufgewendet“, schreibt die Arbeitsgruppe „Ausbildungsförderung“ der Bund-Länder-Kommission in ihrem Abschlußbericht, „unter Annahme, daß ... finanzneutral umstrukturiert werden soll ...“, fährt sie fort,

können bereits jetzt 700 Millionen DM einbehalten und den Volksmassen aufgebürdet werden, ergänzen wir. Das BAFöG in der bisherigen Form soll beseitigt und in zwei Teile aufgesplittet werden: einen Sockelzuschuß und einen Zuschuß. Die Rechnung der Bourgeois geht so:

Kindergeld für die studierende Jugend wird abgeschafft, das macht in diesem Jahr etwa eine Milliarde aus. Die Steuerfreibeträge werden ebenfalls beseitigt. Nach der neuesten Regelung beträgt der Freibetrag 4 200 DM, wenn der Sohn oder die Tochter nicht zu Hause wohnt, abzüglich dem Teil des BAFöG, das nicht als Darlehen gerechnet wird. Je niedriger der BAFöG-Betrag, um so höher der Freibetrag. So was kann einen Bourgeois nicht kalt lassen, besonders, wenn er das BAFöG senken will. Der Steuerfreibetrag wird also auch beseitigt, das macht zirka 520 Millionen. Statt Kindergeld und Freibetrag erhalten die Eltern jetzt einen Sockelbetrag von 170 DM. Die erhalten auch die Bourgeois, wo sie sich schon gleich fast 10 Millionen zurückholen. Die 170 DM sollen zunächst beschwichtigen. Beispiel:

Eine Arbeiterfamilie, die Frau arbeitet vorübergehend nicht, der Arbeiter verdient 1 900 brutto, zwei Kinder, eines studiert und erhält 280 DM BAFöG, wovon 130 DM Darlehen sind. Nach der bisherigen Regelung konnte der Arbeiter 200 DM Steuerfreibetrag geltend machen, die fallen jetzt weg, was 60 DM weniger sind im Monat. Die 80 DM Kindergeld erhält er auch nicht mehr, dafür aber 170 DM. Das sind immer noch 30 Mark mehr, haben oder nicht haben, denkt er sich, nur her damit. Er wundert sich allerdings schon etwas, weil er so was noch gar nie erlebt hat, der Pferdefuß wird aber bald spürbar:

„Die Förderung würde ihrem eigentlichen Zweck entsprechen, zeitlich nach Studiengang bzw. Studienfortschritt und nicht nach dem Lebensalter (wie bei Kindergeld, Red.) begrenzt. Dies bedeutet, daß für alle Studienfachrichtungen Studienfortschrittskontrollen bestehen müssen.“ (Bund-Länder-Kommission)

Wer die Regelstudienzeit überschreitet, erhält die 170 DM nicht, wer durch die zusätzlich eingeführten „Kontrollen“ fällt, erst recht nicht. Bereits jetzt ist es für etwa 100 000 Studenten nicht möglich, die Regelstudienzeit einzuhalten. Die trifft es allemal.

So ist es kalkuliert:

„Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der den Sockelzuschuß erhaltenden Studenten geringer ist als die Zahl derjenigen, die über Kindergeld und Steuerfreibetrag gefördert werden. Das liegt daran, daß der Sockelzuschuß im Gegensatz zu Kindergeld und Steuerfreibetrag bestimmte Studienfortschritte voraussetzt.“ (Kommission)

Der Arbeiter hat also nicht 30 Mark mehr, sondern plötzlich 120 DM weniger.

Die Studenten sollen sich spalten, niederkonkurrieren und sich dem staatlichen Zwang in jeder Hinsicht beugen. Und der Zuschuß zum Sockelzuschuß? Er soll im Durchschnitt 350 DM betragen – der Durchschnitt jetzt liegt bei 450 DM – und soll wahrscheinlich zur Hälfte aus Darlehen bestehen.

„Als Grundregel soll gelten, daß von einer DM realen Einkommenszuwachses im Familieneinkommen etwa 50 Pfennig den Eltern verbleiben, während die anderen 50 Pfennig als zusätzlicher Elternbeitrag zum Lebensunterhalt des studierenden Kindes und damit förderungsmindernd umgesetzt würden.“ (Handelsblatt, 1.6.77)

Die Förderung soll jährlich festgesetzt werden. Rechnet man, daß alle jetzigen BAFöG-Empfänger 350 DM erhalten würden und ein Achtel aller Studenten 170 DM, ergäbe sich eine Summe von 2,4 Milliarden DM.

Dieser ausgekochte reaktionäre Plan soll den Volksmassen zusätzlich 700 Millionen DM im mindesten abpressen, dem imperialistischen Staat einbringen. – (Z-Red)

„... mein Ruf, unvoreingenommen und nur auf die Sache bezogen zu prüfen ...“

Ex-Rektor Steinberg – ein besonders unverschämter Prüfer

Bremen. „Nachdem ich die schriftliche Hausarbeit Herrn Juretzeks unter Berücksichtigung bestimmter Schwierigkeiten bei der Abfassung als eben noch ausreichend bewertet und dies Herrn Juretzek mitgeteilt habe, hat dieser in der Universität mit Unterstützung des Kommunistischen Studentenbundes (KSB) eine Kampagne gegen die Benotung begonnen, die unter anderem zu Beschlüssen von studentischen Versammlungen, Artikeln und einem Go-In im Akademischen Senat der Universität geführt hat“, schrieb der ehemalige Rektor der Universität Bremen, H. J. Steinberg, an das Prüfungsamt, erklärte sich für befangen, verweigerte die Fortführung des Prüfungsverfahrens als Prüfer und fuhr zwei Monate in Urlaub.

Nachdem in diesem Semester die Fünfen und Sechsen in den Prüfungen sich anhäuften, ist Steinberg der erste Professor in Bremen, der ein Prüfungsverfahren durch eine Befangenheitserklärung unterbricht, um den Weg für eine schärfere Unterdrückung zu bereiten. Jedem soll gezeigt werden, daß er seinen Studienabschluß aufs Spiel setzt, wenn er sich gegen die Schikane und Unterdrückung in den Prüfungen wehrt.

Das fing schon bei der Themensetzung für die schriftliche Hausarbeit an. Die Examensarbeit des Genossen Juretzek sollte die Herausbildung des Sozialchauvinismus in der SPD bis zur Bewilligung der Kriegskredite 1914 untersuchen. Steinberg weigerte sich, die Arbeit unter diesem Titel zu „betreuen“ und diktierte selbst das Thema, in dem der Begriff des Sozialchauvinismus garnicht mehr vorkam.

Steinberg ist „Spezialist“ für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, genauer für ihre sozialdemokratische Verdrehung. So versucht er in seiner Broschüre „Die Stellung der Zweiten Internationale zu Krieg und Frieden“ den Verrat der Führer der deutschen Sozialdemokratie durch die Kriegskreditbewilligung 1914 zu rechtfertigen, da sich damals wie heute „das Problem der Undurchschaubarkeit der wirklichen Vorgänge“ stellt. Genauer wird er da schon in seinem Buch „Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie“, in dem er die Ziele der Arbeiterklasse herunterbringt auf eine Regierungsbeteiligung an der Spitze des imperialistischen Staatsapparates. Er beklagt: „Während in Frankreich 1899 Millerand Mitglied der Regierung wurde, während dort 1906 Viviani als Arbeitsminister in das Kabinett Clemenceau eintrat und in Frühjahr 1914 selbst eine Regierung aus Sozialisten und Radikalen bildete, blieb der deutschen Partei (gemeint ist die SPD) der Zugang zur Regierungsverantwortung versperrt.

Folgerichtig bot der Krieg „der Sozialdemokratie die Chance, aus der politischen Isolierung auszubrechen“. (Steinberg)

Heute tragen die Sozialdemokraten Regierungsverantwortung und stehen der imperialistischen Bourgeoisie bei ihren Kriegsvorbereitungen hilfreich zur Seite. Steinberg hat dabei die Funktion, durch Lügen und Unterdrückung die Studenten für die imperialistischen Ziele zu gewinnen. Da in der Examensarbeit nicht der „Forschungsstand der letzten 10 Jahre“ untersucht wurde, müsse er eine schlechte Zensur geben. Mit diesem Argument hatte er schon mal die Zensur eines Studenten gedrückt. Unter dem Berg von Forschungsliteratur und schwulstigen Formulierungen über Wissenschaftlichkeit müssen die Professoren die Erfahrungen der Studenten und der Arbeiterbewegung begraben.

„Im übrigen hat mein Ruf, unvoreingenommen und nur auf die Sache bezogen zu prüfen, dazu geführt, daß sehr viele Studenten, die politisch im ganz anderen Lager stehen als ich, mich bisher als Prüfer gewählt haben“, schreibt Steinberg scheinheilig an diesen Genossen. Diesen seinen Ruf sieht er durch die Veröffentlichung seiner Prüfungspraxis in Gefahr und damit die Möglichkeit, die Studentenmassen vom Kampf gegen das Prüfungssystem abzuhalten.

Steinberg wurde von Studentenvertretern aufgefordert, das Gutachten für die Examenszensierung rauszurükken. Mehrere Bereichsgruppen und Lehrveranstaltungen fordern die Rücknahme der Vier, und an seiner Tür war die Aufforderung zur öffentlichen Auseinandersetzung zu lesen. Viele Studenten sollen zur ausstehenden mündlichen Prüfung kommen, um den Prüfern auf die Finger zu sehen. Von der Broschüre mit der Examensarbeit verkauften wir am ersten Tag über 150 Stück. – (KSB Bremen)

„Strammer Max“

Der heiße Wunsch des Kommandeurs des Panzerartilleriebataillons 315 geht in Erfüllung. Im Munster Lager im Manöver, punkt 4.37 Uhr, wird ihm der Stramme Max serviert. Wie wird's gewesen sein?

So ... oder so ... ... oder so ... oder vielleicht so?

Tagung der „Nuklearen Planungsgruppe“ der NATO

Sorgen hätten die westeuropäischen Verteidigungsminister, entnimmt man der spärlichen Presseberichterstattung über die geheime Tagung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO Anfang dieses Monats. Gegenstand dieser Sorge ist, daß die US-Imperialisten sie aufs Kreuz legen, indem sie die von den westeuropäischen Imperialisten gewünschte Ausrüstung ihrer Armeen mit Waffen der Art „Cruise Missile“ verhindern.

„Cruise Missile“ heißt übersetzt etwa „Marschflugkörper“. Die ballistischen Flugkörper, also die „normalen“ Raketen, werden durch ihren Antrieb nur bis zu einem bestimmten Punkt beschleunigt, von dem aus sie vergleichbar einer Kanonenkugel auf einer halbrunden Bahn bis zum Ziel fliegen. Die Marschflugkörper –von den Amerikanern aus der seligen V 2 des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg weiterentwickelt – haben ein Triebwerk ähnlich wie Flugzeuge, das bis zum Zielanflug antreibt. Diese unbemannten Flugzeugen ähnlichen Geschosse haben deshalb auch eine wesentlich geringere Flughöhe. Ihr bisheriger Nachteil gegenüber dem Bombenflugzeug bestand in der relativen Zielungenauigkeit auf weite Entfernungen. Dies haben die US-Imperialisten jetzt gelöst durch elektronische Verfahren, in denen das Ziel aufgrund der von ihn ausgehenden Magnetfelder mit hoher Präzision getroffen wird.

Der jetzt von den US-Imperialisten Der jetzt von den US-Imperialisten entwickelte Marschflugkörper „Tomahawk“ ist direkt für die praktische Nutzanwendung im Krieg um Europa konstruiert worden. Er ist so leicht, daß bis zu 100 von ihm aus einem Großflugzeug abgeschossen werden könnten. Daneben besteht die Möglichkeit des Abschusses von Schiffen und zu Land. Seine niedrige Flughöhe macht ihn unempfindlicher als ballistische Raketen gegen Frühwarn- und Abwehrsysteme. Vor allem aber ist die Bestückung äußerst variabel für den jeweiligen Zweck der Imperialisten. Sowohl strategische Atomwaffen wie auch taktische Atomwaffen kann der „Tomahawk“ tragen, auch „konventionelle“ Sprengköpfe.

Wegen dieser für den imperialistischen Krieg höchst nützlichen Eigenschaften ist diese Vernichtungsmaschine bei den westeuropäischen Imperialisten hoch begehrt, vor allem bei den westdeutschen. Denn: Die Kriegführung besteht zu einem wesentlichen Teil im Abschneiden des gegnerischen Nachschubs und der möglichst großen Zerstörung gegnerischer Truppen bei der *Aufstellung* im Hinterland. Nützlich ist für sie eine Rakete, die beispielsweise die Eisenbahnstrecke Sowjetunion-DDR in Polen genau trifft und zerstört, ohne gleich Warschau und das halbe Land mit zu verwüsten. Weil sonst das Kriegs*ziel*, das Land inklusive Arbeiterbevölkerung und Produktionsmitteln zum Zweck der Ausbeutung und Ausplünderung sich unter den Nagel zu reißen, gleich mit zerstört den Nagel zu reißen, gleich mit zerstört wird. Um dieses humanitären Zwecks willen sind die westdeutschen Imperialisten deshalb in erster Linie an der *taktischen* Anwendung der „Cruise Missile“ interessiert.

Aber: Carter will sie ihnen nicht einfach geben. Die US-Imperialisten wollen diesen Besitz zur „Festigung des NATO-Bündnisses“ nutzen. Sie begründen ihren Alleinbesitz und die Verfügung über diese Waffe, die die westeuropäischen Alliierten noch stärker an der Stange halten soll, mit der *Entspannung*. Carter erklärte, er brauche die Marschflugkörper als Verhandlungsgegenstand bei den SALT-Verhandlungen mit den Russen. Man müsse Tauschbares haben gegen den sowjetischen neuen Bomber. Natürlich ist das nicht die tatsächliche Absicht. Herauskommen wird, daß sowohl die SALT-Verhandlungen platzen als auch die USA allein die „Tomahawk“ besitzen.

Die westdeutschen Imperialisten sind wild darauf, ihre Armee schnellstmöglich für den imperialistischen Krieg auf dem modernsten Stand ausgerüstet zu haben. Sie erhoffen sich Beute bei dem erwarteten Krieg der Supermächte um die Weltherrschaft. Die Supermächte konstruieren eine „Superwaffe“ nach der anderen, um diesen Krieg jeweils für sich zu entscheiden. Man muß sich an die erinnern, deren V 2 schon einmal als „Superwaffe“ gegolten hat. Sie haben ein schlechtes Ende durch die Völker ge- schlechtes Ende durch die Völker ge- nommen. So wird es allen Imperialisten gehen. Die Arbeiterklasse hat aber keinen Grund, ihnen zu gestatten, vor ihrem Untergang noch ihren mörderischen Konkurrenzkampf mit dem Leben von Millionen Arbeitern auszutragen. Sie müssen vorher gestürzt werden. – (Z-Red.)

6000 Frankfurt (Main)

Eine gerechte Sache findet Unterstützung

Resolution der Protestveranstaltung gegen die Inhaftierung von Hellmuth Kaiser am 15.6.77 in München

Die auf der Protestversammlung gegen die Inhaftierung von Hellmuth Kaiser, Für uneingeschränktes Demonstrations- und Rederecht anwesenden 230 Teilnehmer unterstützen die Erklärung, die die Aktionseinheit nach der Haftprüfung von Hellmuth Kaiser zur Grundlage für den Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staat gemacht hat. Mit der Inhaftierung von Hellmuth Kaiser will die Staatsmacht den Kampf der Soldaten unterdrücken und die Armee für die Ziele der herrschenden Klasse ausrichten. Die Unterstützung der Bewegungen der Soldaten ist deshalb Kampf für die Freilassung von Hellmuth Kaiser, für uneingeschränktes Demonstrations- und Rederecht. Die Versammlung ruft alle demokratischen revolutionären Kräfte in der BRD und Westberlin auf, dafür einzutreten.

Am 1. Juli ist der nächste Einzugstermin für neue Rekruten. Dort treten wir dafür ein, die Bewegungen unter den Soldaten zu unterstützen, um den Kampf für die sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser und für uneingeschränktes Demonstrations- und Redererecht gegen die Staatsmacht voranzubringen!“

Erklärungen gegen die Einkerkerung Hellmuth Kaisers:

Sieben Soldaten der Hindenburg Kaserne Oldenburg, Soldaten der Scharnhorstkaserne Lüneburg, zwei Soldaten der Wildermuthkaserne Böblingen, acht Gefreite der Dillinger Luitpold- Kaserne in Schwaben/Fernmeldebatallion 230, vier Berufsschüler der Stahlformerklasse Ms Berufsschüler der Stahlformerklasse Ms 11a/ Berufsfachschule II in Nürnberg, 10 Arbeiterinnen und Arbeiter der Firma Teldix in Heidelberg Wieblingen, vier Arbeiter von Upat in Emmendingen, vier Arbeiter von Klöckner in Malterdingen, die Mannschaft der Benz-Arbeiter aus Mannheim, die sich am Soldaten- und Reservistentag beteiligt hatte, Bürgerinitiative gegen Kernenergieanlagen in Freiburg, sechs Mitglieder der Initiative Jugendhaus in Selbstverwaltung in Heilbronn, Komitee gegen Berufsverbote Gewerkschaftsausschlüsse und politische Entrechtung in München, die Teilnehmer der Gründungsveranstaltung für ein Komitee gegen den § 218 in Erlangen, sieben Mitglieder der Initiative gegen Kernkraftwerke in Nürnberg, das Nah-Ost Komitee Heidelberg, sieben Teilnehmer der Pfingstschulung des Mannheimer Komitees gegen den § 218, das Komitee gegen den § 218 in Stuttgart, das Anti-imperialistische Chile-Komitee in Konstanz.Komitee gegen den § 218 Freiburg, 30 Jugendliche aus dem Jugendzentrum Waiblingen, Palästina Komitee Freiburg, sieben Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz Umkirch, zehn Jugendliche vom Jugendtreff „Plätzle“ in Freiburg. Initiativgruppe Deutsch an der PH Freiburg, Fachschaftsinitiative Medizin an der Universität München, 25 Teilnehmer des Kurses „Militarismus in der BRD“ an der Universität Konstanz, die Mehrheit der Vollversammlung der Universität Konstanz, Fachbereichsgruppen der PH Weingarten, acht Vertreter von Fachschaften der Universität Erlangen, ASTA der PH Heidelberg, Fachschaftsvertreterkonferenz der PH Heidelberg; Semestergruppen der Vollversammlung Medizin Heidelberg (50 Anwesende/8 Enthaltungen), Übersetzungsübung deutsch/franz. Romanisches Seminar Heidelberg (17 Jastimmen, 11 Enthaltungen keine Gegenstimme), Volkswirtschaftliche Lehrveranstaltungen in Heidelberg: Finanztheorie, Aussenwirtschaftspolitik, Betriebl. Rechnungswesen, Fachbereichsgruppe VWL mit 25 Anwesenden, AStA der Fachhochschule für Wirtschaft in Pforzheim, 1 arbeitslose Hausfrau, Riegel, Kaiserstuhl, 500 Unterschriften Bezirk Bodensee, 9 Jugendliche Sandhausen, acht Bewohner der Werkswohungen der Textilfabrik Ramie in Emmendingen.

Der Wehrdienst zerstört die Bauernexistenz

Bremervörde. Einer unser Kraftfahrer muß nach dem Dienst noch in der elterlichen Landwirtschaft mitarbeiten. Kraftfahrer haben in dieser Einheit einmal die Woche Kraftfahrer vom Dienst (KvD), zusätzlich einmal im Monat am Wochenende KvD von Freitag nach Dienstschluß bis Montag zum Dienstbeginn. Die Kraftfahrer erhalten dafür einen Tag im Monat Dienstausgleich. Der Kamerad arbeitet jeden Tag vor und nach dem Dienst in der Landwirtschaft, er arbeitet also in der Woche so etwa jeden Tag 14 Stunden. Er ist Heimschläfer.

Der Kamerad hat keinen Vater mehr, zwei ältere Brüder, die eine eigene Familie haben und nicht mehr auf dem Hof leben. Seine Mutter ist 52 Jahre alt und kränkelt. So bleibt die gesamte Arbeit bei ihm liegen. An einem Wochenende hat er sich „mal ordentlich einen reingetan“. Streit gabs und am Montag kam der Kamerad mit zwei blauen Augen zum Dienst. Zur gleichen Zeit hatte er einen Antrag laufen für vier Wochen Ernteurlaub. Er mußte wegen seiner blauen Augen zum Spieß kommen. Dieser drohte ihm, daß, wenn das noch einmal vorkäme, er wieder kasernenpflichtig würde, damit er wieder zu spüren bekommt, was Zucht und Ordnung ist. Außerdem könne er auch deshalb seinen Sonderurlaub für die Ernte abschreiben. Der Kamerad setzte sich mit dem Vertrauensmann zusammen und schrieb daraufhin eine Beschwerde. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Buschhausen/Osterholz-Scharmbeck. Den Bauern von Buschhausen bei Bremen sind 20 ha Ackerland gekündigt worden, auf denen die US-Söldnerbehausungen errichtet werden sollen. Dieses Land gehört der evangelischen Kirche. Am 7. Juni hat die Interessengemeinschaft eine Versammlung mit 100 Teilnehmern durchgeführt, um den Kampf gegen die Vertreibung durch die US-Söldner und gegen die damit verbundene Vernichtung ihrer Existenz zu organisieren. Die Bauern beschlossen, zur nächsten Stadtratssitzung in Osterholz-Scharmbeck zu gehen und eine Veranstaltung für ihren gerechten Kampf durchzuführen.

Der Kamerad vertritt eine gerechte Sache, denn wenn er den Sonderurlaub nicht bekommt und wieder kasernenpflichtig wird, dann wird er die Landwirtschaft aufgeben müssen, somit hat seine Mutter und natürlich auch er keine Existenzgrundlage mehr. So unterstützt die Bundeswehr die Bestrebungen der Bourgeoisie, die Klein- und Mittelbauern zugrunde zu richten, sie in die Fangarme des Finanzkapitals zu treiben. Die armen Bauern werden in die Fabrik als Lohnarbeiter getrieben. -- (SRK Bremen)

Auszüge aus einem Interview mit einem VW-Arbeiter aus Wolfsburg. *Du hast den Aufruf des Soldaten- und Reservistenkomitees gelesen?*

Also, die Forderungen nach Lohnfortzahlung für Soldaten während der Wehrdienstzeit finde ich richtig. Ich bin der Meinung, man soll die Soldaten bezahlen wie einen Arbeiter auch. Man ist für die 15 Monate dem Staat unterstellt, also soll der auch den Lohn weiterzahlen. Als einfacher Wehrpflichtiger kommt man sowieso nicht mit dem Geld, was man bekommt, hin. Wenn nicht die Eltern zuschießen, kommt Du kaum mit dem Sold aus.

Was hälst Du von der Forderung nach Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten?

Da habe ich mir eigentlich keine Gedanken drüber gemacht. Aber mir scheint sie wohl richtig. Man muß schon die Möglichkeit haben, den Dienst zu kündigen, wenn man die Schnauze voll hat. Schließlich geht man ja oft mit Illusionen zum Bund oder zur Polizei oder eben aus finanziellen Gründen und verpflichtet sich.

Nachher gehen einem die Augen auf, und du kannst nicht mehr zurück. Dadurch, daß nicht gekündigt werden kann, werden Soldaten wie Polizisten gezwungen, auch gegen ihren Willen Befehle durchzuführen. Sie können nicht weg und sind Befehl und Gehorsam ausgeliefert.

Klar ist, daß das die Soldaten nicht alleine schaffen. Die Arbeiter müssen sich dafür einsetzen. Ich bin jedenfalls dafür.

Sofortige Freilassung von H. Kaiser!

„Die Soldaten- und Reservistentage in Hannover, Köln und München waren ein entscheidender Schritt im Kampf der Soldaten um Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Lohnfortzahlung. Wir, die folgenden Soldaten der 2./85, unterstützen die Forderung nach sofortiger Freilassung von H. Kaiser und nach Einstellung des Verfahrens.“

10 Soldaten der **Scharnhorst-Kaserne Lüneburg.** Einer von ihnen will seit zwei Jahren vom Bund weg und ist noch dazu anerkannter Kriegsdienstverweigerer. Aber sie lassen ihn nicht gehen.

„Durch die Kommunistische Volkszeitung 24/77 haben wir erfahren, daß der Reservist Hellmuth Kaiser im Anschluß an den Sodaten- und Reservistentag in München von der Polizei verhaftet worden ist. Da für uns die rechtlose Lage der Soldaten gefährlich ist und wir gegen Einschränkungen des Demonstrations- und Rederechts sind, unterstützen wir den Aufruf in der betreffenden Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung vollständig und fordern entschieden: Sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser! Für uneingeschränktes Demonstrations- und Rederecht!“

Einstimmig beschlossen von der Selbstverwaltung des Studentenwohnheims Amilcar-Cabral-Haus **Westberlin.**

Delmenhorst/Barbara Kaserne. 9 Soldaten fordern in einem Brief die sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser und uneingeschränktes Demonstrationsrecht.

„Der Kampf der Soldaten für Lohnfortzahlung und jederzeitige Kündigung ist gerecht. Die völlig rechtlose Lage ist für das Volk gefährlich, denn der Zweck der Armee ist nichts anderes als die Aufrechterhaltung der Ausbeuterherrschaft. Die Festnahme des Reservisten Kaiser am 28.5. in München beim Soldaten- und Reservistentag soll die Soldaten im Kampf für ihre Rechte einschüchtern. Das können wir nicht hinnehmen und fordern die sofortige Freilassung des Reservisten H. Kaiser und die Einstellung des Verfahrens.“

AStA Fachhochschule Hannover, Abt. **Nienburg** (Architektur und Bauingenieurwesen)

Osnabrück. Auf dem Afrikafest des Komitees Südliches Afrika hat ein Kampfmesser der Bundeswehr bei einer amerikanischen Versteigerung durch das SRK Osnabrück/Emsland 250 DM für das Landwirtschaftsprojekt der ZANU erbracht. Soldaten aus der Kaserne Fürstenau hatten dieses Kampfmesser, das in der Bundeswehr als Waffe für die Imperialisten benutzt werden soll, für das Afrikafest zur Verfügung gestellt. Die Soldaten selbst konnten nicht am Fest teilnehmen, weil wenige Stunden zuvor ein NATO-Alarm begonnen hatte. Die 100 Teilnehmer des Afrika-Festes verabschiedeten folgende Resolution bei einer Gegenstimme:

„Wir, die Teilnehmer des Afrika-Festes in Osnabrück, verurteilen aufs Schärfste die Inhaftierung von Helmut Kaiser und fordern seine sofortige Freilassung. Der Reservist Helmut Kaiser wurde als Fahrer des Lautsprecherwagens des Soldaten- und Reservistentages München am 28. Mai 77 in einer Nacht- und Nebelaktion festgenommen, nachdem die 1 500 Teilnehmer des Soldaten- und Reservistentages erfolgreich das Demonstrationsverbot durchbrochen hatten. Seitdem wird Helmut Kaiser in Haft gehalten. Wir verurteilen weiter die Verurteilung der Gefreiten Hildner und Storksberger zu sieben Tagen Disziplinararrest in der Kaserne Fürstenau, die in und außerhalb der Kaserne eingetreten sind für Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige, Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und das Recht auf jederzeitige Dienstverweigerung.“

„. . . Hellmuth Kaiser hat sich am 28.5. 1977 am Soldaten- und Reservistentag in München beteiligt. Am selben Tag fanden auch in Hannover und Köln Soldaten- und Reservistentage statt, die sich gegen die rechtlose Lage der Soldaten, gegen Kasernenunterdrückung und gegen die tägliche Unterdrückung durch Befehl und Gehorsam richteten. Wir selbst haben aus diesen Gründen die Soldaten- und Reservistentage begrüßt, und viele von uns haben sich daran beteiligt. . . . Sofortige Freilassung von Hellmuth Kaiser! Für uneingeschränktes Demonstrations- und Rederecht!“

Einstimmig verabschiedete Resolution der **Bürgerinitiative Kiel** „Kein AKW an der Eckernförder Bucht“, Stadtteilgruppe Hassee.

Die **Bremer Bürgerinitiative** gegen Atomenergie fordert ebenfalls die sofortige Freilassung von H. Kaiser und die Einstellung des Verfahrens.

Griechenland: Streik der Bergarbeiter in Mazedonien

Die Gruben „Madem Lako" und „Larko" des Kapitalisten Bodosakis werden seit 98 bzw. 145 Tagen von den insgesamt 2 800 Bergarbeitern bestreikt. Diese fordern: 30 % mehr Lohn, 40-Stunden-Woche, bessere Arbeitsbedingungen, Nachtschichtzulage von 28 %, Einbeziehung der Lehrlinge in den Tarifvertrag.

Bei „Madem Lako", 1 600 Arbeiter, ist der Nickelabbau für die Bewohner der meisten Dörfer der Umgebung die einzige Existenzgrundlage. Staublunge, woran 60 bis 90 % der Bergleute erkrankt sind, führt rasch zu frühem Tod.

Die Firma und der bürgerliche Staat weigern sich seit über 10 Jahren, medizinische Massenuntersuchungen durchzuführen. Um so heftiger und mit der Unterstützung der ganzen Bevölkerung wird daher der Streik geführt.

Der Staat stationiert Sondereinheiten der Polizei in den und um die Dörfer. Er erklärt diese zu Sperrzonen und verhängt den Belagerungszustand. Streikbrecher aus dem ganzen Land werden herangekarrt und von mit Maschinenpistolen bewaffneten Polizisten in die Gruben geschleust. Zum Aushungern der Familien der Bergleute sperren ihnen die Banken die Konten mit ihren Ersparnissen. Das Streikkomitee muß sich geheim und an stets wechselnden Orten treffen, um seine Sitzungen abzuhalten. Gegen 158 Bergleute und Familienangehörige wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. In der Nacht vom 6. zum 7. Juni riegelte die Polizei das Gebiet um die Dörfer ab und führte auf die Bergarbeiter und ihre Familien einen Überfall mit Tränengas und gepanzerten Fahrzeugen durch, um den Streik endgültig zu zerschlagen. 16 verhafteten Bergarbeitern wird seitdem vor Sondergerichten der Prozeß gemacht. Der Streik geht aber weiter. Materielle Unterstützung bekommen die Bergleute von den Arbeitern des ganzen Landes. Für Sonntag, den 19. Juni, wird in Thessaloniki eine Massenkundgebung vorbereitet.

England: Expansionskurs der Stahlkapitalisten und der Sozialpakt der Labour-Regierung

Die Arbeiter des Werkes Port Talbot der staatlichen British Steel Corporation (BSC) haben nach 10wöchigem Streik den Streik abgebrochen. Die Forderungen der Elektriker nach höherem Lohn und Angleichung an die Löhne anderer Facharbeiter konnten nicht durchgesetzt werden. 13 Millionen Pfund haben die BSC-Kapitalisten für Stahlimporte für den Zusammenbruch des Streiks aufgewandt. Gleich zu Beginn haben sie alle Arbeiter ausgesperrt und das Werk Port Talbot geschlossen. Auch haben ihnen die großen Lager, auf denen die Kapitalisten in der jetzigen Stahlkrise sitzen, das lange Durchhalten ermöglicht. Ihre Entschlossenheit zeigt, wie wichtig sie die Forderungen der Arbeiter gegen den Sozialpakt nahmen.

Seit der Verstaatlichung der britischen Stahlindustrie vor 10 Jahren heißt es: Rationalisierung, verschärfte Ausbeutung der Arbeiter, um auf dem Weltmarkt bestehen zu können: 200 Tonnen pro Jahr schuften die BSC-Arbeiter 1976, während die „besten" japanischen Ausbeuter in ihren Stahlwerken 750 Tonnen pro Jahr den Arbeitern abpressen. Solche Zahlen schweben den britischen Stahlkapitalisten vor.

Über 100 Betriebe haben sie allein in den ersten 5 Jahren nach der Verstaatlichung stillgelegt, die Belegschaft sank von 270 000 auf 210 000. Von 1967 bis heute haben die Kapitalisten 2,4 Milliarden Pfund vor allem in Modernisierungen investiert, davon fast die Hälfte in den letzten beiden Jahren. Bis 1982 soll sich die Produktion auf 5 günstige Standorte konzentrieren, alle anderen Werke sollen stillgelegt werden.

Einer der zahlreichen Streiks gegen den Sozialpakt: 230 Arbeiter streiken in Nordwest-London für die Anerkennung der Gewerkschaft durch den Kapitalisten.

Der Lohnraubpakt zwischen Regierung und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern ist wesentlicher Bestandteil des Expansionskurses des britischen Finanzkapitals. Seine zweite Phase läuft im Juli aus. Nach dem Willen der Regierung soll er verlängert werden, dabei stößt sie aber auf den immer entschlosseneren Widerstand der Arbeiterbewegung. Es gibt jetzt kaum noch eine größere Gewerkschaft, deren Führer nicht in jüngster Zeit unter dem Druck der Mitgliedschaft die Abschaffung des Sozialpakts und freie Lohnverhandlungen gefordert hat.

„Freie Bahn dem Stärkeren"

Ab 1. Juli 1977 Freihandelszone zwischen EG und EFTA

Ab 1. Juli 1977 sollen die noch verbleibenden Zölle in der Europäischen Gemeinschaft sowie die Zölle zwischen der EG und der EFTA fallen. (EFTA, Europäische Freihandelszone, dazu gehören nach dem Eintritt Großbritanniens, Dänemarks und Irlands in die EG noch Schweden, Norwegen, Schweiz, Österreich und Portugal.)

Eine großartige Freihandelszone würde damit in Europa geschaffen, jubeln die Imperialisten. „Die Repräsentanten der Gemeinschaftsorgane und die Politiker aus 16 europäischen Staaten werden von einem denkwürdigen Ereignis in der Geschichte unseres Kontinents reden." Das schreibt das „Handelsblatt" am 14.8.76. Die „Welt der Arbeit", Blatt der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, berichtet: „Mit dem assoziierten EFTA-Staat Lichtenstein entsteht damit ein riesiger Freihandelsmarkt für Industrieprodukte in 16 europäischen Staaten – mit 300 Millionen." (Welt der Arbeit vom 27.5.77)

Je ein Kapitalist schlägt viele andere tot

Anzahl der Pleiten in der EG

Frankreich – Italien – Niederlande – Dänemark – Großbrit. – Belgien – BRD – Irland; 1970 / 75; 5000 – 10000 – 15000

„Riesiger Freihandelsmarkt" – „denkwürdiges Ereignis"

Die Bourgeoispresse wittert neue Profite. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer unterstützen: „Anläßlich der EFTA-Gipfelkonferenz hat Vetter erklärt: ‚...durch den Abbau der Zölle wird der Export, auch in der Bundesrepublik, erleichtert. Und das bedeutet letztlich Sicherung der Arbeitsplätze'." (Welt der Arbeit vom 27.5.77)

Das war allerdings zu erwarten, daß die Sozialdemokraten dafür sind, daß die westdeutsche Arbeiterklasse mit der eigenen Bourgeoisie fröhlich den Kampf um Weltmarktanteile führt zum Zweck der Arbeitsplatzsicherung. Dabei ist es gerade so, daß durch die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse, durch Senkung des Lohns, Rationalisierung, Vergrößerung der industriellen Reservearmee, es der westdeutschen Kapitalistenklasse gelungen ist, ihre wirtschaftliche Position immer weiter auszubauen.

Sie hat erreicht, daß gegenüber den anderen EG-Ländern die Lohnstückkosten geringer gestiegen sind. So z.B. in den Jahren von 1974 bis 1976 jeweils in der BRD 9,1 %, 7 % und 1976 2 %. Dagegen in Frankreich 15,4 %, 15 % und 6,5 % 1976 und 20,1 %, 25 % und 13 % in Großbritannien. Ebenso ist es ihr gelungen, beispielsweise ihre Faktorstückkosten, das sind die Kosten für die Produktionsmittel je Produktionseinheit, nicht nur gering ansteigen zu lassen, sondern zu senken. Das hat ständige Handelsüberschüsse ermöglicht, daß also mehr exportiert wurde als importiert. Es hat dazu geführt, daß die BRD über Währungsreserven verfügt, die durchschnittlich fünf- bis sechsmal so groß sind, wie die der anderen EG-Staaten. Diese Entwicklung, die ihre Grundlage in der verschärften Ausbeutung der Arbeiterklasse hat, hat es den westdeutschen Imperialisten ermöglicht, 1967 für ca. 5 Milliarden DM Kapital zu exportieren. Durchschnittlich haben sie doppelt so viel Kapital exportiert, wie die anderen Imperialisten in der BRD investiert haben.

Da läßt sich gut freihandeln und für Abschaffung der Zölle eintreten gegenüber den imperialistischen Konkurrenten, soweit sie nicht den Grad an Auspressung der eigenen Arbeiterklasse erreicht haben und an Steigerung der Produktivkraft ihrer Arbeit, wie die westdeutschen Kapitalisten. Auch und gerade unter gleichen Zollbedingungen werden sie immer im Vorteil sein, weil sie durch weniger Einsatz an menschlicher Arbeit die gleiche Menge Waren produzieren können. Oder: weil sie im Kampf um Weltmarktanteile in der Lage sind, größere gesellschaftliche Werte aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse fremder Länder für die Bezahlung ihrer Exporte zu ergattern, als sie für die Bezahlung der eigenen Importwaren weggeben müssen. Freie Bahn dem Stärkeren – das ist ihre Devise. Darum Freihandel. Darum Beseitigung der Zölle zwischen EG und EFTA und innerhalb der EG.

Die Konkurrenz und die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in der EG nimmt zu

Einigermaßen im Widerspruch zu den angeblich für alle glänzenden Perspektiven im „riesigen Freihandelsmarkt" nach dem „denkwürdigen Ereignis" steht der Bericht der EG-Kommission über die jetzige Lage der EG und ihre zukünftige Entwicklung. „Die nach wie vor großen Unterschiede in der Wirtschaftsentwicklung der Mitgliedsstaaten nährten Ungleichgewichte, die geeignet sind, Einheit und Geschlossenheit des Binnenmarktes der Gemeinschaft in Frage zu stellen." (Zehnter Bericht, Seite 80)

„Und was den Freihandel betrifft in der EG, so stellt sich heraus, daß zunächst mal für die EG-Monopole in vorteilhafter Weise Zollbeschränkungen beseitigt werden und hernach die verschiedenen Länder versuchen, durch die Beantragung von einzelnen Schutzzöllen für bestimmte Waren sich vor der Konkurrenz zu schützen. So mußte z.B. die irische Regierung beantragen, 9 % Einfuhrzölle auf Schuhe aus Großbritannien, 18,5 % auf Schuhe aus Mitgliedsstaaten der EG und 25,5 % auf Schuhe aus Nichtmitgliedsstaaten zu erheben. Die italienischen Imperialisten beantragten, Auslandskonten zur Hälfte auf den Banken einzufrieren.

Tatsächlich also verschärft die Freihandelszone die Widersprüche der imperialistischen Konkurrenz. Sie stärkt die Vormachtstellung von Monopolgruppen mit hoher Konzentration des Kapitals und führt zum Ruin vieler einzelner Kapitalisten.

Während einerseits die Bourgeoispresse feststellt, daß die BRD-Imperialisten am meisten von der EG und der zukünftigen erweiterten Freihandelszone profitieren, wird sie andererseits nicht müde, vom „deutschen Opfergang" (die „Wirtschaftswoche") zu reden. Vom Zahlmeister Schmidt, der ständig wie der gute Onkel in ganz Europa ausborgen muß.

Eine Titelgeschichte überschreibt die „Wirtschaftswoche": „Europa ist pleite und wir müssen bezahlen." Tatsächlich häufen sich in Europa die Pleiten (siehe Schaubild), denn bekanntlich schlägt ein großer Kapitalist viele kleine tot. Und die Pleiten haben in den letzten Jahren bis auf Italien kräftig zugenommen. Am stärksten in der BRD. Untrügliches Zeichen dafür, daß mit dem Ausbau der EG die Konzentration und Zentralisation des Kapitals zugenommen hat und mit dem weiteren Ausbau der Freihandelszone weiter zunehmen wird. Aber unter dem Motto „Europa ist pleite, wir müssen zahlen" versucht die Bourgeoisie chauvinistische Hetze zu betreiben, versucht die Ausbeutung der Arbeiterklasse anderer Länder als mildtätige Wohltat darzustellen und die westdeutsche Arbeiterklasse dafür zu gewinnen. So wird beispielsweise aus den Krediten, die die westdeutsche Bourgeoisie an die italienische vergab, eine Last, die Westdeutschland zu tragen hat: „Der Bonner Staatskredit reichte allerdings nicht aus, um Italiens Wirtschaft zu sanieren ... sie erhielten dann weitere Kredite aus Brüssel. Und als auch das nicht reichte, legte die Europäische Gemeinschaft eine Anleihe über 1,3 Milliarden Dollar auf. Die Hauptlast dieser Anleihe trägt wiederum die Bundesrepublik." (Wirtschaftswoche vom 26.11.76) Die „Hauptlast" der Zinsen trägt die italienische Arbeiterklasse.

Die neue Freihandelszone – ein Instrument im Kampf um Weltmärkte und im Handelskrieg der Imperialisten

So freihändlerisch die Imperialisten gegenüber den kapitalistischen und imperialistischen Ländern auftreten, deren gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit weniger entwickelt ist, so wenig tun sie es gegenüber ihren überlegenen Konkurrenten. Um so weniger, je mehr sich die imperialistische Konkurrenz verschärft. Bereits jetzt hat die EG das größte Handelsvolumen. Durch die Freihandelszone mit den EFTA-Ländern wird sie ihren Handelsumfang erweitern. Bereits jetzt führen die EG-Imperialisten einen erbitterten Kampf um Weltmarktanteile mit dem US-Imperialismus und den japanischen Imperialisten.

„Japan und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft drohen in einen Handelskrieg miteinander zu geraten. So sehen es jedenfalls die Japaner, nachdem die EG kürzlich eine 20-prozentige Sondersteuer auf die japanischen Kugellager verfügt hat." (Frankfurter Rundschau) War bei den Kugellagern noch der Grund, daß damit ausgeglichen werden sollte, daß Japan die Kugellager billiger als auf dem japanischen Markt verkauft hat, so ist inzwischen klar, wo die Sache hingeht. „Sonderzoll-Warnschuß gegen Japan", schreibt die „Süddeutsche Zeitung". Und: „Die EG-Kommission hat den Japanern mit Importrestriktionen gedroht, falls Tokio nicht bis Ende dieses Monats Zusicherungen für konkrete Schritte zur Eindämmung seines schnell wachsenden Exports in die Gemeinschaft gibt." (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.11.76)

Die Freihandelszone, die jetzt zwischen EG- und EFTA-Staaten ab dem 1. Juli geschaffen werden soll, ist alles andere als sozialdemokratischer Fortschrittsrummel mit uneingeschränktem Handel und Wandel und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Sie ist eine Maßnahme zur Verbesserung der Bedingungen für die Konzentration des europäischen Monopolkapitals, für die Stärkung der Position der europäischen und insbesondere der westdeutschen Monopole für den Kampf um Weltmärkte. – (Z-Red.)

Nach den spanischen Wahlen verschärfte Angriffe gegen die Arbeiter

„Eine Reform geht ihrer Vollendung entgegen", so überschrieb „Die Welt" einen Artikel über die spanischen Parlamentswahlen vier Wochen vor dem Wahltag. Am letzten Mittwoch hat die Wahl stattgefunden. „Vollendet" ist damit nichts, das wissen auch die Bourgeois. „Noch bleibt die Entwicklung eines tragfähigen Parteiensystems eine Aufgabe der Zukunft", schreiben die „Kieler Nachrichten" am 15.6. Sie meinen damit ein eingespieltes System von wenigen bürgerlichen Parteien. 50 Listen von nahezu 200 Parteien hat es bei der Wahl gegeben. Dies zeigt die Schwäche der Bourgeoisie. Die „Kieler Nachrichten" hoffen: „Die Wahl wird schon allein dadurch, daß sie eine Vielzahl von Konjunkturgründungen eliminiert, den Weg zu einem solchen System mindestens ebnen können."

An einem „solchen System" arbeitet die Regierung Suarez schon seit Monaten. Mit dem Referendum vom 15. Dezember wollte sie sich ein Alibi für ihre Politik der Reformen ohne Änderung beschaffen. Umsonst. Die Kämpfe der spanischen Arbeiter für Lohnerhöhung, Wiedereinstellung aller Entlassenen und nach vollständiger Amnestie wurden mächtiger. Die Zahl der Parteien wuchs, und alle redeten von Sozialismus. Selbst die Bischöfe predigten von der Kanzel, keine Partei zu wählen, die eine „Wirtschaftspolitik des Profits" verfolge. Die spanische Arbeiterklasse ging daran, die Arbeiterkommissionen zu kampfstarken Einheitsgewerkschaften zu machen. Ihre Vorhut trieb den Aufbau der Partei der Arbeiterklasse voran. Rote Fahnen und die Fahne der Republik bestimmten das Bild vieler Wahlversammlungen.

Die Zentrumsunion, die Partei des Ministerpräsidenten Suarez, hat die meisten Sitze bekommen, gefolgt von den Sozialisten. Weit abgeschlagen sind die Revisionisten und die alten Faschisten. Mit „Demokratisierung" hat der Sieg von Suarez nichts zu tun, ganz im Gegenteil. Die führenden Mitglieder der Zentrumsunion waren sämtliche schon für Franco als Minister tätig. Nach wie vor ist die Stütze der Bourgeoisherrschaft der francistische Beamtenapparat. Am 1. April hatte die Regierung Suarez die Büros der faschistischen Einheitspartei aufgelöst und alle 10 999 Beamte der „Bewegung" in den Staatsdienst übernommen. Diese Beamten „waren der eigentliche Träger der Einheitspartei und sie werden zunächst ihre bisherige Arbeit weiterführen". (Neue Zürcher Zeitung, 27.4.) Für den Wahlkampf war vorgesorgt, in weniger als zwei Stunden konnte Madrid „im Notfall" besetzt werden. (Le Monde, 14.6.) Über die Einteilung der Wahlbezirke, bei denen Millionenstädte wie Madrid und Barcelona ländlichen Gebieten mit wenigen zigtausend Wählern mit derselben Zahl von 4 Senatoren gegenüberstehen, hat Suarez vorgesorgt, daß „Industriegebiete keinen Erdrutsch auslösen können" (Süddeutsche Zeitung, 11.6.). Eine geheime Wahl gab es faktisch nicht, und wer den Wahlgang nachweisen konnte, bekam 4 Stunden arbeitsfrei. Den Jugendlichen zwischen 18 und 21 Jahren – 2 Millionen Spanier – wurde das Wahlrecht verweigert. Massiv griffen die ausländischen Imperialisten ein. Anfang Mai war Suarez nach Washington geflogen, um nach einem Kredit zu betteln. Er mußte den US-Banken ungehindertes Niederlassungsrecht gewähren. Von Westdeutschland aus griff die CDU ihren Gesinnungskumpanen finanziell unter die Arme, und die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) erhält „als Mitglied der Sozialistischen Internationale über die Friedrich-Ebert-Stiftung eine kräftige Hilfe".

Der „Demokratisierungsprozeß", von dem die westdeutsche Presse voll ist, war schon immer die Politik des Polizeiknüppels. Doch die Regierung Suarez wird jetzt erst richtig mit ihrer Unterdrückungstätigkeit beginnen. Michael Vermehren, Korrespondent des ZDF, kündigte an: „Diese ganze wirtschaftliche Problematik, die man bisher mit Rücksicht auf die Wahlen beiseite geschoben hat, muß nun angepackt werden." Das Betrugsmanöver ist über die Bühne, jetzt geht's ans Werk: „Die Arbeiter müssen fraglos Opfer auf sich nehmen." Vermehren weiß, daß Suarez dazu die Sozialisten und Revisionisten braucht, „denn nur sie haben über ihre Gewerkschaften einen Einfluß auf die Arbeiter". Bisher schon haben die Reformisten und Revisionisten alle Interessen der Arbeiterklasse verkauft und sie werden es weiter tun, wenn sie sich damit nur einen Teil der Herrschaft über die Arbeiter und Bauern erwerben können.

Die Wahlen in Spanien waren organisiert von den Imperialisten der USA und Westeuropas im Verein mit der spanischen Oligarchie. Sie waren vorbereitet als eine Falle für die Völker Spaniens. Doch der Bourgeoisie schwant bereits, daß ihr Plan nicht aufgeht. Zwei Tage vor der Wahl bereits fürchtet die „Süddeutsche Zeitung", daß das Ergebnis „der ersten Krise bei der Demokratisierung, die wahrscheinlich nicht ausbleiben wird", nicht standhält. – (Bezirk Holstein / Z-Red.)

Commonwealthkonferenz:

Der britische Imperialismus auf dem Rückzug

„England läßt sich die Erinnerung an Macht und Reichtum vergangener Zeiten viel kosten", schreibt die „Neue Zürcher Zeitung". Der britische Imperialismus investiert in die Supershow der Commonwealth-Konferenz in der Hoffnung, seine schwindende Macht festigen und die Ausbeutung der britischen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker wieder verschärfen zu können. So kommentiert das ZDF:

„Ein von schweren Sorgen bedrängtes Volk entdeckt sich plötzlich wieder neu und feiert. (...) Für einen Augenblick sind die Klassengegensätze überbrückt. Für einen Augenblick im gemeinsamen Erlebnis der Identifizierung mit Monarchie und Königin sind Interessengegensätze aufgehoben und wird der politische Konflikt beiseitegestellt." (8. Juni, 19 Uhr) Durch die chauvinistische Verhetzung der englischen Volksmassen und die Spaltung der Länder der Dritten Welt hofft der britische Imperialismus erneut in der Aufteilung der Welt ein lauteres Wort mitreden zu können. Die Commonwealth-Konferenz belehrt ihn jedoch, daß die Zeiten der Weltherrschaft ein für allemal vorbei sind.

Vor einem halben Jahrhundert herrschte der britische Imperialismus über ein Viertel der Welt mit einem Viertel der Weltbevölkerung; heute ist sein Kolonialreich wie das der übrigen Kolonialmächte auf eine Handvoll von Inseln und Stützpunkten zusammengeschrumpft, wo sie gleichfalls vertrieben werden. 1926 setzte er das „Commonwealth" („Gemeinsamer Reichtum") in die Welt, um die Länder, denen er die formelle Unabhängigkeit einräumen mußte, weiterhin wirtschaftlich über Zölle und Handelspräferenzen und die Königin als gemeinsames Staatsoberhaupt ausbeuten zu können. Aber die ehemaligen Kolonien erzwangen 1961 den Ausschluß Südafrikas. 1964 mußte der britische Imperialismus den Vorsitz an ein Commonwealth-Sekretariat abtreten,

können. Aber die ehemaligen Kolonien erzwangen 1961 den Ausschluß Südafrikas. 1964 mußte der britische Imperialismus den Vorsitz an ein Commonwealth-Sekretariat abtreten,

dessen Besetzung alle Mitglieder bestimmen. Zur Zeit hat der Vertreter Guayanas den Vorsitz. London „verlor ... die Rolle des natürlichen Zentrums, das in bilateralem Paternalismus ... den Ton angegeben hatte", so verkleistert die „Frankfurter Rundschau" die schlichte Tatsache der Stärkung der Entwicklungsländer gegenüber den imperialistischen Blutsaugern. 1971 wurde das rhodesische Kolonialregime ausgeschlossen und Großbritannien aufgefordert, für die Beseitigung der südafrikanischen Siedlerregimes zu sorgen.

Auch die jetzige Commonwealth-Konferenz stand unter den Forderungen der Entwicklungsländer. Zwar gelang es dem britischen Imperialismus noch, durch die Verurteilung des Präsidenten Ugandas durch einen Teil der Konferenz einen Schlag gegen die Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt zu führen, aber groß ist der Sieg nicht. Die „Neue Zürcher Zeitung", Organ der europäischen Finanzbourgeoisie, schrieb am 12./13. Juni: „... für seine afrikanischen Kollegen bleibt er (Amin) die Verkörperung der unantastbaren Souveränität Ugandas, und jede Diskriminierung empfinden sie in der Endphase des Übergangs vom kolonialen Zustand zum neuen Nationalismus als Anschlag auf ihre eigene Unabhängigkeit."

Während der ganzen Konferenz mußte der britische Imperialismus sich wegen seiner Unterstützung für die südafrikanischen Kolonialregimes verteidigen und wegen seiner Sabotage gegen die Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung. Der sambische Präsident Kaunda griff die britische Regierung an und erklärte, daß nur durch die vollständige Vernichtung des Siedlerregimes mit bewaffneter Gewalt das Volk von Zimbabwe seine Rechte wird erringen können und „es unsere Pflicht ist, ihm dabei zu helfen". Die britische Regierung mußte ein Lippenbekenntnis für den bewaffneten Befreiungskampf im südlichen Afrika aussprechen, kam auch damit nicht davon. Michael Manley, der Premier Jamaicas, „gab sich mit der zögernden britischen Billigung des Guerillakampfes schwarzer Rhodesier nicht zufrieden", berichtet die „Neue Zürcher Zeitung", „und sprach von dem moralischen Recht eines offenen Krieges, das anerkannt werden müßte. (...) Es (Großbritannien) sollte unter anderem Mozambique Militärhilfe leisten." (12./13. Juni) Der Premierminister von Päpua-Neuguinea, Michael Somare, bekräftigte die Forderung der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. – (Z-Red.)

Was von den Kolonialreichen der alten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich übriggeblieben ist

Schamloser Raub an Guineas Reichtümern

„Im Handel mit Guinea macht Moskau Kasse. Langfristige Bauxitverträge benachteiligen Conakry" (Hauptstadt der Republik Guinea, Red.), meldet das „Handelsblatt" am 7.6. mit neidischer Scheinheiligkeit. Die Imperialisten kämpfen verbissen um das Bauxitmonopol. 1975 importierte die BRD 4,25 Millionen Tonnen Bauxit (eine mineralische Verbindung des Aluminiums) zu einem Schleuderpreis von 51,56 DM pro Tonne. Obwohl sie nur einen geringen Teil wieder ausführte, erzielte sie, bei einem Preis von 352,72 DM pro Tonne, einen Außenhandelsüberschuß von 130,134 Millionen DM (vgl. Arbeitshefte zu Kommunismus und Klassenkampf, Nr. 2).

Die Bauxitreserven Guineas werden inzwischen auf 4 Milliarden Tonnen geschätzt, das sind mehr als zwei Drittel der bekannten Weltvorräte. 1969 schloß die Sowjetunion einen Vertrag, in dem sie Guinea einen Kredit über 90 Millionen Dollar zur Förderung der Bauxitgewinnung bei Kindia gab. Um den Kredit zurückzuzahlen, wurde Guinea gezwungen, 30 Jahre lang jährlich 2 Millionen Tonnen Bauxit, fast die gesamte Produktion des Bergwerkes bei Kindia, an die Sozialimperialisten zu liefern – in Weltmarktpreisen von 1969!

Die Versuche Guineas, den ungerechten Vertrag rückgängig zu machen, haben sie abgebügelt. So weigerten sie sich zum Beispiel, die von Guinea erhobene Exportsteuer zu zahlen. Ihr „Gegenangebot": „Weitere Hilfe für die Entwicklung der guineischen Bauxitindustrie". Anfang des Jahres haben sie Guinea ein Abkommen abgepreßt, das ihnen Beteiligung an der Bauxitförderung in den Bergwerken von Pita, Labe, Gaoul und Kindia sichert. Gegen die räuberischen und erpresserischen Methoden der Sozialimperialisten verstärkt Guinea seine Anstrengungen, eine unabhängige nationale Bauxitproduktion aufzubauen. In enger Zusammenarbeit mit Ägypten, Libyen, Kuweit und Saudi-Arabien sollen neue Bauxitvorkommen erschlossen und eine Schmelzanlage gebaut werden, die von der Kapazität her zu den größten der Welt zählen soll. – (Z-Red.)

Zuckerkonferenz gescheitert: „Überschußproduktion eliminieren"

Zuckerkonferenz gescheitert: „Überschußproduktion eliminieren"

Die Imperialisten, untereinander zerstritten wie die Wölfe, aber einig gegen die Länder der Dritten Welt, haben Ende Mai die UN-Zuckerkonferenz scheitern lassen. Die zuckerproduzierenden Länder der Dritten Welt erheben die Forderung nach einem neuen Zuckerabkommen, das ihnen feste Exportquoten und stabile Weltmarktpreise garantiert. Jahrzehntelang wurde ihnen der Zucker zu Schleuderpreisen abgenommen – noch zu Ende der sechziger Jahre lag der Weltmarktpreis für Zucker bei 1,88 Cents pro Pound (453 Gramm). Anfang der siebziger Jahre haben sie die weltweit wachsende Nachfrage nutzen können, um halbwegs angemessene Preise zu erzielen, bis zu 67 Cents. Der Zuckeranbau wurde überall mächtig ausgeweitet. Das haben die Imperialisten nutzen können, um die Preise inzwischen wieder bis unter 10 Cents drücken zu können, was selbst die Organe der Imperialisten als „äußerst niedrig" und „nicht einmal für die am rationellsten arbeitenden Erzeuger rentabel" bezeichnen. (Neue Zürcher Zeitung, 8./9. Mai)

Die USA, die einen erheblichen Anteil ihres Zuckerbedarfs importieren müssen, versuchten es mit Spaltung. Sie gaben sich „konstruktiv", heuchelten „Verständnis" für die Forderungen und boten, gegen die Forderung nach einem Rohstoffonds, Verhandlungen mit den einzelnen Staaten an. Als sie damit nicht durchkamen, haben sie das Scheitern der Konferenz betrieben, in der Hoffnung: „Kommen wieder alle Exportländer mit ihren Überschüssen unlimitiert an den Markt, so wird sich selbst das gegenwärtig noch äußerst niedrige Preisniveau ... kaum noch aufrechterhalten lassen." (Neue Zürcher Zeitung)

Dagegen schlagen die EG-Imperialisten die Bildung von Reservelagern in der Größe von 4,5 Millionen Tonnen vor, mit Mindestpreisen von 8 Cents, um die „Überschußproduzenten zu eliminieren"! Sie wollen die Länder der Dritten Welt niederkonkurrieren und wettern deshalb gegen die Forderung nach festen Exportquoten: „Aufrechterhaltung bestehender Privilegien".

Das ist stark, das Ergebnis des Kolonialismus als „Privileg" und die Ruinierung der Länder der Dritten Welt als „Beseitigung von Privilegien" zu bezeichnen. Die Insel Mauritius z.B., einer der Sprecher der Länder der Dritten Welt, wurde über Jahrhunderte hinweg gewaltsam erst durch holländische, dann französische und schließlich britische Kolonialisten in eine einzige Zuckerplantage Europas verwandelt. Heute noch werden trotz aller Anstrengungen, die landwirtschaftliche Produktion zu erweitern, 94 Prozent des bebauten Bodens mit Zuckerrohr bepflanzt. Jedes weitere Sinken der Zuckerpreise würde einen Großteil der 28 000 kleinen Bauern ruinieren, einen Großteil der 60 000 in der Zuckerwirtschaft Arbeitenden außer Arbeit setzen und dem Aufbau eines unabhängigen Mauritius schwere Schläge versetzen. Deshalb hält Mauritius wie die anderen Länder der Dritten Welt an seinen gerechten Forderungen fest. (Z-Red.)

„Unser täglich Brot ..."

Die katholische Kirche Polens ruft die Arbeiter zur Mäßigung auf

Als im Juli/September letzten Jahres die polnische Reaktion gegen die Führer der Juni-Kämpfe gegen die Preiserhöhungen Gefängnisstrafen aussprechen ließ, Kündigungen vorgenommen wurden, Bespitzelung und Willkür ihre volle Blüte erreicht hatten nach der noch einmal gelungenen Niederschlagung der Arbeiter, da schrieb das polnische Episkopat der katholischen Kirche einen Brief an die Führung der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei". Die Parteiführung wurde ersucht, die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Arbeiter einzustellen. Über einen *zweiten Teil* des Briefes berichtete damals die „Welt" so:

„Im Schreiben der Bischöfe ist allerdings auch eine unüberhörbare Mahnung an die polnische Arbeiterschaft des Sinnes enthalten, daß sie sich ihrer vaterländischen Pflichten in der besonderen Situation bewußt bleiben solle.

Im Klartext heißt das, die Kirche hielte es für unangebracht, wenn die Werktätigen wegen der angespannten Lage auf dem Ernährungssektor und wegen der unumgänglichen Preiserhöhungen für Lebensmittel erster Ordnung ihre Muskeln nach dem Muster spielen ließen, daß ihr starker Arm alle Räder zum Stillstand bringen könne." (Welt, 15.9.76)

Der Kardinal Wyszynski, oberster Pfaffe der katholischen Kirche Polens, hatte Grund zu solcher Aufforderung zur Ruhebewahrung. Die Ernte des Jahres 1976, die damals bevorstand, ist noch schlechter als im Jahr 1975 gewesen. Das Resultat lag unter 19,6 Millionen Tonnen Getreide, um 4 Millionen Tonnen unter der geplanten Summe. Die Verhältnisse in der Viehwirtschaft und damit in der Fleischproduktion haben sich deshalb weiter verschlechtert. Gegenüber 1974 gab es 3 Millionen Schweine weniger.

Diese Ernte wird sich in der Versorgung erst noch voll auswirken. Die polnische neue Bourgeoisie und die polnische Kirche haben allerdings eine untrügliche Witterung für das, was auf sie zukommt bei Preiserhöhungen, die neue Lohnsenkung bedeuten. Die polnische Arbeiterklasse ist klassenbewußt und kampferfahren.

Die Ursachen der Mißernten liegen nicht in irgendwelchen klimatischen Bedingungen. Tatsächlich hat die revisionistische Clique die Landwirtschaft völlig zugrundegerichtet. 85 % der polnischen Landwirtschaft sind in Privatbewirtschaftung. Der überwiegende Teil der Bauern hat Höfe unter 5 Hektar. Alle Maßnahmen zur Einleitung der Kollektivierung der Landwirtschaft, die durch die polnische Arbeiterklasse nach der Befreiung vom Faschismus durchgeführt wurden, wurden durch die Revisionisten rückgängig gemacht. Ihre Art der Vergesellschaftung ist die kapitalistische: „Große Einzelgehöfte werden gefördert", umschreibt die „Zeit" dezent das Bauernlegen durch die Revisionisten. Die Staatsgüter sollen ebenfalls vergrößert werden.

Die katholische Kirche hat in der kleinen Warenproduktion, also unter den Bauern und Kleingewerbetreibenden (80 % aller Dienstleistungsbetriebe sind ebenfalls privat) ihre Basis. Aus der zahlenmäßig starken Existenz der alten Mittelklassen zieht sie ihre Stärke. Ideologisch ist sie der Vertreter der *alten* Bourgeoisie. Jahrzehntelang galt sie den US-Imperialisten und den westdeutschen Imperialisten als hoffnungsvoller Kern konterrevolutionärer Entwicklungen in Osteuropa, die dann entsprechend durch Intervention „gestützt" hätten werden müssen. Die Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie macht die Bedeutung der Kirche nicht kleiner. Einerseits steht sie im Widerspruch zur neuen Bourgeoisie. Aber der Widerspruch geht eigentlich nur darum, *wer* die Ausbeutung betreiben soll. Die alten Privatkapitalisten oder die neue Clique in Staat und Partei, die sich die Verfügungsgewalt über die in Staatsbesitz befindlichen Produktionsmittel angeeignet hat, im Verein mit den sowjetischen Sozialimperialisten. Andererseits:

„Die Kirche, eine in Polen nicht zu unterschätzende politische Kraft, wirkt beruhigend auf die Bevölkerung ein: Genügsamkeit, Mäßigung und Enthaltsamkeit seien christliche Tugenden", heißt es in der „Neuen Zürcher Zeitung" (22.11.76). Gierek dankt es den Pfaffen und sucht mit ihnen den Ausgleich, um die Ausbeutung und Unterdrückung ideologisch weiter abzusichern. Am 9. September, zwei Monate nach den Kämpfen, sagte Gierek, es gebe „heute in Polen keinen Konflikt zwischen dem Staat und seinen Gläubigen, aber auch keinen Konflikt zwischen der Regierungsmacht und fast der gesamten katholischen Geistlichkeit". Die Absprache zwischen Kirche und Staat soll den ideologischen Einfluß der *alten* Bourgeoisie nutzen, um die Revolution in Polen zu verhindern.

Polnische Arbeiter bei einer Streikversammlung während der großen Klassenkämpfe 1970 auf der Warshi-Werft.

Beträchtliche Anstrengungen macht die Kirche, ihr religiöses Gift zu verbreiten, um die Massen vom Klassenkampf abzuhalten und möglichst als Manövriermasse gegen die neue Bourgeoisie zu benutzen:

Der Ostexperte der westdeutschen Bourgeoisie Klaus Mehnert schreibt:

„Es gibt katholische Zeitungen und Zeitschriften, 1 700 katechetische Lehrstätten und 51 katholische Jugendgruppen, an geistlichem Nachwuchs fehlt es nicht, und der Episkopat, mit Kardinal Wyszynski an der Spitze, ist eine Macht, mit der jeder Politiker zu rechnen hat." (Osteuropa 4/77, S. 276)

Einen Teil ihres Einflusses zieht die Kirche aus der Tatsache, daß sie in Klassenkämpfen sich vordergründig in Erklärungen auf die Seite der Volksmassen stellt. Der Fortschritt der Klassenkämpfe sorgt allerdings dafür, daß der Spielraum für diese Manöver geringer wird. Besorgt stellt Mehnert fest:

„Auch manche nichtkommunistischen Gesprächspartner glaubten bei der Jugend Anzeichen eines nachlassenden Interesses an Kirche und Religion zu erkennen."

Die neue Bourgeoisie ist auf Religion und Kirche angewiesen. Wie jede Bourgeoisie ist sie bestrebt, ihren Sturz und die Machtergreifung durch die Arbeiterklasse als unmöglich hinzustellen. Die Religion leistet ihr dabei Dienste. Dafür nimmt die neue Bourgeoisie einen zeitweise geschlossenen Ausgleich mit der alten Bourgeoisie hin. Die Widersprüche zwischen alter und neuer Bourgeoisie sind nach wie vor scharf. Keineswegs haben die polnischen Kapitalisten, die enteignet worden sind, die polnischen Großgrundbesitzer die Hoffnung aufgegeben, ihre alten Besitztümer durch Sturz der neuen Bourgeoisie zurückzuerhalten. Sofern sie nicht schon wieder Privatbesitz an Produktionsmitteln haben. Aber die Widersprüche zwischen alter und neuer Bourgeoisie hindern sie nicht, sich gegen die Arbeiterklasse und die Bauern zu arrangieren. Das polnische Volk, vor allem die Arbeiterklasse, spielt eine hervorragende Rolle im Kampf gegen die Hegemonie des Sozialimperialismus und die Herrschaft einer neuen Bourgeoisie in Ländern Osteuropas. Die Revolution kann Wyszynski nicht verhindern, nicht einmal wesentlich aufhalten. – (Z-Red.)

Das Rote Meer, ein arabisch-afrikanisches Gewässer!

Die US-Imperialisten haben eine neue Nahost-Reise ihres Außenministers Vance angekündigt, zur „Vorbereitung der israelisch-arabischen Friedenskonferenz Ende des Jahres" (International Herald Tribune, 17.6.77). Tatsächlich will er mit der neuen Mannschaft unter Begin die weitere Aggression gegen die arabischen Staaten schmieden. Bei seinem Antrittsbesuch erklärte der neue US-Botschafter Louis, „unsere beiden Regierungen werden gemeinsam die Probleme schon lösen, egal wie schwierig sie sind". Vor den Wahlen hat Carter, um als „Friedensbringer" zu erscheinen, angekündigt, die Militärausgaben um 5 bis 6 Milliarden US-Dollar zu vermindern, inzwischen wurden sie um 25 % hochgesetzt. Die Erhöhung auch der Militärhilfe für Israel bereitet die Verhandlungen mit den arabischen Staaten vor. Ariel Sahron, „dem Begin eine tragende Rolle zugedacht hat ..., verkörpert die militärische Richtung des Likud. (...) Er entwirft die Feldzüge nach Kairo, Damaskus und Riad. Zehn Jahre will er in einem nächsten Krieg gewinnen und die Palästinenserfrage gleich jenseits des Jordan regeln. (...) Vor Präventivschlägen schreckt Sharon nicht zurück. Saudi-Arabien erhielt den Rang eines Frontstaates, die Erdölfelder sieht Sharon schon brennen", schreibt die „Neue Zürcher Zeitung" am 4.6.77. Die imperialistischen Kettenhunde haben eine zusätzliche Aufgabe erhalten, sie sollen verhindern, daß die arabischen Staaten das Rote Meer zu einer Friedenszone machen. Begin hat erklärt, daß neben den 1967 besetzten Gebieten auf dem Golan und den Westbanks auch große Teile des Sinai annektiert und dort ein Kriegshafen zur Kontrolle des Roten Meeres gebaut werden soll.

Mit der Wiedereröffnung des Suez-Kanals nach 8 Jahren Schließung am 5. Juni 1975 ist die Bedeutung des Roten Meeres als Verbindung des Mittelmeeres mit dem Indischen Ozean gewachsen. Vor der Schließung 1967 passierten über 21 000 (1966) Schiffe den Kanal, auch wenn inzwischen Supertanker den Erdöltransport durchführen, für die der Kanal erst vertieft werden muß, ist er von höchster Bedeutung für den Stückgutverkehr mit Containerschiffen und die imperialistischen Kriegsflotten. Der Verlust der direkten Kontrolle im Roten Meer ist für den US-Imperialismus ein schwerer Schlag im Ringen mit der sozialimperialistischen Supermacht um die Beherrschung Afrikas, Arabiens, Asiens und letztlich auch Europas.

① SOWJETUNION 1 Golf von Sues
② PALÄSTINA (ISRAEL) 2 Golf von Akaba
③ FRANZÖSISCH-SOMALILAND 3 Bab Al Mandab

Zur Beherrschung des Roten Meeres stützten sich die US-Imperialisten vor allem auf Äthiopien. Obwohl es nie offiziell kolonisiert war, war es eine Neokolonie des US-Imperialismus. Bis 1970 gaben sie 156,8 Millionen Dollar zur Stützung der korrupten Feudalaristokratie aus, über Zinsen und den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, vor allem mit Kaffee und Häuten, plünderten sie das Land aus. Sie hatten die äthiopische Armee aufgebaut, über die sie ihre neokoloniale Herrschaft sichern wollten. Über 3 000 Offiziere wurden in den USA ausgebildet. Ein „gegenseitiges Verteidigungs- und Hilfsabkommen", das 1953 geschlossen wurde, sicherte ihnen das Recht zur Errichtung von Militärstützpunkten, die wichtigste, die Kagnew-Station in Asmara (Eritrea), beschäftigte über 2 000 amerikanisches Personal der Marine, Luftwaffe und Bodenstreitkräfte und war eine der wichtigsten militärischen Einrichtungen des US-Imperialismus zur Beherrschung der Welt. Darüberhinaus ist Äthiopien von großer strategischer Bedeutung in der Beherrschung des mittleren Ostens und südlichen Afrikas.

Die Sozialimperialisten haben sich Stützpunkt und Bunkerrechte in Aden, am Ausgang des Roten Meeres, in Hodeida, Berbera, auf den Adamanen-Inseln, Socotra-Inseln gesichert für ihre Kriegsflotte aus mehr als 25 Kriegsschiffen.

Als Carter im Frühjahr das äthiopische Militärregime als Zielscheibe seiner Menschrechts-Kampagne aussuchte und die Militärhilfe für Äthiopien, die bis dahin über 50 % der US-Militärhilfe für ganz Afrika betrug, strich, war das in Wirklichkeit die hilflose Reaktion auf den Rauswurf des US-Imperialismus aus Äthiopien. Die Ausplünderung durch den US-Imperialismus und die von ihm an der Macht gehaltenen Feudalregimes hatte zu jahrelangen Hungerkatastrophen geführt. Die Bauern, die wissen, daß die Trockenheit und Mißernten nicht vom Wetter kommen, sondern von der langen Ausplünderung über Steuern und Fronarbeit, haben sich gegen die Blutsauger erhoben, die Gewehre ergriffen und sind dabei, die Herrschaft von Feudalismus und Imperialismus über das Land zu zerschlagen.

Die US-Imperialisten bauen nun den Stützpunkt Diego-Garcia verstärkt aus, mit Kais für ein Dutzend Kriegsschiffe und U-Boote, Depots für Atomsprengköpfe und Polaris- und Poseidon-Raketen. Über 20 Kriegsschiffe kreuzen im Indischen Ozean. Der französische Imperialismus konnte sich in Djibuti und auf den Komoren vor der Küste Mozambiques Stützpunktrechte erhalten. Aber beides ist bedroht durch den Widerstand der Volksmassen, die den Abzug fordern. Die Regierung der Volksrepublik Mozambique hat erklärt, der französische Stützpunkt vor seiner Küste ist eine unverschämte Bedrohung der Souveränität des Landes.

Um wieder Fuß zu fassen auf dem Kontinent, schüren die US-Imperialisten die Widersprüche zwischen den Staaten in diesem Raum, Äthiopien, dem Sudan und Somalia, und hoffen, daß sie sie über die Frage des Befreiungskampfes der Völker von Eritrea und Djibouti spalten und aufeinanderhetzen können. Darin sieht auch der Sozialimperialismus seine Chance. Wie vor ihm der US-Imperialismus versucht er durch Lieferung entwickelter Waffen, verbunden damit die Ausbildung äthiopischen Militärs, Einfluß in der Armee zu gewinnen und nun seinerseits über das Land eine neokoloniale Herrschaft zu errichten. Damit wird er aber wenig Freude haben, dafür sorgen die ausgiebigen Erfahrungen des äthiopischen Volkes mit dem US-Imperialismus. Im revolutionären Kampf wächst das Selbstvertrauen der unterdrückten Massen von Tag zu Tag, genauso wie der Zusammenschluß der Staaten am Roten Meer gegen die Umtriebe der Supermächte.

Am 22. März haben sich die Staatsoberhäupter der vier Länder am Roten Meer, der Jemenitischen Arabischen Republik, der Demokratischen Volkesrepublik Jemen, des Sudan und Somalia getroffen, um durch die Stärkung der Einheit und Zusammenarbeit „das Rote Meer zu einer Zone des Friedens und der Eintracht zu machen". Von großer historischer Bedeutung war gleichfalls das erste Gipfeltreffen der afro-arabischen Länder in Kairo. 40 afrikanische und 20 arabische Staaten bekräftigten ihren Willen zur Zusammenarbeit, um die Abhängigkeit vom Imperialismus zu beseitigen. Sie verbindet ein gemeinsames Schicksal. Lange Zeit haben sie unter Kolonialismus und Imperialismus gelitten und sind heute der Rivalität der beiden Supermächte ausgesetzt. In diesem Kampf haben sie einander stets unterstützt. 20 afrikanische Staaten brachen zur Zeit des Oktoberkrieges ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel ab, aus Solidarität mit den kämpfenden Völkern des südlichen Afrika brachen alle arabischen Länder ihre diplomatischen Beziehungen zu Südafrika und Rhodesien ab und verhängten ein Ölembargo über diese Siedlerkolonien. Jetzt fordern sie gemeinsam die Einhaltung dieses Embargos auch durch die Imperialisten. Je mehr die Imperialisten Unruhe schüren, je schneller entlarven sie sich vor den Völkern und treiben ihren Zusammenschluß voran.

1972 hat Ägypten die sozialimperialistischen Agenten, die „Militär-Experten" aus dem Land gejagt, vor wenigen Wochen wies der Sudan 90 sowjetische Militärberater wegen subversiver Umtriebe im Land aus und forderte die sowjetische Botschaft in Khartoum auf, ihr Personal auf die Hälfte zu reduzieren. – (Z-Red.)

„Energiesparmaßnahmen" – Zwangsmaßnahmen zur Ausplünderung und Kriegsvorbereitung

Zur Energiedebatte im Bundestag

Am Donnerstag letzter Woche verhandelte der Bundestag die Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage der CDU zur Energiepolitik. In gähnender Langeweile legten die Abgeordneten ihr „Bekenntnis zur Kernenergie" ab und machten klar, daß sie alles tun werden, den Energiekonzernen eine genügende Rendite zu sichern, den Monopolen für ihre Konkurrenz auf dem Weltmarkt genügend billige Energie zur Verfügung zu stellen. Völlig einig sind sich CDU/CSU, SPD und FDP über die sogenannten „Energiesparmaßnahmen".

Unter dem Deckmantel des Mangels an Energie und der Notwendigkeit des Sparens hat die Bundesregierung ein umfassendes Programm zur Ausplünderung und Kontrolle der Massen ausgearbeitet. Die Verordnungen zum Energieeinsparungsgesetz wurden am 3. Juni vom Bundesrat genehmigt und treten somit ab 1. November in Kraft. Mit diesen Gesetzen schafft die Bourgeoisie sich die Möglichkeit, die Stromtarifschraube beliebig anzudrehen und die Möglichkeit, die Wärme in den Arbeiterwohnungen selbst zu bestimmen. Kernstück sind die Stromtariferhöhungen:

„Für den Leiter der Abteilung III Energiepolitik im Bundesministerium für Wirtschaft, Ministerialdirektor Dr. Ulrich Engelmann, stellt nämlich die Steuerung über den Preis den wichtigsten Faktor dar. Die bewußte Steuerung über den Energiepreis – und auch über Steuern und Abgaben – habe den Vorteil der Flexibilität und der relativen Präzision, meinte Engelmann. Er verkenne allerdings nicht, daß daneben andere Instrumentarien, wie administrative Gebote und Verbote sowie finanzielle Anreize, geschaffen werden müßten." Bei letzterem wäscht sich dann eine Hand die andere. Den Hausbesitzern werden Investitionsvergünstigungen für den Heizungsumbau und Isolierungen gewährt, während das Parlament und die Regierung „das Problem der Weitergabe der Investitionskosten regeln", indem sie jegliche Schranken gegen Mietpreiserhöhungen einreißen. „Welt"-Redakteur Baumann am 9. Juni: „Aber dort, wo die Verschwendung wie im Rausch betrieben wird, bleibt der Pullover im Schrank und die Heizung wird weit aufgedreht im deutschen Haushalt ... Wirklich ‚etwas zu holen' ist in den bundesdeutschen Haushaltungen. In den letzten zehn Jahren ist die Durchschnittstemperatur in den deutschen Haushaltungen von 21 Grad auf 24 Grad gestiegen. Gelänge es, diese Entwicklung zurückzuschrauben, so könnten allein damit im Jahr 18 Millionen Tonnen Steinkohle gespart werden ... Doch der Gedanke an ein staatliches Temperaturlimit schließt sich schon aus praktischen Erwägungen selbst aus, denn wer wollte die Einhaltung solcher Rechtsverordnungen überwachen?" Aber aussprechen kann man den Gedanken ja mal, vielleicht fällt jemand anderem eine Lösung ein, da könnten die Schornsteinfeger polizeiliche Befugnisse erhalten und ein polizeiliches Blockwartsystem aufgebaut werden ...

Alle diese Maßnahmen der dickeren Wände, Doppelfenster, Isolierungen usw. können nur durch den Aufbau eines umfassenden Spitzel- und Polizeiapparates durchgesetzt werden. Durch den Ausbau der Fernwärme und den Zwang zum Anschluß an das Fernwärmenetz wollen sich die Kapitalisten zugleich die Möglichkeit verschaffen, die Arbeiterhaushalte zu erpressen. Gleichzeitig schaffen sie sich die technischen Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Notstandsgesetze, der Energierationierung im Kriegsfall. An allen Haushaltsgeräten und beim Verbrauch von Energie in den Wohnungen sollen Zähler angebracht werden.

Matthöfer hat sich unlängst für die Einführung eines „progressiven Stromtarifs für Haushalte" ausgesprochen. Er hat bei Finanzminister Apel gut über die Schulter geschaut. Wie bei der Steuerprogression, wo jede Lohnerhöhung den bürgerlichen Staat reicher und die Arbeiter ärmer macht, soll jeder höhere Verbrauch von Strom ans Geld gehn. der Arbeitszeit für die ganze Arbeiterfamilie die Haushaltsarbeit zunehmend mit technischen Geräten erledigt werden muß. Je mehr die Kapitalisten in der Fabrik die Ausbeutung steigern und den Lohn senken und so den Zwang zur Mehrarbeit und Mitarbeit der Frau erhöhen, um so mehr sind die Arbeiter auf Waschmaschine, Kühlschrank usw. angewiesen, woran sich der Staat wieder durch den progressiven Stromtarif bereichert. Die „Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien" muß dabei natürlich gewährleistet sein, für sie gibt es Sondertarife. Was die Massen draufzahlen, wird den Kapitalisten zugesteckt, mit „Energieeinsparung" hat das alles nichts zu tun.

Die bürgerlichen Politiker haben es eilig, „der Kanzler ist gegen eine Energiedenkpause". Wirtschaftsminister Friderichs hatte auf der Mannheimer Reaktortagung erklärt: „Gerade auch dieser zeitliche Horizont hat die Bundesregierung veranlaßt, die rationelle und sparsame Energieverwendung verstärkt zu einem Schwerpunkt ihrer Energiepolitik zu machen und bereits jetzt für die Fortschreibung ein Energiesparprogramm anzukündigen." Die Kapitalisten treiben zur Eile. Das Energie„spar"programm ist nichts als ein gewaltiges Ausplünderungsprogramm zur Finanzierung der imperialistischen Energiepolitik, die den Kapitalisten Profite und billigen Strom für ihre Expansionsbestrebungen und die Ersetzung lebendiger Arbeit durch Maschinerie liefern soll. – (Z-Red)

„Verstärkung energiesparender Elemente in den Stromtarifen"

Ausschnitte aus der Erklärung der Bundesregierung zur Energiepolitik

Strompreiserhöhung für die Massen

„Die Energiepreise sollten die langfristigen Knappheitsverhältnisse wiedergeben und dadurch zum sparsamen und rationellen Umgang mit Energie anhalten. Die gesamtwirtschaftliche Situation und die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien müssen aber berücksichtigt werden."

„Die Bundesregierung überprüft die bestehenden Stromtarife mit dem Ziel, ohne Vernachlässigung der notwendigen Kostenorientierung energiesparende Elemente zu stärken. Die Bundesregierung sieht hier die Möglichkeiten zur Energieeinsparung durch veränderte Tarifgestaltung."

Höhere Kraftfahrzeugsteuer und Kriegsausrüstung

„Änderung der DIN für den Verbrauch und serienmäßiger Einbau von Benzinverbrauchsanzeigern."

„Bei einer künftigen grundlegenden Reform der Kraftsfahrzeugsteuer wäre z.B. eine Senkung der Kfz-Steuer für Diesel-Pkw bei ihrer gleichzeitigen Anhebung für Benzin-Pkw der höheren Hubraumklassen zu prüfen."

„Der Bildung von Fahrgemeinschaften stehen weder gesetzliche noch versicherungsrechtliche Gründe entgegen."

Mietpreiserhöhungen und zwangsweise Fernwärme

„Geprüft wird gegenwärtig, inwieweit das geltende Mietrecht die Ausführung energiesparender Investitionen in Gebäuden behindert, indem es den Mieter nicht zu deren Duldung verpflichtet und das Problem der Weitergabe der Investitionskosten im Mietpreis noch nicht befriedigend löst."

„Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Haushaltsgeräten."

„Die Gemeindeordnungen nahezu sämtlicher Länder kennen den Anschluß- und Benutzungszwang für Fernwärme. Die Gemeinden machen von dem Anschluß- und Benutzungszwang nur relativ selten Gebrauch. Eine wirtschaftliche Fernwärmeversorgung setzt aber voraus, daß Grundstücke nicht nur gebietsweise, sondern auch einzeln angeschlossen werden können."

5 Milliarden Gebühren

„Nach Schätzungen der Wirtschaft beträgt der gesamte Investitionsaufwand zirka 5 Mrd. DM (für die Entsorgungsanlage). Die Kosten für die nach dem Atomgesetz vom Bund zu erstellenden und zu betreibenden Anlagen für das Endlager werden durch Erhebung von Gebühren gedeckt. Die Kosten der Entsorgung werden voll in die Stromerzeugungskosten eingehen."

Das Energieforschungsprogramm der Bundesregierung für „rationelle Energieverwendung im Anwendungs- und Sekundärbereich" wird im Jahr 1977 allein 106 Millionen DM kosten.

Fast 6 000 Menschen in Zwentendorf gegen Atomkraftwerke in Österreich

„Viele können viel erreichen, das Atomprogramm muß weichen!", „Wir wollen kein Atomkraftwerk, dem muß sich Kreisky beugen!" und „Nieder mit dem Parlamentsbetrug!" waren die dominierenden Losungen des Aufmarsches gegen die bevorstehende Inbetriebnahme des ersten österreichischen Atomkraftwerkes in Zwentendorf, der bisher mächtigsten Aktion gegen das Atomprogramm der österreichischen Bundesregierung.

An die 6 000 Menschen aus allen Teilen Österreichs waren dem Aufruf der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) gefolgt, am 12. Juni in Zwentendorf selbst, direkt am Standort des betriebsfertigen Atomkraftwerks, ihren Willen und ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, das Zwentendorfer Atomkraftwerk nicht in Betrieb gehen zu lassen und diese Frage selbst zu entscheiden. Gleichzeitig wandte sich die Demonstration gegen die Pläne der Regierung, an anderen Orten zwei weitere Atomkraftwerke zu bauen, gegen den Bau und die Inbetriebnahme von Atomkraftwerken an Österreichs Grenzen, wie etwa in Rüthi/Schweiz, und gegen die geplante Lagerung des Zwentendorfer Atommülls im Waldviertel, in Tirol oder sonstwo in Österreich.

Die IÖAG-Demonstration, die neben dem Kommunistischen Bund Österreichs von etlichen anderen politischen Kräften unterstützt wurde, lief in größter Einheit und Geschlossenheit ab und zeichnete sich durch straffe Disziplin der Teilnehmer aus. Sie fand unter den Einwohnern des Tullnerfeldes breite Unterstützung und war zweifellos ein wichtiger Schritt, um den Atomkraftwerksgegnern des betroffenen Gebietes den Rücken zu stärken. In einer Schlußkundgebung, die den Betrugsmanövern der SP-Regierung, die Entscheidung über die Inbetriebnahme dem Parlament vorzubehalten, eine Abfuhr erteilte, wurde eine von der IÖAG eingebrachte Resolution beschlossen, in der neben den Erwägungsgründen für den erfolgten Aufmarsch die nächsten Ziele der Bewegung umrissen werden. In ihr heißt es: „Unterstützen wir die Bevölkerung des Waldviertels, die sich entschieden gegen das geplante Atommüllager wehrt. Sorgen wir, daß die Brennelemente für den Probebetrieb nicht heimlich nach Zwentendorf gebracht werden können. Bestehen wir darauf, daß die verantwortlichen Politiker noch vor der Parlamentsdebatte der Bevölkerung Rede und Antwort stehen müssen. AKW Zwentendorf – Nein!"

Die nächsten Aufgaben der Bewegung wird eine Konferenz der IÖAG am 2. Juli festlegen. – (G.F., Redaktion Klassenkampf, Zentralorgan des KBÖ)

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm

KB Nord und „Bewegung undogmatischer Frühling“ Göttingen präsentieren: „Menschenrechte als Grundlage jeder staatlichen Gemeinschaft“

Vor knapp zwei Monaten wurde vom Göttinger AStA der Artikel „Buback – ein Nachruf“ veröffentlicht. Die Bourgeoisklasse hat sofort erkannt, daß dieser Aufruf der KB-Nord-Studenten und der spontaneistischen Studenten der „Bewegung Undogmatischer Frühling“ (BUF) im Göttinger AStA zur Abkehr von revolutionärer Gewalt und zu Pazifismus *mehr* hergibt. Um die Opportunisten zu veranlassen, ihre bürgerlichen Anschauungen offen zu vertreten, somit die Spaltung der Studentenbewegung voranzutreiben und die Verfaßten Studentenschaften zu schwächen, wählte die herrschende Klasse die Methode, auf den Opportunisten im Göttinger AStA rumzutreten.

Die herrschende Klasse hat sich nicht verrechnet. Getretene Hunde beißen nicht. Sie kuschen und folgen. Die Opportunisten im AStA wählten gegenüber den Fußtritten, die ihnen die herrschende Klasse zunächst durch ihre Presse und ihre Politiker, schließlich direkt durch die Polizei verpassen ließ, die Methode, sich fortwährend immer lauter jammernd zu beklagen über diese ihren versöhnenden Absichten entgegengesetzte Behandlungsweise durch die herrschende Klasse. Gleichzeitig suchten sie den Kampf der Studenten gegen diese Angriffe der herrschenden Klasse zu spalten und aufzuhalten durch die Propaganda von „gewaltlosem Widerstand“.

Darüber haben wir bereits mehrfach berichtet. In der vergangenen Woche hat sich nun eine Klärung der politischen Fronten vollzogen, die grelles Licht auf die Rolle der Opportunisten in der Studentenbewegung wirft:

Die Opportunisten fühlen sich von der Bourgeoisie erhört

Am 10. Juni findet der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der bekanntlich im Chor der Bourgeoispresse Gewicht hat, die Lage für reif. Er tritt dafür ein, den Opportunisten im Göttinger AStA ein Ohr hinzuhalten, um zu prüfen, ob die Fußtritte gewirkt und das Ausdrucksvermögen der Opportunisten an Deutlichkeit und Entschiedenheit zugenommen hat. Der KB Nord in seiner Zeitschrift „Arbeiterkampf“ vermerkt diesen Wink aus der herrschenden Klasse mit spürbarer Erleichterung:

„Immer deutlicher wird an dem Vorgehen, daß das Ziel der Aktion das Politische Mandat selber ist. So meinte die ‚FAZ‘ (10.6.) in einem Kommentar völlig nüchtern und unmißverständlich: Die Radikalen hätten in Göttingen ‚nichts anderes gesagt als die Radikalen an anderen Universitäten: daß sie nämlich den Mord für politisch töricht halten. Der Göttinger AStA praktiziert auch nichts anderes als die Mehrheit der Studentenausschüsse an den anderen Hochschulen: er nimmt widerrechtlich ein allgemein-politisches Mandat wahr.‘ Das sagt dieselbe bürgerliche Presse, die wochenlang todernst eine Anti-Terroristen-Kampagne gegen den Göttinger AStA inszeniert hat ...“ (Arbeiterkampf vom 13. Juni 1977)

Wie sich der getretene Hund dem vorgesetzten Futter mißtrauisch nähert, prüfen darauf die Opportunisten des Göttinger AStA, ob die herrschende Klasse tatsächlich bereit ist, die weiße Flagge zu registrieren, mit der sie über Wochen hinweg scheinba. vergeblich gewunken hatten. Der KB Nord kommt zu der Feststellung:

„Ganz auf dieser Linie hat die zweite gerichtliche Instanz entschieden, es sei überflüssig, vom AStA eine Distanzierung vom Buback-Nachruf zu verlangen, ‚da das Gericht diese Distanzierung in AStA-Erklärungen schon als gegeben ansah‘. („FAZ“, 11.6.)“ (Arbeiterkampf)

Ganz sicher, daß es der herrschenden Klasse keineswegs *„todernst“* ist, sind sich die Opportunisten nach einem weiteren Schreiben der Staatsanwälte:

„Dann kommen sie zum eigentlichen Kernpunkt, den Vorwürfen gegenüber dem AStA. Dieser wird überhaupt nicht mehr wegen des inkriminierten Artikels angegriffen, sondern wegen ‚unzulässiger und objektiv strafbarer Verwendung finanzieller Mittel zur Förderung allgemeinpolitischer Zwecke‘ – sprich Wahrnehmung des politischen Mandats!“ (Arbeiterkampf)

Ein liberales Programm wird präsentiert

Die Opportunisten im Göttinger AStA haben die Aufforderung der herrschenden Klasse verstanden. Auf dem Fuße folgend zeigen sie erneut Flagge. Der von ihnen zusammen mit einer Minderheit der Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften und „Aktionsbündnissen“ über die Landesgrenzen hinaus veranstalteten Demonstration, an der etwa 4000 Studenten teilnehmen, treten sie mit dem folgenden Programm gegenüber:

DER ASTA BEKENNT FARBE

ERKLÄRUNG UNSERES POLITISCHEN PROGRAMMS

Jeder Mensch hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Die Würde des Menschen ist unantastbar,sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Löst sie diese Verpflichtung nicht ein, haben alle das Recht zum Widerstand.

Der Asta arbeitet ständig dafür, daß die Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt unverletzlich und unveräußerlich sind. Die Verpflichtung zum Gedanken der Völkerverständigung auf der Basis der Freiheit erfüllt der Asta, indem er auch zu allgemeinpolitischen Fragen aktiv Stellung nimmt.

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich, auch für demonstrierende Studierende und einkaufende Passanten.

Weder darf jemand gezwungen werden zu trauernnoch daran gehindert werden. Niemand darf wegen seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Eine Zensur findet nicht statt. Der Asta fordert darum auf, jeden zu bekämpfen, der seine Überzeugung mit Gewalt durchsetzen will oder die Verbreitung politischer Haltungen mit Gewalt verhindert.

Alle haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Wer durch Demonstratione oder Anwendung von Gewalt die Versammlungen freier Bürger einschüchtert oder auflöst, ist ein Terrorist.

Jeder hat das Recht, im Sinne seines Interesses einen Verein zu gründen, ohne bespitzelt und verfolgt zu werden. Brief- Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.

Keiner hat das Recht, eines anderen Tagebücher oder persönliche Notizen zu lesen. Unsere Wohnungen und privaten Bereiche sind unverletzlich. Wer meint, andere nackt ausziehen zu müssen, um die öffentliche Ordnung zu schützen, pervertiert und unterwandert die Moral der Freiheit.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Wer das Recht auf Arbeit zur Ausbeutung nutzt, und bewohnbare Häuser abreißt, um mit neuen häßlichen zu spekulieren, muß enteignet werden. Alles menschenfeindliche Eigentum muß der Selbstverwaltung und autonomen Kontrolle der Produzenten und Benutzer übergeben werden.

Der Asta wird jeden an den Pranger stellen, der die Freiheit der Meinungsäußerung einschränkt, wenn er die Verfügungsgewalt über Presse, Funk und Fernsehen ausbeutet und wissentlich lügt oder behauptet, Atomkraftgegner wären Terroristen.

Das Leben darf nur durch natürlichen Tod beendet werden. Die Todesstrafe ist abgeschafft.
Auf daß der Tod uns lebendig findet und das leben uns nicht tot.

Wenn Gesetze aufhören, dem Wohle der Menschen zu dienen, ist es mit ihrer verpflichtenden Kraft zu ende. Die Demokratie in Deutschland steht und fällt in einer künftigen Krise mit der vollen Aktionsfähigkeit des Parlaments und der Publizistik sowie der außerparlamentarischen Opposition in Intelligenz und Arbeiterschaft. Keine staatliche Gewalt, keine Verwaltung, kein Rektor, kein Terrorist, keine Stimmungskanone der Medien wird uns von diesem Programm abbringen können.

BUF

Dieses Bekenntnis der Opportunisten in Göttingen zu den freidemokratischen Grundsätzen, wie sie im Grundgesetz stehen, und zur offenen Gegnerschaft gegen den revolutionären Kampf für den Sturz der imperialistischen Herrschaft und das offene Eingeständnis des Eintretens für freidemokratische Grundsätze setzt eine Marke im Kampf um die Richtung und Führung der Studentenbewegung.

„Ausstrahlungskraft“ – auf wen?

Lodewig vom KB Nord erklärte als Vertreter des AStA auf der Kundgebung:

„Wenn man den Stein, den die Bourgeoisie mit dem Vorwurf des Terrorismus und der Kriminalisierung aufgenommen hat, nicht zurückwirft, dann wird man vielleicht noch zwei Semester Aktionen gegen das Niedersächsische Hochschulgesetz und gegen das Hochschulrahmengesetz machen können, aber dann wird nichts mehr sein, weil die Bewegung keine Ausstrahlungskraft für die Masse der Studenten hat.“

Wie alle waschechten Opportunisten getrieben von der Furcht, daß es die Bourgeoisie womöglich doch *„todernst“* meinen möchte und ihn dies sogar einige Bequemlichkeit kosten könnte, beruft sich Lodewig bei seinem Sprung auf den Zug der „freiheitlichen Demokratie“ unter Führung von Schmidt, Scheel und Genscher auf „die Masse der Studenten“.

Wir erinnern: Es waren ungefähr 7 000, die in Göttingen im Wintersemester gegen das niedersächsische Hochschulgesetz demonstriert haben. von 3 000 gegen 1 000 Stimmen wurde auf der Vollversammlung Streik beschlossen gegen die Angriffe auf den AStA in diesem Semester. Die Opportunisten im AStA hatten nichts anderes zu tun als nach wenigen Tagen diesen Streik zu beenden.

Auf diese Tatsachen spielt Lodewig an. Er will seinen grenzenlosen Opportunismus jetzt „der Masse der Studenten“ in die Schuhe schieben. Das „Bekenntnis“ des AStA soll offensichtlich die nötige „Ausstrahlungskraft“ besitzen für „die Masse der Studenten“. Warum aber dann im Wintersemester in Göttingen allein beinah doppelt so viel in Aktion wie jetzt, wo die Opportunisten selbst über die Landesgrenzen hinaus „Solidarität mit dem Göttinger AStA“ zum Gebot der Stunde erklärt haben?

Die Opportunisten mögen vor diesen Tatsachen die Augen verschließen – dadurch ändern sie sich nicht: Offenkundig ist bereits die Verkündung des liberalen Programms in der Studentenbewegung zu einer Blamage seiner Begründer und Bloßstellung ihres Opportunismus geworden. Heuchelnd wollten sich die Opportunisten auf dieser Kundgebung verdrücken unter Absingen von „Wehrt Euch! Leistet Widerstand!“. Das ist spätestens seit Brokdorf jedermann bekannt als das Kapitulationslied der Opportunisten. Es wurde unterdrückt durch den Gesang des Solidaritätsliedes.

Ein Programm, das Unterwerfung unter die Politik der Bourgeoisie propagiert, kann keine „Ausstrahlungskraft“ auf „die Masse der Studenten“ haben und wird sie niemals gewinnen. Täglich gegen ihren Willen und gegen erhobene Forderungen unterdrückt und als einzelne zur Unterwerfung unter die Professoren und Hochschulbeamten gezwungen, können sich die Studentenmassen nur zusammenschließen im Kampf gegen die Unterdrückung und Reaktion und für die Durchsetzung ihrer Forderungen und Rechte gegenüber der Reaktion. Entscheidend dafür ist die Erkämpfung des Koalitionsrechtes, d.h. des Rechts auf Streik und die vertragliche Vereinbarung über ein hinreichendes Ausbildungsentgelt sowie über die Ausbildungsbedingungen. Die Opportunisten bekämpfen diesen Zusammenschluß und hissen mit ihrem liberalen Programm die Fahne „ewiger Menschenrechte“. Das ist die Unterwerfung unter die Konkurrenz.

Plattform für die liberale Professorengarde gegenüber der Studenten- und Arbeiterbewegung

Angezogen wie das Kadaver die Schmeißfliege hat die Absicht der Verkündung dieses Programms dagegen die Wortführer jenes liberalen Professorengesindels, das seit über 10 Jahren damit beschäftigt ist, den kämpfenden Studenten ihre gegensätzlichen Interessen zur Staatsmacht der Bourgeoisie auszureden und sie vom Kampf abzuhalten, um sie unter liberale Fahnen zu bringen.

Der Professor Erich Fried, eigens aus London angereist, runzelte die Stirn angesichts „klammheimlicher Freude“. Mit dem scharfen Auge, mit dem er sich für seine Professorenlaufbahn zu befähigen wußte, würdigte er den „zweiten Teil“ des Buback-Nachrufs: Das sei „die beste inhaltliche Argumentation gegen politischen Mord“. Es sei

„keine taktische, sondern eine prinzipielle Absage an den bewaffneten Kampf dargestellt. Auch die Frage des moralischen Verhaltens der Linken ist gut dargestellt.“

Und Brückner, Professor in Hannover, in der Podiumsdiskussion anschließend mit Fried und anderen begeistert:

„Ihr, die Studenten, seid die Hoffnung.“

Man kann gut verstehen, daß diese Professoren darüber in helle Begeisterung ausbrechen müssen. Die Bourgeoisklasse hält sich diese Leute seit Jahren warm wegen ihrer Fähigkeiten, Spaltungsmöglichkeiten in der Studentenbewegung auszumachen und zu fördern, um die Studentenbewegung in bürgerliches Fahrwasser zu bringen und ihren Zusammenschluß mit der Arbeiterbewegung gegen die Bourgeoisherrschaft zu verhindern. Jetzt wähnen sie ihre Stunde für gekommen. Das Ziel ist weit gesteckt, die politische Prostitution der Opportunisten aus dem Göttinger AStA samt ihrer Professoren-Hintermänner weit gediehen. Mit der staatsmännischen Voraussicht und Verantwortung von Bourgeoispolitikern stellen sie zum Ende ihres „Bekenntnisses“ fest:

„Die Demokratie in Deutschland steht und fällt in einer künftigen Krise mit der vollen Aktionsfähigkeit des Parlaments und der Publizistik sowie der außerparlamentarischen Opposition in Intelligenz und Arbeiterschaft.“

In der „künftigen Krise“ – gemeint ist offenbar die revolutionäre Gefährdung der Bourgeoisherrschaft – müssen alle Register des Betrugs und der Unterdrückung gezogen werden, heißt dieses Programm in seinem Klartext.

Das Parlament muß „aktionsfähig“ sein: der „innere Notstand“ muß ausgerufen werden. Aber was nutzt die Ausrufung des Notstandes, wenn keine Soldaten da sind, die der Bourgeoisherrschaft in der Stunde der Not beistehen? Es muß also eine ideologische und politische Lage geschaffen werden, die die Gegenrevolution überhaupt handlungsfähig macht. Dafür ist die Spaltung der Arbeiterbewegung und des Volkes die grundlegende Bedingung. Das ist die Aufgabe der APO. Sie soll den Verschleiß, dem das Parlament als Betrugsinstrument zur Verschleierung der Imperialistenherrschaft heute schon ausgesetzt ist, auffangen und dadurch die revolutionäre Arbeiterbewegung hindern, die ganze Klasse zusammenzuschließen und die Volksmassen zu gewinnen für den Aufstand. Die „aktionsfähige Publizistik“ sorgt für das nötige ideologische Beiwerk.

In dieser gegenrevolutionären Vision findet die „Erklärung unseres politischen Programms“ der Opportunisten ihr notwendiges Ziel und ihren schließlichen Zweck für die Bourgeoisherrschaft. Man sieht, das Rezept ist nicht neu, nur weiter gefaßt. Die Rollen sind auch schon verteilt, jenen angereisten Professoren z.B. auf den Leib geschneidert und für manche Karriere eines jungen Bourgeoisnachwuchspolitikers vom Schlage des KB-Nord-Lodewig und Co. findet sich Platz und Aussicht.

Daß die Opportunisten unter der trügerischen Marke „Arbeiterkampf“ jetzt mit einem liberalen Programm offen hausieren gehen, ist Ausdruck der Schärfe der Gegensätze zwischen den Studentenmassen und dem imperialistischen Staatsapparat. Das können diese Leute nicht vertragen. Deswegen hängen sie sich an die Rockschöße von Genschers jungen Liberalen.

Der Weg, der mit dieser „Erklärung unseres Programms“ beschritten ist, mag sich damit bewußte Bourgeoisweitsicht wie bei Lodewig und Co. im AStA, ehrliche Hoffnung auf Reform oder Selbstironie verbinden, führt gesetzmäßig und notwendig zu dem Versuch, die verkündeten Absichten in die Tat umzusetzen. Die Vergangenheit, der dieses Programm der Unterwerfung unter die Bourgeoisie seine Entstehung verdankt, ist bereits finster und dunkel. Bedarf es da noch weiterer Worte über die Zukunft dieses Programms?

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm

Daß dieses Programm der frei-demokratischen Menschenrechte in Göttingen plaziert wird, während in Belgrad die westdeutschen Imperialisten unter der gleichen Fahne zusammen mit Carter auftreten, um die Kräfteverhältnisse im Kampf um die Vorherrschaft in Europa zu messen und ihre Kriegsvorbereitungen zu vertuschen, ist kein Zufall. Es ist das Ergebnis der Tätigkeit von Bourgeoispolitikern, die dafür gesorgt haben, daß ihr jung-liberaler Nachwuchs seine Aufgaben richtig sieht. Bereits 1971 beschlossen die Jungdemokraten in dem nach wie vor in den Grundsätzen stehenden „Manifest für eine liberale Politik“:

„Eine Verteidigung der demokratischen Institutionen unserer Gesellschaft und ihre progressive Entwicklung sind jedoch über die politisch immer schwächer werdenden Parteien und Parlamente allein nicht möglich. (...) Daher muß neben der Unterstützung der Organe der repräsentativen Demokratie und der politischen Arbeit in und mit diesen immer mehr der Versuch, in den verschiedenen Gruppen und Organisationen der Gesellschaft selbst demokratische Initiativen in Gang zu setzen oder zu unterstützen, ... zum festen Bestandteil der politischen Arbeit der DJD werden.“ „Die Strategie der Jungdemokraten schließt eine Revolution im Sinne eines punktuellen Umsturzes mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats aus. (...) Für Jungdemokraten ist daher der Ausschluß von Gewaltanwendung als Mittel der Politik in unserer Gesellschaft eine Selbstverständlichkeit.“

Die Vaterschaft dieses Programms für das „Bekenntnis“ der Opportunisten in Göttingen unter der Führung des KB Nord und seiner Zeitschrift „Arbeiterkampf“ ist unverkennbar. Diese Leute haben nicht nur ihre Fähigkeiten der Handhabung dieser liberalen Grundsätze in Brokdorf, Göttingen und anderswo unter Beweis gestellt. Bekanntlich teilen Leute wie Hopfenmüller, „leitendes Gremium“ des KB Nord, mit Maihofer und auch mit Ingrid Matthäus eine gemeinsame Vergangenheit in der Humanistischen Union. Inzwischen posiert Ingrid Matthäus schon als „FDP-Fraktionslinke“ im Bundestag.

1972 auf dem zitierten „Manifest“ zur Bundesvorsitzenden der Jungdemokraten gewählt, verkündet sie heute mit Begeisterung die Grundsätze der Liberalen vom Parlamentspult:

„Das Charakteristische unseres liberalen Rechtsstaates ist es vielmehr, daß sich der Bürger darauf verlassen kann, verlassen können muß, daß in seine Rechte, insbesondere in seine Grundrechte, von Staats wegen nur aufgrund klarer Ermächtigungsgrundlagen ... eingegriffen werden kann.“

So ihre Antrittsrede im Parlament bei Gelegenheit der Vertuschung der Abhörmaßnahmen von Maihofer. Alte Freundschaft. Ob sich Hopfenmüller und Lodewig vom KB Nord schon neben Matthäus sitzen sehen in Propagierung solcher ermächtigenden Eigenschaften „unseres liberalen Rechtsstaates“?

An Anstrengungen dafür lassen sie es jedenfalls nicht fehlen. – (Z-Red.)

„Wie schon die Alten sungen ...“

„Nationalsozialer Verein. Grundlinien.“ (Auszug) Friedrich Naumann 1896

„1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Innern halten, zugleich aber der Überzeugung sind, daß die äußere Macht auf die Dauer ohne Nationalsinn einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.

2. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik, die der Ausdehnung deutscher Wirtschaftskraft und deutschen Geistes dient. Um sie zu ermöglichen, treten wir für die ungeschmälerte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, für eine angemessene Vermehrung der deutschen Kriegsflotte, sowie für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein. Im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren militärischen und kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen.

3. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir sind für Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage und für Ausdehnung desselben auf Landtage und Kommunalvertretungen. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit und ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger.“

Anmerkung:
Friedrich Naumann (1860 – 1919) schloß sich nach dem Scheitern des Nationalsozialen Vereins 1903 der Freisinnigen Vereinigung an, war fast ununterbrochen bis 1918 Reichstagsabgeordneter und 1910 an der Gründung der Fortschrittlichen Volkspartei als Zusammenschluß der „Linksliberalen“ beteiligt. Die FDP weiß seine Verdienste für den deutschen Imperialismus zu schätzen. Heuss war sein „engster Mitarbeiter“, die FDP unterhält die „Naumann-Stiftung“.
Die Auszüge sind zitiert nach: Deutsches Handbuch der Politik, Bd. 1, Deutsche Parteiprogramme; Hrsg. W. Mommsen, München 1960

Mit Apels „Steuerpaket“ hat die Bourgeoisie einen neuerlichen Plünderungsfeldzug eröffnet

Hans Apel warf am Donnerstag im Bundestag noch mal alles in die Waagschale, den ganzen Brei sozialdemokratischer Lügen, den er und seine Kumpanen in den vergangenen Monaten angerührt haben: ohne die Erhöhung der Mehrwertsteuer könne der Staat die erwarteten Leistungen nicht bringen; und: man habe die Erhöhung des Kindergeldes und auch andere Steuererleichterungen für Arbeitnehmer versprochen, aber ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer seien sie nun einmal nicht möglich.

Das Salz für die Suppe, die die Lohnabhängigen auslöffeln sollen, lieferten die sogenannten „SPD-Rebellen“. Schöfberger, der noch zwei Tage vorher für Millionen Fernsehzuschauer sein felsenfestes sozialdemokratisches *Nein* zum „Steuerpaket“ beschworen hatte, Schöfberger erklärte: „. . . müssen viele Sozialdemokraten einem ungeliebten und ungewollten Gesetz zustimmen, um der Opposition diese Chance (der Regierung eine Niederlage beizubringen) zu nehmen. (. . .) Ich billige die notwendige Erhöhung der Mehrwertsteuer und die vorgesehenen Steuerentlastungen mit einer wesentlichen Ausnahme: Ich sehe mich außerstande, der geplanten Senkung der Vermögenssteuer in zweiter Lesung zuzustimmen.“ In *dritter* Lesung überwog dann endlich die Zustimmung zur „notwendigen Erhöhung der Mehrwertsteuer“ die „Kritik“ an der „ungeliebten“ Senkung der Vermögenssteuer. Wie die zehn kleinen Negerlein „kippten“ die „Rebellen einer nach dem anderen um“, bis auf zwei, die sich die Koalitionsmehrheit „aus Gewissensgründen“ leisten konnte. Das „Steuerpaket“ wurde verabschiedet. Zum 1.1.78 wird die Mehrwertsteuer von 11 auf 12 Prozent erhöht, Gewerbe- und Vermögenssteuer gesenkt, der Höchstbetrag für Sonderausgaben um 300 DM erhöht, das Kindergeld beim zweiten Kind von 70 auf 80 DM, bei jedem weiteren Kind von 120 auf 150 DM angehoben.

Knüpfen wir einmal dieses „Steuerpaket“ auseinander, und die Lügen der Sozialdemokraten platzen wie Seifenblasen: Beim „Steuerpaket“ handelt es sich um ein Milliardengeschenk an das Finanzkapital, für das die Lohnabhängigen den Lastesel abgeben sollen.

Die Mehrwertsteuererhöhung – oder: „Warum sollen immer nur die Lohnsteuern steigen?“

Er sei gegen den „Marsch in den Lohnsteuerstaat“, sagte Apel am 2.5. und er wußte, wovon er sprach: Im April waren die Lohnsteuern gegenüber dem Vorjahresmonat um 20,9 Prozent gestiegen. Apels Lohnsteuerfalle funktioniert, so daß er sich, zwecks „Verbesserung der Struktur unseres Steuersystems“, der Erhöhung der indirekten Steuern zuwenden konnte, und hier, nach erfolgreicher Erhöhung der Branntwein- und Tabaksteuer, vor allem der Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Die Lohnsteuer – 80,6 Milliarden DM wurden 1976 den Lohnabhängigen darüber abgepreßt – ist das Herzstück der imperialistischen Steuerausplünderung. Aber ein Mangel haftet ihr in den Augen der Kapitalisten an: wer arbeitslos ist z.B. oder eine Rente erhält, wer also noch nicht oder nicht mehr oder vorübergehend nicht für den Profit der Kapitalisten schafft, entgeht der Lohnsteuerausplünderung. An die einmal ausgezahlten Renten, an das einmal ausgezahlte BAföG, an das einmal ausgezahlte Arbeitslosengeld kommen die Kapitalisten nur auf indirektem Weg, über Steuern auf den Konsum: die Mehrwertsteuer wird wie alle indirekten Steuern erhoben auf den Preis eines Produkts. Auf den Preis fast *aller* Produkte und *ausschließlich* der Produkte, die in den Konsum eingehen. Der Bourgeois zahlt die Mehrwertsteuer nur, soweit er fressen, saufen und sonstwie seinem Schmarotzerdasein frönen will. Ansonsten treibt er sie ein.

5,25 Milliarden DM will der bürgerliche Staat 1978 durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer hereinholen. Andere Schätzungen sprechen von über 6 Milliarden DM. Wie auch immer: die Milliarden werden zum weitaus größten Teil den Lohnabhängigen abgepreßt, werden ihnen zusätzlich abgepreßt zu den über 50 Milliarden DM Umsatzsteuern, zusätzlich zu den über 80 Milliarden Lohnsteuern, zusätzlich zu den -zig Milliarden Verbrauchssteuern und zu den -zig Milliarden Steuern, die die Kapitalisten über die Preise auf die lohnabhängige Bevölkerung abwälzen. Zusätzlich zu den insgesamt über 192 Milliarden Steuern, die den Lohnabhängigen 1976 auf direktem oder indirektem Wege geraubt wurden, und die, das ist jetzt schon *sicher*, 1977 um weitere Milliarden gesteigert werden.

Apel gegen den „Lohnsteuerstaat“? Richtig, er ist gegen jede Einengung der Steuerausplünderung. Er trachtet nach jedem Pfennig und jeder Mark aus jeglichem Einkommen der lohnabhängigen Bevölkerung.

Die Kindergeld-Lüge

Wir erinnern: „Als unseren Beitrag zur Förderung der Familien werden wir . . . das Kindergeld für das zweite Kind auf 80 DM und für jedes weitere Kind von 120 auf 150 DM . . . erhöhen. Voraussetzung für diese große zusätzliche Haushaltsbelastung ist allerdings die Erhöhung der Mehrwertsteuer“, hatte Schmidt in seiner Regierungserklärung Dezember 1976 angekündigt. Die „Rebellen“ Schöfberger, Gansel und Konsorten werden beifällig genickt haben. Das „große Geschenk“ an die „Arbeitnehmer“ koste den Staat 1,77 Milliarden DM im Jahr, rechnet die „Frankfurter Rundschau“ vor. Der Himmel mag wissen, wie sie auf diese Zahl kommt; abgesehen davon, daß es ihr nicht einmal in den Sinn kommt, daß das Kindergeld alles andere als ein Geschenk ist, sondern ganz und gar aus den Steuern aus *Lohn* gezahlt wird, einschließlich des Kindergeldes, das die Bourgeois einheimsen.

Unser Nachrechnen kommt zu einem ganz anderen Ergebnis: Angenommen – nur einmal angenommen – die Zahl der kindergeldberechtigten Kinder würde sich nicht verändern. Im November/Dezember 1976 wurde für 13 741 017 Kinder Kindergeld gezahlt, davon für 51,5 %: 50 DM, für 29,6 %: 70 DM und für 18,88 %: 120 DM, insgesamt rund 950 Millionen pro Monat. Bei gleichbleibender Kinderzahl und gleichbleibendem Verhältnis würden die Kindergeldzahlungen um 1,422 Milliarden DM im Jahr bzw. um 118 Millionen DM im Monat steigen. Das aber wird ganz sicher nicht eintreten. Die Kinderzahl nimmt ab, gewaltig. Vom November/Dezember 1975 auf 1976 wurde für über 324 000 Kinder weniger Kindergeld ausgezahlt.

Monatliche Kindergeldzahlungen

Nov. 75	Nov. 76	Nov. 77	Nov. 78
980 197 910	950 028 080	921 253 020	1 001 13? 920
Kindergeld 3. und weitere Kinder	Kindergeld 3. und weitere Kinder	Kindergeld 3. und weitere Kinder	Kindergeld 3. und weitere Kinder
Kindergeld 2. Kind	Kindergeld 2. Kind	Kindergeld 2. Kind	Kindergeld 2. Kind
Kindergeld 1. Kind	Kindergeld 1. Kind	Kindergeld 1. Kind	Kindergeld 1. Kind

Das ist nur die eine Seite: Es nimmt vor allem ab die Zahl der zweiten, dritten und weiteren Kinder, letztere in einem Jahr um über 6 %. Für die ersten Kinder bleibt es aber bei einem Kindergeld von 50 DM. Wir haben bei unserem Nachrechnen angenommen, daß die Kinderzahl im gleichen Verhältnis weiter sinkt wie von 1975 auf 1976 (daß sie noch stärker sinkt, ist eher wahrscheinlich, aber sei's drum): dann würden die Kindergeldzahlungen 1978 gegenüber 1976 nur noch um gut 613 Millionen DM höher liegen und um 251 Millionen höher als 1975. 1979 wären die Zahlungen bereits wieder niedriger als 1975. Was weder Schmidt noch Apel in ihrer „Begründung“ für die Mehrwertsteuererhöhung gesagt haben: Für Studenten wird das Kindergeld gestrichen und so hintenherum jede Kindergeld„erhöhung“ zurückgenommen. (Vergleiche Seite 10: Die 170-DM-Unverschämtheit)

„Steuererleichterungen für Arbeitnehmer“? Die Kapitalistenknechte werden gemästet

1,25 Milliarden DM solle die Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge den „Arbeitnehmern“ an Erleichterung bringen. Erleichterung bringt's bestenfalls den Meistern und auf jeden Fall den hohen Angestellten, und je höher das Gehalt, desto größer die Erleichterung. Im einzelnen: Die Vorsorgepauschale wird von 16 auf 18 Prozent erhöht; der Höchstbetrag wird von 1 800 DM auf 2 100 DM erhöht.

Mrd. DM

Steigende Steuerausplünderung der Lohnabhängigen

Steuer auf Profit

Steuer auf Lohn

260 240 220 200 180 160 140 120 100 80 60 40 20

70 71 72 73 74 75 76

(Zur Berechnungsweise vgl.: Kommunismus und Klassenkampf, Arbeitshefte 7: Der bürgerliche Staat – Maschinerie der Unterdrückung und Bereicherung

Die Vorsorgepauschale ist ein Freibetrag für die Beitragszahlungen an die Sozialversicherungen sowie für Bausparverträge usw. Verdient z.B. ein Arbeiter 1 500 DM im Monat, 18 000 DM im Jahr, und kann er einen Freibetrag von 3 000 DM geltend machen, so muß er für diese 3 000 DM keine Lohnsteuer zahlen. Beträgt sein Steuersatz zum Beispiel 22 %, so muß er 22/100 von 3 000 DM gleich 660 DM weniger Steuern zahlen. Bei einem Steuersatz von 35 % wären es 1 050 DM, um die die Steuer sinkt. Die Steuer*senkung* durch Freibeträge ist um so größer, je höher der Steuersatz.

Für die Lohnabhängigen berechnet sich die Vorsorgepauschale so:

Nach der Änderung 9 % vom Lohn, höchstens jedoch 2 100 DM plus 9 % vom Lohn, höchstens jedoch 1 050 DM. Unser Arbeiter verdient 18 000 DM. 9 % davon sind 1 620 DM, sie werden, da sie weniger sind als 2 100 DM, angerechnet. Zusätzlich werden nochmals 9 % angerechnet, da diese aber 1 050 DM übersteigen, werden nur plus 1 050 DM angerechnet. Zusammen also 2 670 DM.

An Versicherungsbeiträgen wurden ihm zusammen 16,5 %, etwa 2 670 DM abgezogen. Er muß in diesem Fall sogar noch einen Teil der Versicherungsbeiträge versteuern (ohne Kinder), zahlt also Steuern für Lohn, den er nicht erhalten hat.

Vor der Steueränderung wären ihm 2 340 DM als Freibetrag angerechnet worden, nach der Steueränderung also 330 DM mehr im Jahr. Bei einem Steuersatz von 22 % bekommt er für knapp 6 DM „Erleichterung“ im Monat.

Anders für den Angestellten mit einem Jahreseinkommen von 60 000 DM: ihm bringt die Änderung 320 DM Steuersenkung.

In Kenntnis dieser „Steuererleichterung für Arbeitnehmer“ rechnen die Bourgeois für 1977 mit 11,2 Milliarden DM *mehr* an Lohnsteuern.

Rechnen wir für die Lohnabhängigen zusammen: die Mehrwertsteuererhöhung raubt einer vierköpfigen Arbeiterfamilie im Jahre 1978 28 bis 30 DM pro Monat. Aufgrund der Kindergelderhöhung bekommt sie für die beiden Kinder zusammen 10 DM, sofern nicht eines oder beide Kinder studieren. Aus der Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge bekommt er vielleicht 6 Mark. Seine Lohnsteuer steigt ungehindert weiter. Davon abgesehen, fehlen ihm weitere 16 bis 18 DM im Monat.

Die Kapitalisten zahlen immer weniger Steuern . . .

Nach bescheidenen Angaben sollen die Kapitalisten durch das Steueränderungsgesetz 1978 gut 2 Milliarden DM weniger an Steuern zahlen. Bei der Gewerbekapitalsteuer wird der Freibetrag von 6 000 DM auf 60 000 DM erhöht, bei der Lohnsummensteuer von 9 000 auf ebenfalls 60 000. Bei der Steuer auf den Gewerbeertrag wird der Freibetrag von 15 000 DM auf 24 000 DM erhöht.

Der Vermögenssteuersatz für juristische Personen wird von 1 % auf 0,7 % und für natürliche Personen von 0,7 auf 0,5 % gesenkt. Allein dabei sollen die Bourgeois 1,35 Milliarden DM Steuern sparen. Das sind, wie gesagt, bescheidene Angaben. Wir haben sie selbst noch nicht nachgerechnet. Immerhin: noch vor wenigen Wochen errechnete der Bundesverband der Deutschen Industrie, daß Kindergelderhöhung, die Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge *und* der Steuernachlaß für die Kapitalisten zusammen einen Betrag von 6,5 Milliarden DM ausmachten. Blieben, *selbst wenn* für die ersten beiden Posten zusammen rund 3 Milliarden DM gerechnet werden könnte, 3,5 Milliarden DM *direkt* für die Kapitalisten.

Forderungen gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat gegen die Mehrwertsteuererhöhung, nach Beseitigung aller indirekten Steuern und für 1 500 DM steuerfrei auf den 1. Mai-Demonstrationen.

. . . und können den Hals nicht voll genug kriegen

Die Bourgeois, sie sind da ganz offen, betrachten das „Steuerpaket“ als Auftakt: als Auftakt dafür, die Steuerschraube auf seiten der Volksmassen noch schärfer anzuziehen, als Auftakt dafür, sich Schritt für Schritt jegliche Steuerzahlung vom Hals zu schaffen. Wir zitieren aus dem Geschäftsbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie:

„Die jetzt vorgesehene Senkung der Vermögenssteuersätze beseitigt nicht die doppelte und mehrfache Erfassung des Vermögens ,von Kapitalgesellschaften. (. . .) Nachdem durch die Körperschaftssteuerreform die ertragssteuerliche Doppelbelastung der Gewinne beseitigt worden ist, sollte auch die *Doppelbelastung durch die Vermögenssteuer abgeschafft werden*“.

„Es muß jedoch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die gewerbliche Wirtschaft und hier vor allem die Industrie in ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit durch eine Reihe weiterer Auswirkungen unseres Steuersystems und die Ausgestaltung einzelner Steuerarten zunehmend beeinträchtigt wird. Dies gilt vor allem für die Gewerbesteuer, deren Aufkommen sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat. (. . .) Bei der *überfälligen Reform der Gewerbesteuer* ist zunächst eine merkliche Senkung der Belastung durch die Beseitigung der Hinzurechnungsvorschriften, durch eine Begrenzung des Hebesatzrechtes der Gemeinden auf ein gesamtwirtschaftlich vertretbares Maß und durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer anzustreben.“

„Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Sicherung der Arbeitsplätze hängen im wesentlichen auch davon ab, daß ausreichend Kapital für risikoreiche Investitionen, insbesondere im Bereich der Forschung und Entwicklung, zur Verfügung steht. (. . .) Es ist unbedingt erforderlich, daß den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen durch eine *Verbesserung der steuerlichen Forschungsförderung* Rechnung getragen wird.“

„Das von der Bundesregierung im Zuge der Beschlüsse zur Steuerreform 1975 gegebene Versprechen, die Bestimmungen des EStG (Einkommenssteuergesetzes) über die *Berücksichtigung ausländischer Steuern bei der Besteuerung im Inland zu verbessern*, ist noch nicht eingelöst.“

Steigende Steuer pro Lohnabhängigen

Steuer in Pfennig

Steuer je 1 DM Lohn

Steuer je 1 DM Profit

31 30 29 28 27

69 70 71 72 73 74 75 76

Die Kapitalisten wollen die Kosten für den imperialistischen Staatsapparat, den sie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen brauchen und ständig ausbauen, der Arbeiterklasse und den Volksmassen nicht nur zu über 70 %, sondern ganz und gar aufbürden. Sie wollen aus ihrem Profit, den sie der Arbeiterklasse abgepreßt haben, am liebsten keinen Pfennig zahlen. Wer glaubt, die Bourgeois reden einfach nur so daher oder *träumen* nur davon, wie sie die Steuern auf die Lohnabhängigen abwälzen? Unter der Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern und der Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben – soweit sie durch Steuern gedeckt werden – ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft, unter dieser Forderung wird die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat entscheiden können. – (Z-Red.)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord